

P R O T O K O L L

*über die 6. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 14. Mai 1992, im Rathaus, 1. Stock hinten,*

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Oskar Holub

Engelbert Huber

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

Dipl.-Ing. Frank Mundorff

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Walter Strobl

Susanne Thurner

VOM AMT:

OMR Dr. Kurt Schmidl

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor OMR Dr. Gerhard

Alphasamer

Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Bau5-7247/80	BBAK Steyr - Erstellung eines Gutachtens.
Bau3-1363/92	FUZO - STEYRDORF Möblierung; Vergabe der Arbeiten.
GHJ2-506/92	Museum Grünmarkt, Innenausbau - Dachgeschoß, 2. Bauetappe.
Buch-6882/91	Umsatzsteuerüberprüfung durch das Finanzamt Linz für den Zeitraum 1988 - November 1991.
Wi-3946/91	Inserate in der Steyrer Zeitung.
Rp-618/92	ZAH-Küchenumbau; Bericht des Kontrollamtes v. 28. 1. 1992; Einschaltung eines Gutachters.
En-2149/92	Überprüfung und Nacheichung des Schallmeßgerätes; Antrag um Mittelfreigabe und Firmenvergabe.
Präs-711/91	Fachhochschule in Steyr.
Bau6-552/88	Kanalisation Fischhub-Plenkberg; Antrag um Mittelfreigabe zur Abwicklung der Schlußrechnung für den Teil A - Kanalbau.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- | | |
|------------------|---|
| 1) Ges-116/92 | Maßnahmen gegen das Berggesetz; Resolution. |
| 2) Bau2-6446/86 | Verein FAZAT; Gewährung einer Subvention von S 1.000.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung. |
| 3) Ha-2048/92 | Verein FAZAT, Subvention zur Verlustabdeckung aus dem Geschäftsjahr 1991. |
| 4) Bau2-6446/86 | Verein FAZAT; Subventionsgewährung. |
| 5) Ha-4599/91 ff | Mittelfreigabe für diverse bereits beschlossene Gewerbeförderungen. |
| 6) Ha-3309/92 | Beteiligung an der OÖ. Technologie- und Marketing-gesmbH. |
| 7) Ha-6172/91 | Verlängerung des am 16. 9. 1982 abgeschlossenen Vertrages über das Einweisungsrecht auf Heimplätze in Linz. |
| 8) Präs-653/82 | Organisationsstatut für die Unternehmungen der Stadt Steyr. |
| 9) Bau4-410/91 | ÖBB-Bahnhofsüberbauung; Grundsatzbeschuß. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- | | |
|----------------|---|
| 10) K-7770/91 | Ausstellung Schloßgalerie Steyr: "Figur als Aufgabe - Österr. Plastik nach 1945"; Festsetzung von Eintrittspreisen. |
| 11) VH-2621/92 | Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr - Arbeitsjahr 1992/93. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- | | |
|---------------|--|
| 12) SH-922/92 | Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahre 1992. |
| 13) Ha-280/92 | Verein "Aktion Tagesmütter OÖ."; Subventionsansuchen für 1992. |

- | | |
|----------------|---|
| 14) Ha-5457/91 | Verein für Arbeit, Beratung und Bildung; Ansuchen um Gewährung einer Subvention. |
| 15) K-200/92 | Ehrung der Altersjubilare; Übertragung der Agenden ab 1. 1. 1992 an die MA V - Eröffnung von Voranschlagsstellen. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- | | |
|-------------------------------|---|
| 16) ÖAG-1775/92
Stadtwerke | Erdgasaufschließung Ortsnetz Gleink; 3. Teil - Auftragsvergaben. |
| 17) ÖAG-1935/92
Stadtwerke | Ausbau der Voralpenbundesstraße im Bereich Plenkberg; Erneuerung bzw. Neuverlegung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen; Vergabe der Leistungen. |
| 18) ÖAG-3246/92
Stadtwerke | Erdgasaufschließung Messererstraße; Auftragsvergaben. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- | | |
|------------------|---|
| 19) Bau3-3801/91 | Ausbau Gehweg Resthof;
A) Mittelfreigabe für Fremdgrundeinlöse;
B) Vergabe und Mittelfreigabe an den Städt. Wirtschaftshof. |
| 20) Bau6-552/88 | Kanalisation Fischhub-Plenkberg; Errichtung NS 11, NS RE, RE C 16; Antrag um Mittelfreigabe. |
| 21) Bau5-1600/80 | Wohnhausanlage Dachsberg, Objekt D 3 - D 6 - Refundierung der Kanalanschlußgebühr. |
| 22) Bau3-1380/92 | Asphaltierungsprogramm 1992; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe. |
| 23) Bau6-1016/91 | Aufschließung Klingergründe; Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Straßenbauarbeiten; Antrag auf Mittelfreigabe. |
| 24) Bau2-2716/91 | Flächenwidmungsplanänderung Nr. 85 - "Knogler-Gründe". |

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- | | |
|------------------|---|
| 25) Bau5-2034/90 | Erweiterung des Tabor-Warenhauses; Auflassung eines Teilstückes der Paulmayrstraße. |
| 26) ÖAG-1475/80 | Verkauf eines Teilstückes des öffentlichen Gutes, Parzelle 1321/1, KG Steyr, an Herrn Ing. Karl Scheuer, 4400 Steyr, Keplerstraße 18. |

- | | |
|-------------------------------|---|
| 27) ÖAG-5094/91 | Steinerstraße; Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes, Parzelle 1972/1, KG Steyr, an die Anrainer. |
| 28) ÖAG-7562/91 | Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes, Parzelle 1303, KG Steyr. |
| 29) Ha-2450/90
Bau5-825/91 | Errichtung eines Wohnhauses mit 40 Kleinwohnungen in Steyr, Resthofstraße; Mittelfreigabe. |
| 30) Wo-3011/92 | Richtlinien zur objektiven Wohnungsvergabe. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

- | | |
|-----------------|--|
| 31) ÖAG-410/80 | Kostenbeteiligung der Stadt beim Betriebsabgang der Schwimmschule für das Jahr 1991. |
| 32) ÖAG-2409/87 | Stornierungsvertrag vom 13. Mai 1987; Ersatz der Grundstücksnebenkosten. |

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates und begrüße Sie sehr herzlich. Ich stelle die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlußfähigkeit fest. Als Protokollprüfer sind mir die Kollegen Walter Strobl und Hans Dieter Götz angegeben. Nehmen die beiden Herren diese Funktion wahr? Jawohl, damit sind Sie bestellt. Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung die Gemeinderäte Bremm, Strasser, Payrleithner, Jansky und Hofstetter. Meine Damen und Herren, damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN".

Mit Schreiben vom 8. April 1992 hat Herr Gemeinderat Wilhelm Spöck gemäß § 11 Abs. 3 des Stadtstatutes der Stadt Steyr folgende schriftliche Anfrage an mich gerichtet:

"In der GR-Sitzung vom 27. Juni 1990 wurde die Einrichtung von Halbtagesgruppen in den Kindergärten Gleink, Taschelried, Promenade, Arbeiterstraße und Leharstraße und gleichzeitiger Einführung eines Halbtagestarifes - nach jahrelanger Weigerung der Einführung durch die Sozialistische Fraktion - einstimmig beschlossen. Die Besuchszeit wurde von 7.30 bis 12.30 Uhr festgelegt. Als Be-

suchsgebühr wurden 70 % des jeweiligen Ganztagestarifes festgesetzt. Daß die Einführung des Halbtageskindergartens der richtige Weg war, zeigte die ständig steigende Zahl der Kinder, die für den Halbtageskindergarten gemeldet wurden. Nunmehr habe ich mit Bestürzung von einigen Eltern vernommen, daß die Halbtagesgruppen entgegen des Gemeinderatsbeschlusses nur mehr für 3jährige Kinder geführt werden sollen, da die Auslastung des Ganztageskindergartens weit über die Hälfte zurückgegangen ist.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, gem. § 11, Abs. 3 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richte ich daher folgende schriftliche Anfrage an Sie:

Ist wirklich entgegen des Gemeinderatsbeschlusses vom 27. 6. 1990 daran gedacht, den Halbtagesbetrieb nur auf dreijährige Kinder zu beschränken?

Sollte man nicht vorerst versuchen, den Ganztageskindergarten durch z. B. Änderung der Besuchszeiten (7.30 - 12.30 bzw. 14 - 16 Uhr) attraktiver zu gestalten?

Ich ersuche Sie, diese Frage in der nächsten GR-Sitzung zu beantworten."

Diese Anfrage kann ich folgendermaßen beantworten, Herr Koll. Spöck:

Der Halbtagesbetrieb in den städtischen Kindergärten soll nicht auf dreijährige Kinder beschränkt werden. Ein Grund für die gegenständliche Anfrage kann darin liegen, daß in der Märzausgabe des Amtsblattes in der Rubrik "Einschreibungen in den städtischen Kindergärten und Horten" folgender Passus enthalten war: "Die städtischen Kindergärten werden ganztägig geführt; um den drei- bis vierjährigen Kindern den Trennungsschmerz vom Elternhaus zu erleichtern, wird in 5 Kindergärten die Möglichkeit eines Teilzeitbesuches geboten."

Diese Ankündigung entspricht der derzeitigen Vorgangsweise und dem Beschluß des Gemeinderates vom 27. Juni 1990 über die Einrichtung von Halbtagesgruppen in den Kindergärten Gleink, Taschelried, Promenade, Arbeiterstraße und Leharstraße.

Aufgrund der Wünsche der Eltern der Kindergartenkinder und in Absprache mit der stadträtlichen Referentin, Frau Ingrid Ehrenhuber, sind in den städtischen Kindergärten folgende zwei Neuerungen geplant:

1. In sämtlichen städtischen Kindergärten, ausgenommen ist der Kindergarten Dieselstraße, soll die Möglichkeit angeboten werden, daß die Kinder unabhängig von ihrem Alter entweder nur vormittags oder vormittags und nachmittags den Kindergarten besuchen. Der Kinder-

garten Dieselstraße soll deshalb ausgenommen werden, weil dort ein echter Halbtagesbetrieb, d. h. vormittags 4 Stunden und nachmittags ebenfalls 4 Stunden, besteht.

2. Die Öffnungszeiten für die Kindergärten sollen den Anforderungen entsprechend geändert werden. Die Ganztagskindergärten sollen nunmehr von Montag bis Freitag in der Zeit von 7.30 bis 12.30 Uhr und Montag bis Donnerstag von 14 bis 16 Uhr geöffnet sein. Die Teilzeitkindergärten, d. s. derzeit 5, sollen eine Öffnungszeit von Montag bis Freitag von 7.30 bis 12.30 Uhr haben.

Die beabsichtigte Ausdehnung der Öffnungszeiten auf 12.30 Uhr stellt vor allem ein Entgegenkommen bzw. eine entsprechende Erleichterung für die teilzeitbeschäftigten Frauen dar.

Ich möchte darauf hinweisen und nicht verschweigen, daß auch Verhandlungen aufgenommen wurden, um hier über eine Neufestsetzung der Kindergartenengebühren zu beraten. Es ist vorgesehen, daß wir für das neue Kindergartenjahr noch rechtzeitig zu Einigungen kommen und wir eine entsprechende soziale Staffelung einführen und die Gebührenregelung an das aktuelle Geschehen und die Entwicklung der Löhne bzw. Gehälter und dem sozialen Standard anpassen. Wir meinen also, daß wir das noch

vor dem Beginn des neuen Kindergartenjahres rechtzeitig beschließen werden.

Eine weitere Anfrage ist mit Schriftsatz vom 23. 4. 1992 durch Herrn GR Hans Payrleithner eingegangen:

"Wie aus einem Beschluß des Stadtsenates hervorgeht, läuft die Vereinbarung bezüglich des Kostenabganges der Schwimmschule Steyr mit der Saison 1992 aus. Die Erhaltung dieses Steyrer Traditionsbades sollte vor allem ehemaligen Mitarbeitern der Steyr-Daimler-Puch ein besonderes Anliegen sein. Die Anfrage in diesem Zusammenhang lautet:

Was wurde seitens der Gemeinde unternommen und was wird in Zukunft unternommen werden, um einen weiteren Betrieb zu gewährleisten bzw. wurden Schritte unternommen, um eine neue Vereinbarung zwischen Gemeinde, Steyr-Daimler-Puch und SNF zu erzielen?"

Zu dieser Frage kann ich folgendes mitteilen, meine Damen und Herren:

1986 war tatsächlich die Schließung der Steyrer Schwimmschule durch das Unternehmen, in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage und im Zusammenhang mit Einsparungsmaßnahmen, beschlossene Sache.

Ich habe mich damals in meiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender massiv dagegen gewährt. Ich habe Gespräche sowohl mit Bürgermeister Schwarz als auch mit dem damaligen Generaldirektor Streicher aufgenommen und zwischen den beiden vermittelt. Daraus ist ein Finanzierungsmodell für den Abgang hervorgegangen. Seit dieser Zeit besteht diese Regelung. Für heuer ist dieser Vertrag noch in Kraft und sichert daher den Betrieb Schwimmschule. Für die Saison 1992 ist also der Betrieb in der Schwimmschule aufgrund der im Stadtsenat beschlossenen Vertragssituation gewährleistet. Der Betriebsabgang, der etwa 300.000 Schilling ausgemacht hat in den letzten Jahren, wird zu 50 % von der Stadt Steyr und je 25 % von der Steyr-Daimler-Puch AG und der SNF übernommen. Für den Betrieb über das Jahr 1992 hinaus habe ich schon im März dieses Jahres Verhandlungen mit den Vertretern der Steyr-Daimler-Puch und SNF mit dem Ziel aufgenommen, die bisherige Vorgangsweise bei der Abgangsdeckung beizubehalten. Es wurde mir signalisiert, daß die Bereitschaft dazu auch besteht. Der Betrieb der Schwimmschule soll damit mittelfristig aufrecht erhalten bleiben.

Darüberhinausgehend vertritt die Stadt - und ich persönlich - die Position, daß die Steyrer

Schwimmschule - 1874 gegründet und heute noch von der Bevölkerung bestens angenommen - auch für die Zukunft erhalten werden muß. Es sind daher gemeinsam mit den Besitzern Gespräche zu führen, die den Ausstattungsstandard dieses Schwimmbades heben und damit auf den Stand des Bäderhygienegesetzes bringen. Über die Finanzierung allfälliger Investitionen werden mit den Vertragspartnern zeitgerecht Verhandlungen aufgenommen werden, über die ich zum gegebenen Zeitpunkt dem Gemeinderat berichten werde.

Zu Tagesordnungspunkt Nr. 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich berichten, daß die Wahlanfechtung, die von ÖVP und GAL an den Verfassungsgerichtshof gerichtet wurde, abgewiesen wurde.

ÖVP und GAL haben das Ergebnis der Gemeinderatswahl vom 6. Oktober 1991 beim Verfassungsgerichtshof mit der Behauptung angefochten, daß Stimmzettel rechtswidrig bewertet worden seien. Der Verfassungsgerichtshof hat den Wahlanfechtungen nicht stattgegeben und in der Begründung seiner Entscheidung dargelegt, "daß die Behauptung rechtswidriger Stimmzettelsbewertung in nur einem der zehn von der ÖVP gerügten Fälle zutrifft" und ebenso bei der GAL nur ein

Stimmzettel nicht richtig bewertet worden war. "Den Wahlanfechtungen der ÖVP und der GAL war nicht stattzugeben", heißt es im Urteil der 14 Höchststrichter, "weil die ... festgestellten Rechtswidrigkeiten des Wahlverfahrens ... insgesamt betrachtet auf das Wahlergebnis nicht von Einfluß waren."

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage:

Die Anzahl der unselbständig Berufstätigen nahm gegenüber dem Vorjahr um 1.035, das sind 2,6 %, zu, die vorgemerkten Arbeitslosen verringerten sich aufgrund saisonaler Entwicklungen erwartungsgemäß gegenüber dem Vormonat. Die Frauenarbeitslosigkeit nimmt seit Dezember im Monatsvergleich, seit März auch im Jahresvergleich, ab. Bei den Männern liegen die Vorgemerktenzahlen im April jedoch über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote beträgt Ende April 6,6 % und ist damit geringer als im März 1992, wo sie 7,2 % oder im April 1991, wo sie 6,7 % betrug. Ende April waren in Steyr 2.744 Arbeitslose vorgemerkt, was gegenüber März einen Rückgang von insgesamt 212 oder 7,2 % bedeutet. Der Vorjahresvergleich fiel weniger erfreulich aus: die Arbeitslosenzahl stieg insgesamt um 33, bei den Männern war sogar ein Vorgemerktenplus von 83 festzustellen, während am

weiblichen Teilarbeitsmarkt ein Vorgemerkenminus von 50 den negativen Trend milderte. Hauptverantwortlich dafür ist die Tatsache, daß bei den weiblichen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren höhere Abgangszahlen als bei den Männern verzeichnet werden konnten.

Im Vergleich zum April 1991 fällt am stärksten die Zunahme der Vorgemerken über 50 Jahre auf: es wurden heuer um 251 Personen (131 Männer und 120 Frauen) mehr gezählt, das bedeutet ein Plus von 41,6 %. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß es sich hier natürlich um eine künstliche Aufblähung handelt, weil die Betriebsräte immer wieder bemüht waren, Sozialpläne abzuschließen und aus diesem Titel zwangsläufig mehr 50- oder über 50jährige in der Arbeitslosenstatistik aufgezeigt werden. Dieses Problem belastet Steyr genauso wie die anderen sogenannten Krisenregionen Österreichs. Als schwer vermittelbar werden 952 Arbeitslose des Bezirkes eingestuft, als langzeitarbeitslos gelten 806 (= 29,3 %) Personen. Die Zahl der vorgemerken Ausländer beträgt 128 und ist sowohl im Vergleich zum Vormonat (- 54), als auch im Vorjahr (-53) zurückgegangen.

Die meisten Arbeitsantritte erfolgten im Berichtsmonat im Baugewerbe. Im Metall- und

Elektrobereich war gegenüber 1991 eine gewisse Zurückhaltung festzustellen, auch in den Bereichen Handel - Büro zeigten sich ungünstige Tendenzen. Zu Monatsende waren im Bezirk 416 offene Stellen gemeldet (März 92: 409, April 91: 549). Das Stellenangebot ist zwar geringer als im Vorjahr, die Besetzung der gemeldeten Vakanzen erfolgt aber rasch, die durchschnittliche Laufzeit der offenen Stellen liegt im oö. Vergleich besonders niedrig.

Situation am Lehrstellenmarkt:

Derzeit sind im Bezirk 405 offene Lehrstellen gemeldet (90 davon sofort verfügbar). Diesen stehen 134 Lehrstellensuchende gegenüber (62 Burschen, 72 Mädchen) wobei mit ziemlicher Sicherheit ein Teil der Lehrstellensuchenden bereits Zusagen hat und die aufgenommenen Lehrlinge in der Lehrwerkstätte zum größten Teil bereits feststehen, die Namenslisten allerdings noch nicht an das Arbeitsamt weitergeleitet wurden. Das besondere Interesse der vorgemerken Mädchen gilt den Bürolehrstellen, die Burschen tendieren eher zu Elektroberufen.

Relativ viele Betriebe, speziell im Bau- und Holzbereich erkundigen sich nach Beschäftigungsmöglichkeiten von ausländischen Lehrlingen. Bei mangelnden Deutschkenntnissen der Jugendlichen gibt es Schwierig-

keiten mit der Beschäftigungsbewilligung, da die Gefahr besteht, daß die Jugendlichen die Berufsschule nicht positiv absolvieren. Die Vermerkung der Absolventen der BMS und BHS stagniert derzeit.

In Steyr gibt es ab Herbst eine ÖKO-HAS mit den Schwerpunkten Umwelt (Projektarbeiten) und Sekretariat (Präsentation der Firma nach außen, computergesteuerte Textverarbeitung).

Aktionsgruppe "FAST FOOD - Nein Danke"

Am 13. April 1992 haben mehrere Vertreter der Aktionsgruppe "FAST FOOD - Nein Danke" bei mir und auch bei Koll. Vbgm. Sablik vorgesprochen und ihre Bedenken gegen die Ansiedlung eines Mc Donald's Fast Food Restaurants in Steyr vorgebracht. Ihre Einwände richteten sich vor allem gegen

- die Verkehrszusammenhänge bei dem geplanten Standort in der Haratzmüllerstraße
- den Verfall der Eßkultur und der Ernährung
- die Müllproblematik und
- die Zusammenhänge mit der Dritten Welt.

Den Vertretern dieser Aktionsgruppe habe ich zugesagt, das von ihnen vorgelegte Papier, in dem die Bedenken genauer erläutert werden, den Fraktionsvorsitzenden zukommen zu lassen und den Gemeinderat darüber zu informieren. Ich habe das

getan und ich nehme an, daß die Gemeinderäte ausreichend über die Inhalte dieses Papiers informiert sind.

Jedem Gemeinderat und jeder Gemeinderätin will ich freistellen, sich für oder gegen die Ansiedlung eines Mc Donald's Fast Food Restaurants in Steyr auszusprechen.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zum Tagesordnungspunkt Nr. 4) "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StSt: Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Gemeinderatseinladung bei.

Bevor ich zum Tagesordnungspunkt 5) "BEHANDLUNG DER VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" komme, darf ich Ihnen mitteilen, daß 2 Dringlichkeitsanträge vorgelegt wurden, die ich gleich hier zur Kenntnis bringe. Der erste betrifft die Verwendung von tropischen Hölzern und es ist folgendes Schreiben an mich ergangen:

Zur Behandlung eines Antrages von Frau Gemeinderätin Eva Scheucher, auf Verzicht der Verwendung von tropischen Hölzern, in der GR-Sitzung vom 14. Mai 1992, wird für diesen Antrag gem. § 12 Abs. 1 des Statutes für

die Stadt Steyr 1992 in Verbindung mit § 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat die Dringlichkeit beantragt.

Dieser Antrag lautet:

Antrag an den GR, dieser wolle beschließen:

VERZICHTSERKLÄRUNG: Die Gemeinde Steyr spricht sich nachdrücklich für den Schutz des tropischen Regenwaldes aus. Die Fortführung des gegenwärtigen Raubbaues an den Tropenwäldern kann auch für uns in Europa katastrophale Veränderungen, vor allem des Klimas, mit sich bringen.

Die Gemeinde wird daher in Hinkunft auf die Verwendung von tropischen Hölzern verzichten und die gemeindeeigenen Betriebe anhalten, das Gleiche zu tun. Entsprechende Hinweise sind in der Ausschreibung und bei der Auftragsvergabe anzubringen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir abstimmen, ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird und wenn dies geschieht, daß wir den Antrag am Ende der Sitzung in Behandlung nehmen. Wer ist dafür, daß diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Es ist einstimmig, daß die Dringlichkeit zuerkannt wird. Wir werden den Antrag also am Ende der Sitzung in Behandlung nehmen.

Der zweite Antrag ist von der FPÖ-GR-Fraktion an mich ergangen. Er lautet folgendermaßen: Dringlicher Antrag an den GR der Stadt Steyr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die FPÖ GR-Fraktion der Stadt Steyr stellt gem. § 12 Abs. 1 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr folgenden "Dringlichen Antrag":

Der GR der Stadt Steyr wolle beschließen:

Die Anzahl der Mitglieder des Stadtsenates wird von 9 auf 10 erhöht. Die Begründung erfolgt mündlich. Wir bitten um sofortige Behandlung!

Ich würde auch hier vorschlagen, daß wir darüber abstimmen, ob wir dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen und ihn dann - wie den anderen Antrag - am Ende der Sitzung behandeln. Wer ist damit einverstanden, daß dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird? Ich bitte Sie, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch diesem Antrag ist die Dringlichkeit zuerkannt worden. Damit wird er am Ende der Sitzung in Behandlung genommen!

Nun können wir in den Tagesordnungspunkt 5) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" eingehen. Ich übergebe den Vorsitz an Koll.

Vbgm. Sablik und halte den Vortrag meiner Anträge.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nr. 1) betrifft eine Resolution, die Maßnahmen gegen das bestehende Berggesetz fordert. Der Antrag lautet:

1) Ges-116/92

Maßnahmen gegen das
Berggesetz: Resolution.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die oberösterreichische Landesregierung wird ersucht, gegen das Berggesetz 1975 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 7. 6. 1990, BGBl. Nr. 355, die Verfassungsklage einzureichen. Angesichts der gravierenden Einschränkungen, welche die Anwendungen dieses Gesetzes für die Rechte von Anrainern, sonstigen dinglich berechtigten Personen und der Gemeinden nach sich zieht, werden dafür ohne Anspruch auf Vollständigkeit folgende Gründe angeführt:

1. Nach § 2 Abs. 4 wird die Benützung von Grubenbauen eines stillgelegten Bergwerkes zu anderen Zwecken als dem Gewinnen mineralischer Rohstoffe allgemein einer Bergbauberechtigung

gleichgestellt. Nur bei bestimmten Arten der Benützung kann aber ein übergeordnetes Interesse die damit verbundenen Einschränkungen der Rechte von dinglich betroffenen Bürgern rechtfertigen.

2. Die Zuordnung von Mineralien zu den grundeigenen mineralischen Rohstoffen und somit die Begründung für eine Gewinnungsbewilligung erfolgt aufgrund ihrer Eignung für angegebene Verwendungen. Es wird aber legislativ nicht dafür vorgesorgt, daß die tatsächliche Verwertung dieser Eignung entspricht. Dadurch wird es beispielsweise möglich, daß die Gewinnung eines grundeigenen mineralischen Rohstoffes zum Vorwand für eine überwiegende Geschäftstätigkeit genommen wird, die in der Verwertung des "Abraumes" besteht.

3. Es ist keine Grenze der Abbauwürdigkeit grundeigener mineralischer Rohstoffe festgelegt, bis zu der die ergebende Einschränkung der Rechte dinglich betroffener Bürger gerechtfertigt ist. Dies könnte beispielsweise dadurch geregelt werden, daß der in einem Tagbau-Abbaufeld anfallende Abraum zur Gänze wieder in das Abbaufeld einzubringen ist, soferne seine physikalischen und chemischen Eigenschaften nicht eine Entsorgung erfordern.

4. Die Übergangsbestimmungen nach § 238 ermöglichen die

Erlangung einer Gewinnungsbe-
willigung ex lege für Grund-
stücke, auf denen nach bis-
herigem Recht noch nie eine
ähnliche Bewilligung bestand
bzw. für die entweder überhaupt
keine oder nur abschlägig ver-
laufene Verfahren zur Erlangung
einer solchen abgeführt wurden.
Durch die Erteilung völlig neuer
Bewilligungen ohne dafür vor-
gesehene Verfahren wird allen
dinglich betroffenen Bürgern und
auch dem Land jede Möglichkeit
genommen, die ihnen zustehenden
Rechte zu wahren.

Es wird gebeten, dieser Reso-
lution die Zustimmung zu er-
teilen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-
LIK:

Sie haben den Vortrag des Bür-
germeisters gehört. Wer wünscht
dazu das Wort? Herr Dr. Schwa-
ger bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST
SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen
und Herren, verzeihen Sie vorerst
einmal die Färbung meiner etwas
grippösen Stimme.

Selbstverständlich werden wir
dem hier vorliegenden Resolu-
tionsentwurf vollinhaltlich zu-
stimmen und ihn auch aus Über-
zeugung unterstützen. Eines darf
jedoch nicht verkannt werden. Es
handelt sich hier um eine Kritik
an einem Bundesgesetz, das im-

merhin von den beiden Groß-
Koalitionsparteien getragen und
einstimmig beschlossen wurde.
Es gibt, bei Vergil glaube ich, ein
"Sprücherl": "Quidquid agis,
prudenter agas et respice finem"
- WAS IMMER DU TUST, MACH ES
KLUG UND DENKE DARAN, WAS
DARAUS WIRD! Das hätte man
eigentlich auch bedenken können,
wie man diese Berggesetz-
Novelle beschließt. Denn so
unvorhersehbar, meine Damen
und Herren, waren die Ergebnisse
dieser Berggesetz-Novelle ja
wirklich nicht. Ich glaube, da
sind wahrscheinlich auch - aus
unserem nächsten Bereich, ich
denke an Steyr-Land und Kirch-
dorf, wo die großen Schotter-
gruben ansässig sind - die Ab-
geordneten zum Nationalrat ei-
nem - nennen wir es einmal so -
Clubzwang unterlegen; sie haben
jedenfalls nicht gedacht, sonst
hätten sie ein anderes Abstim-
mungsverhalten gezeigt. Das
wollte ich hier schon aufgezeigt
haben.

Die Zustimmung zu dieser Re-
solution ist eindeutig und klar.
Auf der anderen Seite wird es
aber auch dem Bundesgesetz-
geber obliegen, hier Abhilfe zu
schaffen. Es ist eine gesetzliche
Situation entstanden, die eine
weitestgehende Ausschaltung u.
Umgehung des gewerberechtl.
Bewilligungsverfahrens mit sich
bringt. Und, die soweit führen
kann, - uns wird das in Steyr
nicht betreffen, nachdem wir

keine Bergwerke haben - daß sich ein Bergwerk z. B. als Mülldeponie entwickelt. Gar nicht so ungefährlich, aber kein Mensch hat das je im NR bedacht oder in der Diskussion auch nur vorgetragen!

Ich kann hier berichten, daß nach meiner Kenntnis diese Mißstände an sich schon damals in der Plenar-Debatte von der FPÖ am 7. Juni 1990 dargelegt wurden und daß auch ein Entschließungsantrag der Abgeordneten, die sich da eben offenbar doch ein bißchen besser auskennen, schon auch eingebracht wurde, sodaß das Berggesetz hier in dieser Resolution, in den im Resolutionsentwurf angezogenen Punkten einer neuerlichen Novellierung unterzogen werde. Wie gesagt, mit vollem Herzen dafür. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke, wer wünscht noch das Wort? Keine weitere Wortmeldung, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diese Resolution ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe? Keine Stimmenthaltungen. Einstimmig beschlossen. Punkt 2) bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Gewährung einer Subvention von einer Million Schilling als Wei-

terleitung einer Landesförderung an den Verein FAZAT.

2) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Gewährung einer Subvention von 1 Mill. S als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 16. März 1992 wird dem Verein FAZAT eine Subvention in Höhe von S 1.000.000,-- gewährt, die eine Weiterleitung der der Stadt Steyr gewährten Bedarfszuweisung des Gemeindereferates des Amtes der Oö. Landesregierung in Höhe von S 1 Mill. darstellt.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.000.000,--

(einemillion)

werden bei VSt 5/2890/777000.2 freigegeben.

Um Zustimmung wird gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Vortrag gehört, wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung und wir kommen auch hier zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Auch keine. Danke. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Eine weitere Subvention an den Verein FAZAT zur Verlustabdeckung aus dem Geschäftsjahr 1991 ist Gegenstand des nächsten Antrages.

3) Ha-2048/92

Verein FAZAT; Subvention
zur Verlustabdeckung aus
dem Geschäftsjahr 1991.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 26. 3. 1992 wird dem Verein FAZAT, Wehrgrabengasse 5, zur Abdeckung des Verlustes aus dem Geschäftsjahr 1991 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 2,4 Mill. gewährt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von

S 2.400.000,--

(zweimillionen-
vierhunderttausend)

bei der VA-St. 1/2890/757100.3
freigegeben.

Auch hier ersuche ich um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-
LIK:

Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Auch dieser Antrag ist

einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

"FAZAT Nr. 3". Es handelt sich hier um eine Subventionsgewährung.

4) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Sub-
ventionsgewährung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 5. 12. 1991 wurde dem Verein FAZAT zur Fortführung des Investitionsvorhabens eine Subvention von S 1,4 Mill. S. zur Abdeckung der angelaufenen Zwischenfinanzierungskosten eine Subvention von S 500.000,-- und zur Errichtung einer FAZAT-Betriebs-GesmbH eine Subvention v. S 300.000,--, somit zusammen eine außerordentliche, rückzahlbare Subvention von 2,2 Mill. S gewährt.

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 4. 1992 wird dieser Gemeinderatsbeschluß vom 5. 12. 1991 nunmehr dahingehend abgeändert, daß auf eine Rückzahlung dieser Subvention verzichtet wird und somit diese bisher rückzahlbare Subvention von insgesamt 2,2 Mill. S in eine nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von 2,2 Mill. S umgewandelt wird.

Auch hier wird um die Zustimmung gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Auch hier liegt der Antrag vor, wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung (FPÖ). Gegenstimmen? Der Antrag ist bei einer Stimmenthaltung angenommen. Danke, Punkt Nr. 5) bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Mittelfreigabe für diverse bereits beschlossene Gewerbeförderungen. Der Antrag lautet:

5) Ha-4599/91 ff

Mittelfreigabe für diverse bereits beschlossene Gewerbeförderungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 13. März 1992 wird der Auszahlung der angeführten Gewerbeförderungen in Form von Zinsenzuschüssen nach Vorlage der entsprechenden Unterlagen zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden bei der VA-St. 5/7820/756000.9 Mittel in der Gesamthöhe von

S 715.100.--

(siebenhundertfünfzehntausendeinhundert) freigegeben. (BEILAGE)

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wir haben den Antrag gehört, wer wünscht dazu das Wort? Frau GR Scheucher bitte.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wir stehen an und für sich diesen Klein- und Mittelgewerbeförderungen grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Die Förderungen sind ja durch einen Grundsatzbeschluß bereits im wesentlichen genehmigt. Es geht hier um die Freigabe der zugehörigen Mittel. Da ist für uns in diesem Zusammenhang ein neuer Gesichtspunkt aufgetaucht, und zwar betrifft es einen einzigen Betrieb - alle anderen Betriebe sind für uns so in Ordnung, wie es in diesem Amtsvorschlag steht. Nur was die Tischlerei Hackl betrifft, haben wir von der GAL einfach Bedenken. Und zwar deshalb, weil die Tischlerei Hackl 200.000 Schilling erhalten soll und im heurigen Jahr immerhin - glaube ich - ungefähr 67.000 S.

Uns ist vor kurzem ein Fall zu Ohren gekommen. Die Tischlerei Hackl hat den Auftrag erhalten in der Schillerstraße in den

Häusern 6 - 12 die Erneuerung der wahrscheinlich nicht mehr sehr guten Fenster durchzuführen und dort Fichtenfenster einzubauen. Wie ich mich selbst überzeugen konnte, wurden Mahagonifenster eingebaut. Und zwar auf Einwendungen eines Mieters, - der durchaus an der Tropenholz-Verwendung interessiert ist - warum denn das sein muß, wurde dem Mieter gesagt: Schauen Sie, Mahagonifenster sind haltbarer, sind pflegeleichter und außerdem sind sie nicht teurer. Er hat Recht! Es ist eine Schande, daß Tropenhölzer heute in Österreich nicht teurer sind, als ein Fichtenholz aus dem heimischen Wald - dafür kann der Hr. Hackl jedoch nichts. Aber alleine die Tatsache, daß diese Firma Tropenhölzer in Verwendung hat, daß sie Tropenhölzer einbaut anstelle von Fichtenfenstern und wir jetzt diesem Betrieb eine Förderung zuerkennen. Da gibt es für uns eine gewisse Diskrepanz, einen Betrieb zu fördern, der offensichtlich etwas tut, was man heute in ganz Österreich schon bekämpft. Für uns gibt es jetzt das Problem, daß wir alle anderen Förderungen bejahen und dieser Antrag im Block abgestimmt wird. Wir werden uns deshalb bei diesem Antrag der Stimme enthalten, weil wir dem einen Fall nicht zustimmen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke, wer wünscht noch das Wort? Niemand, dann kommen wir zum Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Frau Koll. Scheucher, Sie werden sicher recht haben, wenn Sie diese Einwendungen bringen. Ich muß allerdings sagen, daß die Tischlerei Hackl natürlich keine Ahnung hat, daß wir heute einen Antrag beschließen werden, der sich mit dieser Materie beschäftigt. Es wird ein Meinungsbildungs-Prozeß, glaube ich, davon ausgehen müssen, in unserem eigenen Haus bei den Aufträgen, die wir vergeben, daß wir in absehbarer Zeit hier auch Erfolge haben werden. Jedenfalls bin ich interessiert, daß wir dieses Papier - sollte es heute beschlossen werden - dann auch tatsächlich mit der Zeit in die Tat umsetzen. Rom ist ja auch nicht an einem Tag erbaut worden und daher möchte ich schon betonen, daß es sich hier um Vereinbarungen handelt, die die Förderungen betreffen und würde den GR bitten, die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der

Zustimmung. Stimmenthaltungen? Drei Stimmenthaltungen (1 FPÖ, 2 GAL). Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist bei drei Enthaltungen angenommen.

Ich darf den Bürgermeister noch bitten, einen Moment inne zu halten. Ich möchte die Raucherinnen und Raucher unter den Gemeinderäten bitten, das Rauchen einzustellen. Wir haben heute sowieso einen niedrigen Blutdruck bei diesem Föhn und müssen nicht unbedingt auch noch die Atmosphäre verschlechtern durch die Raucher. Ich verspreche Ihnen, daß wir ca. jede Stunde eine Rauchpause einschalten. Danke.

Applaus

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich damit, daß eine Beteiligung der Stadt Steyr an der Oö. Technologie- und MarketinggesmbH. (kurz "TMG" genannt) beschlossen werden soll. Wir sind der Auffassung, daß wir dieser Gesellschaft deswegen beitreten sollten, um erstens die Informationen zu bekommen, die es dort zu erhalten gibt und zweitens möchten wir auch gerne am Ergebnis der Arbeit, die dort gemacht wird, beteiligt werden - nämlich auch in Richtung Betriebsansiedlung usw. Wir meinen, daß hier eine gute Aktivität in Gang gesetzt wird

und wir wissen, daß auch die Städte Linz und Wels die Interessensvertretungen dort drinnen sind und wir haben eine Chance, uns zu beteiligen. Der Antrag an den GR lautet:

6) Ha-3309/92

Beteiligung an der Oö. Technologie- und MarketinggesmbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

a) Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 29. April 1992 wird eine Beteiligung an der Oberösterreichischen Technologie- und Marketing Ges.m.b.H. in Höhe von 2 % am Stammkapital, das sind S 20.000,--, genehmigt.

Zu diesem Zweck wird bei der VA-St. 5/7820/080000.6 eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 20.000,-- und deren Freigabe genehmigt.

b) Weiters wird einer jährlichen Förderung der Oberösterreichischen Technologie- und Marketing GesmbH durch die Stadt Steyr in der Höhe von jährlich S 100.000,-- auf die Dauer von fünf Jahren zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden bei der VA-St. 5/7820/756000.9 für das Jahr 1992 S 100.000,-- freigegeben.

Es wird gebeten, diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Der Antrag liegt vor, Herr Stadtrat Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben ja bereits in der StS-Sitzung, als dieser Antrag - betreffend der geplanten Beteiligung der Stadt an der Oö. TMG - behandelt und diskutiert wurde, unsere Skepsis angezeigt. Und zwar haben wir deshalb unsere Skepsis angezeigt, weil wir die Auffassung vertreten, daß der Beitritt zu dieser Technologie- und MarketinggesmbH. mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten ist, weil wir das als Konkurrenzschema und Konkurrenzverhältnis zum Verein FAZAT sehen.

Gerade vor wenigen Minuten haben wir einen Antrag betreffend den Verein FAZAT beschlossen, in dem das Ansuchen des Vereines genehmigt wurde, ein rückzahlbares Darlehen in Höhe von 2.2 Mill. S in eine nicht rückzahlbare Subvention umzuwandeln, und zwar mit dem Ziel, um sozusagen dem FAZAT die Chance des Überlebens zu geben. Daher betrachten wir dies so, daß eben die Beteiligung der Stadt an diese Gesellschaft durchaus eine Überschneidung zu den Zielsetzungen des FAZAT ist und es sollte daher überprüft werden, ob es nicht sinnvoll wäre, das FAZAT in diese Ge-

samtsituation einzubauen und als Gesellschafter in die TMG einzubringen. Im übrigen besteht auch noch die Gefahr einer gewissen Kopflastigkeit, nachdem ja Linz und Wels sehr stark vertreten sind und die Stadt Steyr durch diesen Beitrag eher durch den Rost fallen könnte.

Bei der Abstimmung, meine Damen und Herren, werden wir uns daher - obwohl ich vorausschicken darf, daß wir in der Fraktion unterschiedlicher Auffassung sind - der Stimme enthalten. Vermutlich werden auch einige dem Antrag nicht zustimmen. Ich danke Ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke, StR Zagler ist der nächste.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren, mit besonderer Freude gehe ich heraus, weil eine Meinungsänderung der FPÖ zu registrieren ist, die in die richtige Richtung tendiert und vielleicht hilft mein Beitrag dazu, auch manche aus der FPÖ-Riege, die in ihrer Meinung noch nicht so gefestigt sind, doch zu überzeugen, die Stimme für die Beteiligung an der Oö. TMG abzugeben. Wir alle - und das seit vielen Jahren - beklagen und bejammern die Monostruktur, unter der die Steyrer Wirtschaft und damit

auch die Steyrer Bevölkerung zu leiden haben. Das ist ein Argument, um zu zeigen, wie wichtig es ist, sich einer überregionalen Gesellschaft anzuschließen, die sich mit dem Aufgabengebiet der Betriebsansiedlung beschäftigt.

Der zweite Blick des Finanzreferenten ist klarerweise der, daß jeder angesiedelte Betrieb, der seine Tätigkeit in Steyr erfolgreich ausübt, auch einen Beitrag in die städtischen Finanzen bringt, der wiederum zum Nutzen unserer Steyrer Bevölkerung ausgegeben werden kann. Was ich hier als Zuständiger für die MA II, die also die Finanzen der Stadt zu betreuen hat, bekanntgeben möchte, ist, daß wir in unserer Beteiligungsüberwachung noch rigorosere vorgehen werden und vor allem in ein aktives Beteiligungs-Management eintreten wollen, d. h., daß wir nicht irgendwo Mitgliedsbeiträge abliefern wollen und dann diese Mitgliedschaft sozusagen in die Schublade legen, sondern sehr aktiv die Verwendung der Mittel und auch die Kontrolle in den Gremien übernehmen wollen.

Letztlich noch ein Argument, das für diese TMG spricht - ähnlich wie im Tourismus wäre es der Stadt Steyr unmöglich, auf vielen Messen und Veranstaltungen im Ausland "bloß" als Stadt Steyr aufzutreten, weswegen es überregionale Verbände

gibt. Ich sehe in der TMG keine Konkurrenzveranstaltung zum FAZAT, sondern eine ergänzende Veranstaltung dazu. Ich würde mir für die Stadt Steyr eine möglichst einhellige Annahme dieses Antrages wünschen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Herr Dipl.-Ing. Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! StR Zagler, prinzipiell ist es sicherlich richtig, was Sie gesagt haben und ich persönlich bin auch der Ansicht, daß man mit einer solchen Beteiligung den "Fuß in eine Türe bekommt". Nur die Bedenken laufen sicher dahin, daß der Schuh vielleicht ein bißchen zu klein ist. Nachdem dort ein sehr aktiver und kräftig arbeitender Mann an der Spitze der TMG steht, der vielleicht mehr in Richtung Linz und Wels tendiert - wir haben das auch bei Besprechungen bezüglich der Fachhochschule gesehen -, neigen wir dazu, daß er auch bei der Vergabe von Ansiedlungen oder bei der Berücksichtigung von regionalen Gegebenheiten und Bedürfnissen eher dorthin lastet. Um all das unter einen Hut zu bringen, wäre es notwendig, eine Methode zu finden, wie man die dazu bringen kann, daß sie

tatsächlich für Steyr gleich viel tun, wie für die anderen und, daß sie uns als gleichwertigen Partner behandeln, zumal Steyr natürlich auch noch das Handikap der schlechten Verkehrerschließung hat, das wir tragen müssen.

Prinzipiell ist so etwas ja gut, aber man muß schauen, daß wir sie kräftig an uns binden und wir müssen auch im FAZAT-Vorstand entsprechend vorstellig werden und aufpassen, daß das FAZAT selbst nicht unter die Räder kommt. Man muß dies nämlich so sehen: In diesem öö. Wirtschaftsraum kann ja jede dieser Regionen Linz, Wels, Steyr mit den 6 oder 7 Millionen, die sie für so etwas ausgibt, nichts erreichen, sondern nur, wenn sie gemeinsam irgendetwas bewegen. Wird dieses Geld verwendet, um sich gegenseitig zu bekriegen, wie dies auch beim FAZAT auf der Bildungsseite sein könnte, dann ist es hinausgeworfenes Geld. Unsere Aufgabe wird es also jetzt sein, das unter einen Hut zu bringen und deshalb bin ich auch der Ansicht, man sollte den Kontakt halten, zumal man an gewisse internationale Informationen herankommt. Ich sehe das für sehr wesentlich an, aber das Gründer- und Ansiedlerzentrum beim FAZAT ist trotzdem von vorrangiger Bedeutung und man muß auf gewisse Art darum kämpfen, daß man es entspre-

chend gegen die TMG durchbringt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu noch das Wort? Nicht der Fall und ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dem Gesagten ist nichts hinzuzufügen!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? 7 Enthaltungen (FPÖ). Gegenstimmen? Keine. Danke schön, Punkt Nr. 7) bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im nächsten Antrag soll eine Verlängerung des am 16. 9. 1982 abgeschlossenen Vertrages über das Einweisungsrecht auf Heimplätze in Linz genehmigt werden. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

7) Ha-6172/91

Verlängerung d. am 16. 9. 82 abgeschlossenen Vertrages über d. Einweisungsrecht auf Heimplätze in Linz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 2. April 1992 wird dem Abschluß des Vertrages zwischen der Stadt Steyr und dem Verein "Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs", Noßbergerstraße 11, 4020 Linz, betreffend die zur Verfügungstellung des Einweisungsrechtes für insgesamt 15 Heimplätze in deren Hochschülerheime, gegen einen Betrag von insgesamt S 750.000,--, für die Dauer von 10 Jahren, zugestimmt.

Die Anweisung dieses Betrages hat in zwei Raten, und zwar im Rechnungsjahr '92 S 350.000,-- und im Rechnungsjahr 1993 S 400.000,--, zu erfolgen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 350.000,--

(dreihundertfünfzigtausend)
bei der VA-Stelle
1/2890/757000.5 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Zu Wort hat sich Herr GR Dr. Schwager gemeldet.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, Sie werden sich vielleicht noch an die letzte GR-Sitzung erinnern, als ich auch zu dem praktisch gleichgelagerten

Thema hier Stellung genommen habe und es sehr begrüßt und befürwortet habe, daß die Verträge hinsichtlich der Heimplätze in Wien und Salzburg verlängert werden. Im Prinzip hat sich nichts geändert, ich habe nur ein einziges Bedenken, das den Ort Linz und sein geographisches Naheverhältnis zu Steyr betrifft. Wir alle sind stolz darauf, daß sich die Infrastruktur - ich muß leider sagen ANGEBLICH, aber das wird immer wieder behauptet - im öö. Zentralraum derartig verbessert hat, daß Linz zu Steyr verkehrsmäßig näher gerückt ist, vor allem mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, die ja den Studenten gratis zur Verfügung stehen. Das ist richtig, es gibt Zugverbindungen, mit denen ist man in 35 Minuten vom Steyrer Bahnhof am Linzer Hbf.

Wozu, meine Damen und Herren, müssen wir mit dem Geld, das meines Erachtens in derselben Richtung, nämlich Erhaltung, Förderung und allenfalls auch Neuschaffung von Heimplätzen verwendet werden kann, Linzer Heimplätze behalten? Es ist einem Studenten durchaus zumutbar, daß er mit der Bahn von Steyr nach Linz fährt und dort sein Skriptum oder ein Buch studiert. Wir kommen sonst so weit, meine Damen und Herren, daß einer in Wien, der in Donaustadt draußen oder vielleicht Mauer lebt, einen Heim-

platz in der inneren Stadt oder im 9. Bezirk haben will, weil er näher zur Universität hat. So nicht, das halte ich für etwas verfehlt!

Ich weiß die Not um Heimplätze in Österreich - es fehlen, glaube ich, 30.000. Das ist irrsinnig viel und daher sollte man Mittel, die dafür vorhanden sind und die man dafür verwendet, gezielter einsetzen. Ich halte dafür, wir brauchen Heimplätze, wir sollten schauen, daß wir unser Kontingent in Wien erneuern oder vergrößern können. Das wird sicher der Fall sein, denn diese 30.000 Manko werden ja auch einmal nicht ganz taube Ohren finden. Es werden neue Plätze geschaffen werden, von welcher Richtung und von welcher Organisation auch immer. Dann wird es Sache der Stadt sein, neue Heimplätze zu schaffen. Aber ich glaube, daß es wirklich zu viel verlangt ist, in Linz für einen Steyrer einen Heimplatz zu schaffen - und nur Steyrer geht es an! Daher, in diesem - ich darf sagen - Ausnahmefall meine Bedenken und meine Gegenstimme.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke, nächster ist StR Karl Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Eigentlich könnte ich

meinen Beitrag vom letzten Mal glatt weg wiederholen, wenn er schon gedruckt wäre. Er ist jedoch noch nicht gedruckt, also kann ich nur Ergänzungen dazu anmerken, soweit sie damals noch nicht direkt zitiert werden konnten, nämlich z. B. der Vertrag, der hier in der Beilage zum Antrag beigegeben ist. Wir haben uns schon des öfteren in der Diskussion mit dem Thema Verlängerung von Förderungsbeiträgen an Heimerhalter aus - leider Gottes - nur einem politischen Eck auseinandergesetzt und haben das letzte Mal gesagt, daß genau diese Einsichtigkeit, diese Einäugigkeit die Ursache dafür ist, daß die ÖVP-Fraktion die Stimme nicht zustimmend erhoben hat, sondern den Antrag abgelehnt hat. Die Situation hat sich in diesem Fall nicht geändert, wenngleich Koll. Dr. Schwager ein neues Spektrum dazugebracht hat, das ich persönlich nicht teile. Ich bin der Meinung, daß Heimplätze auch in Linz förderungswürdig sind und ich finde es nicht ganz herzvoll, jedem einzelnen zuzumuten, daß er Skripten im Zug lesen und lernen soll, wenn möglicherweise sein Studienplan nicht dafür geeignet ist.

Man hat ja in Linz nicht nur die Möglichkeit Jus zu studieren, sondern auch einige andere Möglichkeiten, sich akademisch auszubilden. Es sind die Möglichkeiten oder die Notwendigkeiten

in die persönliche Information zum Studium vom Studium unterschiedlich. Das weiß sogar ich, obwohl ich nicht studiert habe.

Die Tatsache, daß es hier nur die Förderung für Heimplätze einer Partei gibt, ist schon schmerzlich und es wiederholt sich der Schmerz, den ich das letzte Mal ausgedrückt habe, daß nämlich kein einziger neuer Heimplatz dadurch geschaffen wird. Es wiederholt sich der Vorwurf, daß hier eine Förderung gegeben wird, obwohl die Studenten über ihre Heimbeiträge selbst für die Erneuerungs- und Erhaltungsinvestitionen beitragen müssen, wie ja der beigeschlossene Vertrag, der zwischen der "Wirtschaftshilfe für Studenten Österreichs" und der Stadt Steyr andererseits abgeschlossen werden soll, lautet, wenn sie ihm zustimmen.

Im § 3 heißt es nämlich ausdrücklich "Die Bezahlung des in § 2 festgesetzten Betrages - das ist also der beantragte Förderungsbetrag - stellt keine Abgeltung der monatlichen Heimbenützungsgebühren dar. Diese sind von den eingewiesenen Studenten selbst zu tragen. Die Berechnungsgrundlage der Heimbenützungsgebühr bilden die Selbstkosten, die der WIST durch die Führung ihres Studentenheimes erwachsen; das sind insbesondere Betriebskosten, Instandhaltungs- und Reini-

gungskosten, Aufwendungen für die Betreuung und Verwaltung. Die Heimbenützungsgebühren sind der Stadt Steyr jährlich bekanntzugeben."

D. h. also, die Studenten müssen die laufende Erhaltung des Heimes ohnehin selbst zahlen, es wird kein weiterer Heimplatz mehr zur Verfügung gestellt und die WIST läßt sich das Weiteranbieten von 15 Heimplätzen an die Stadt Steyr für weitere 10 Jahre mit einem doch ganz schönen Betrag bezahlen. Wir könnten nicht umhin, diesem Antrag zuzustimmen, wenn daraus hervorginge, daß neue Heimplätze für zusätzliche Studenten in die Disposition der Stadt kämen. Das sage ich ausdrücklich! Weil dem aber nicht so ist, ist es uns sicherlich nicht möglich - jedenfalls der Mehrheit derer, denke ich, die hier mitstimmen dürfen - dem Gedanken Folge zu leisten, daß man für etwas, das schon besteht, das sich selbst aus den Heimbeiträgen erhalten muß, das auch schon den Deckungsbeitrag für die Verwaltung von den Studenten abverlangt, jetzt noch weiter finanziert und subventioniert werden sollte. Ich möchte ein Vokabular des Herrn Dr. Schwager gebrauchen: Ich halte dafür, daß das Vergeudung ist!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke, nächster Redner ist Koll. Mag. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! An mir obliegt es offensichtlich nun, das Resümee aus meinen beiden Vorrednern zu ziehen. Wenn ich jetzt diese Aspekte aufzähle, die in positiver Reihenfolge abgelaufen sind, dann muß ich festhalten, daß jemand, der hier auf der einen Seite für soziale Aspekte, d. h., daß er für die Bevölkerungsschichten niedriger Einkommen ist und sich auch dafür einsetzt, nicht umhin kann, hier die Möglichkeit zu schaffen, für Studenten einen Heimplatz zu subventionieren.

Auf der anderen Seite muß ich dagegen halten, daß doch - und das hast Du, lieber Karl, vorhin gesagt - nicht nur philosophische Fachrichtungen, sondern eigentlich in erster Linie technische Fachrichtungen zu studieren sind. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, daß ich heute - hier denke ich an meine eigene Zeit - im Zug die Skripten noch einmal durchschaue bzw. erlerne, wo ja andere Leute auch drinnen sind. Ich darf auch erwähnen, daß die sozialen Aspekte mit Sicherheit doch eine große Rolle spielen und ich glaube, daß sich das jeder vorstellen kann, daß es die eine

oder andere Frage geben kann, die man an seinen Kollegen richten möchte. Ich glaube, das ist in einem Heim sehr einfach, den Nachbarn oder sogar den Zimmerkollegen zu fragen, wie diese Frage zu lösen wäre.

Zur Vergabe der Parteilichkeit muß ich doch auch noch eines sagen. Zu meiner Rechten sitzt eben auch ein Studienkollege, wenn ich so sagen darf, der in ein WIHAST-Heim eingewiesen wurde, der also auch die Möglichkeit hatte, dort Semester zu verbringen. Ich denke hier an den Vorsitzenden bzw. an Vbgm. Dr. Pfeil, der es in Wien genießen konnte, in einem WIHAST-Heim zu wohnen.

Zum Abschluß meiner Wortmeldung würde ich schon plädieren, wenn man hier diese Aspekte Revue passieren läßt, daß wir uns doch wieder zu einer Zustimmung dieser Subvention durchringen können.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Koll. StR Zagler, bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren, vor Ihnen steht einer, der wahrscheinlicherweise nicht als Akademiker von diesem Pult aus reden würde, hätte es nicht im Jahr 1963 einen bedeutsamen Beschluß des Nationalrates gegeben, indem nämlich das da-

malige Studienbeihilfengesetz beschlossen wurde, das es den sozial bedürftigen Absolventen von mittleren bzw. von höheren Schulen überhaupt erst ermöglicht hat, in die Studienorte zu gehen und dort einem Studium nachzukommen. Ich will jetzt nicht die Geschichte aufwärmen, wie dieser Kompromiß über Marktordnungsgesetze u. a. zustande gekommen ist. Faktum war, daß das für mich die Eintrittskarte in ein Studium war.

Ein zweites Faktum, das fast gleichbedeutend war, war es, daß ich die Möglichkeit hatte, in ein Studentenheim zu kommen. Nicht auf einen Einweisungsplatz der Stadt Steyr, aber so doch in ein Studentenheim, das mit halbwegs sozialen Tarifen geführt war und ausgestattet wurde. Weil es mir damals unmöglich gewesen wäre, auf dem freien Wohnungsmarkt - und die Situation ist nicht besser geworden - überhaupt eine Bleibe anzumieten. Wenn man dies in der Stadt Steyr vergleicht, so gibt es auf dem privaten Wohnungsmarkt Kaltmieten von etwa 70,-- bis 80,-- Schilling, d. h. ohne Betriebskosten usw. Rechnen Sie ein Zimmer mit rund 20 m² mit Dusche und Kochgelegenheit dazu, dann ist die Relation zwischen einer Privatmiete und einem Studentenheim vielleicht besonders gravierend.

Wir haben damals in unserem Studentenheim eine Fülle von Aktivitäten gesetzt, um die Mieten noch niedriger zu halten, als sie kalkuliert waren. Wir hatten dort während der Sommermonate Hotelbetrieb, um als eine Art Jugendgästehaus der Jugend der Welt offen zu stehen, um mit den Erträgen auch die Heimplätze zu stützen. So viel ich weiß, geschieht das auch heute noch in vielen Fällen. Worum es mir aber im besonderen geht und warum ich auch hier die Zustimmung gebe, ist, daß ich nur dann sozial Bedürftigen solche Heimplätze zukommen lassen kann - ohne, daß sie eine konfessionelle oder parteipolitische Zugehörigkeit haben -, wenn ich diese Plätze überhaupt zur Verfügung habe. Faktum ist, wenn wir diesen Preis dorthin nicht zahlen, sind die Einweisungsrechte für uns verloren gegangen. Wobei ich aber meine Bitte oder meinen Wunsch äußern möchte, wäre, in der Vergabe eine Vorgangsweise zu finden, in der man sozial nicht so Bedürftigen durchaus auch eine Mitlastentragung dieser unserer Unterstützung weiterverrechnen könnte. Das wäre eine Möglichkeit, wenn man das bespricht und ausverhandelt, um manchen, die es nicht so nötig haben, eine entsprechende zusätzliche Unterstützung zu geben.

Bei der Fülle von Anträgen, die wir hier beschließen, für alle möglichen Zwecke, ist die Frage auch berechtigt, warum wir uns gerade bei den Studenten verschließen wollen, die es gar nicht so leicht haben, wie es manchmal Menschen zu glauben meinen, die nicht studiert haben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu noch das Wort? Bitte, Herr GR Gollatsch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, ich möchte mich recht kurz fassen. Aus diesem Vertrag geht meines Erachtens hervor, wenn ich lese: ...die Benützungsgebühr bilden die Selbstkosten, die der WIST durch die Führung ihres Studentenheimes erwachsen - das sind insbesondere Betriebskosten, Instandhaltung, Reinigung, Aufwendung für Betreuung und Verwaltung -, daß diese 750.000 Schilling, die wir hier bezahlen sollen, der Gewinn der Gesellschaft sind, die wir bezahlen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke, nächster ist Herr GR Holub.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich möchte nur kurz sagen, daß wir uns in der Fraktion auch damit beschäftigt haben und der Meinung sind, daß das nicht auf dem Rücken der Studenten ausgetragen werden kann. Ich finde es schon sehr wichtig, daß Studenten die Möglichkeit haben, sich von zu Hause abzunabeln, genauso wie das Wiener Studenten tun sollen und tun sollen dürfen. Das gilt sicherlich auch für Studenten, die das in Linz tun wollen. Soviel zum einen. Zum anderen glaube ich nicht, daß es der zumutbare Arbeitsplatz ist, wenn Studenten ihre Skripten im Zug durchlesen sollen.

Wir seitens der GAL werden diesmal noch zustimmen. Allerdings haben wir noch Bedenken bezüglich dieser WIST-Gesellschaft, daß mehr oder minder diktiert wird, wieviele Plätze zu welchen Bedingungen vergeben werden. Ich glaube, die Stadt sollte wirklich dringendst mit diesen Heimträgern Verhandlungen aufnehmen, daß dies nicht mehr so weitergeht. In ein paar Jahren kommt das vielleicht wieder und ich finde es wirklich ungerechtfertigt gegenüber der Stadt, ständig in diesem Ausmaß zu verlangen. Man sollte also wirklich mit diesen Heimträgern Verhandlungen aufnehmen. Das wäre eigentlich das Grundsätzliche zu diesem Thema.

Ich bin aber auch der Meinung von Hr. StR Zagler, - im Finanz- und Rechtsausschuß - daß für die

Studenten in Steyr eingestandenemaßen eigentlich sehr wenig getan wird und aus diesem Grund werden wir sicherlich diesem Antrag zustimmen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke vielmals! GR Lengauer, bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR! Wir wollen auf keinen Fall uns auf dem Rücken der Studenten profilieren und eine Unterstützung der Studenten ablehnen. Aber wir können nicht recht einsehen, daß bei einer Weiterführung eines Vertrages, der uns 10 Jahre 15 Heimplätze garantiert hat, das Heim nun gebaut ist, die Studenten selber mit ihren Beträgen das Heim erhalten, die Bewirtschaftung richten, daß dann bei der Verlängerung eines Vertrages nun eine große Summe bezahlt werden muß, ohne, daß die Heimplätze vermehrt werden.

Würden jedesmal, wenn neue Forderungen kommen, auch die Heimplätze vermehrt, dann wäre selbstverständlich auch von uns eine Zustimmung zu geben. Ganz gleich, wie nun die Gruppe, der Verein heißt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Dann bitte ich den Berichterstatter um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, die Diskussion wird aus verschiedenen Gesichtspunkten geführt. Eine Begründung gefällt mir überhaupt nicht - nämlich die, die Kollege Holub von sich gegeben hat. Es sei einer der Gründe, warum die ÖVP nicht zustimmt, weil sich die SPÖ offenbar einer gewissen Einäugigkeit schuldig gemacht hat, und zwar in der Vergangenheit beim Abschluß dieser Verträge über die Zuweisungsrechte von Heimplätzen. Ich meine, daß es den Steyrer Studenten nicht hilft, wenn wir solche Plätze nicht mehr zur Verfügung haben; wenn wir sagen, eigentlich sind wir für diese Heimplätze, alle erkennen die Notwendigkeit und bringen das auch zum Ausdruck, aber die Zustimmung geben wir doch nicht. Die einen sagen, in Linz brauchen wir sie nicht, weil man mit dem Zug hin- und herfahren kann. Dies mag ja manchmal stimmen, aber nicht immer. Ich höre, daß auch Abundlehrgänge stattfinden, und daß diese Verbindung dann nicht mehr sichergestellt ist. So einfach ist es also auch wieder

nicht - neben den anderen Argumenten, die dagegensprechen. Aber die Einäugigkeit, weil die SPÖ mit WIST oder WIHAST in der Vergangenheit solche Verträge abgeschlossen hat, daß man deswegen eigentlich jetzt der Fortführung dieses Einweisungsrechtes nicht zustimmen kann, finde ich nicht richtig. Das ist also eine recht unbefriedigende Auskunft, kann ich mir vorstellen, wenn ich das den Heimplatzsuchenden bei meinen Sprechtagen erzählen soll. Ich möchte das nur in den Raum stellen, denn ich kann mir vorstellen, daß es sie nicht sehr begeistern wird. In Wirklichkeit sind das die Fakten!

Ich möchte dazu noch sagen, daß ich meine, - in Anbetracht dessen, daß immer mehr Jugendliche studieren bzw. an die Universitäten und Hochschulen gehen, was ja richtig; Chancengleichheit in der Bildung soll kein Schlagwort sein -, wenn wir das realisieren wollen, dann werden wir diese Heimplätze benötigen. Und zwar unabhängig davon, ob sie irgendwo von der Akademikerhilfe, einer offenbar ÖVP-nahestehenden Organisation, betrieben werden oder der WIST oder WIHAST usw. Daher würde ich wirklich appellieren, überlegen Sie sich gut, ob Sie die Fortführung eines solchen Vertrages ablehnen wollen. Wir haben nämlich dann die Plätze

nicht mehr zur Verfügung. Wir bekommen sie eben nicht anders. Ich meine auch, daß wir - wie jetzt schon die Begründung, die Frage der Kosten und die Gebührenberechnung vorgetragen wurden - mit den Heimerhaltern und -betreibern eben reden müssen. Das bestreite ich nicht. Nur eines stimmt sicher nicht, Hr. Koll. Gollatsch ...

STADTRAT KARL HOLUB:

Aber um Gottes willen doch vor dem Beschluß! Nicht zuerst das Geld hergeben und dann reden!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Moment, man kann ja über alles reden. Ich bin nur nicht in der Lage, den Gedankengängen zu folgen, die in dieser Form eingebracht werden. Wie z. B. Koll. Gollatsch sagt, was wir zahlen, das ist der Gewinn, den die machen. Wir wissen doch alle, daß diese Einrichtungen gemeinnützig betrieben werden, daß dort ehrenamtliche Funktionäre tätig sind.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Es müßte lt. diesem Vertrag eigentlich so sein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Von Gewinn kann da wirklich nicht die Rede sein! Und zwar bei keiner dieser Organisationen. Es

wird ja auch alles überprüft. Die Selbstkosten, die den Studenten weiter verrechnet werden, werden dadurch niedriger gehalten, daß hier Zuschüsse von überall kommen. Das ist eben ein Faktum.

STADTRAT KARL HOLUB:

Nein, so wie es da steht, nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Zu den Selbstkosten. Wie hoch die Selbstkosten wirklich sind, das ist eine Frage. Natürlich sind sie niedriger, wenn Zuschüsse kommen.

Also, meine Damen und Herren, ich möchte sagen, daß wir uns hier sehr sehr gut überlegen sollten, wie wir zu entscheiden haben. Auf eines möchte ich nämlich auch noch hinweisen: Die Anmeldungen, die in Steyr vorliegen, sind in erster Linie auf Linz orientiert. Dort sind die meisten Bewerbungen vorhanden. Wir haben eine ganze Menge von Anmeldungen da und wir werden sie nicht alle befriedigen können. Ich bin auch der Meinung, daß man vielleicht über den Vergabe-Modus und soziale Richtlinien usw. verhandeln kann. Dagegen gibt es gar nichts einzuwenden, aber daß wir hier die Plätze reduzieren, - und das tun wir, wenn dieser Beschluß nicht durchkommt - damit kann ich mich nicht einverstanden erklären und anfreunden.

Ich möchte auch noch sagen, daß die Interventionen in Heimen, wo wir zu wenig Leute hinschicken können, für die jedoch mehr Anmeldungen vorliegen, aber dann schon erfolgreicher sind, wenn wir mit diesen Häusern Verbindungen haben - dies haben wir in der Vergangenheit festgestellt. Wenn wir also einen Vertrag, eine Förderungsvereinbarung haben, dann ist natürlich hier die Leitung dieser Heime leichter geneigt, unseren Wünschen und Bitten zu entsprechen. Wir müssen "den Fuß sicher in der Tür" haben und ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß ich im Stadtsenat bereits zweimal signalisiert habe, daß wir selbstverständlich auch bereit sind, in anderen Heimen, die nicht der sozialdemokratischen Partei nahestehen, solche Vereinbarungen zu treffen. Aber dies fällt ja anscheinend auch auf keinen fruchtbaren Grund und man hat hier eine sehr einseitige Position eingenommen. Daher noch einmal meine Bitte: Überlegen Sie es sich gut und helfen Sie mit einer positiven Entscheidung, daß wir die Studenten auch in Zukunft einweisen können in für sie ganz wichtige Heimplätze.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Antrag gehört; wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte

ich um ein Zeichen mit der Hand. Dafür: 19 (SPÖ, FPÖ, GAL). Wer enthält sich der Stimme? 6 (FPÖ). Wer ist gegen diesen Antrag? 6 (5 ÖVP, 1 FPÖ). Danke. Die Sitzung ist für eine Rauchpause von 10 Minuten unterbrochen.

PAUSE VON 15.10 BIS 15.20 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wir setzen die Sitzung fort und ich bitte um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Im nächsten Antrag handelt es sich um ein Organisationsstatut für die Unternehmungen der Stadt Steyr. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

8) Präs-653/82

Organisationsstatut für
die Unternehmungen der
Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. April 1992 wird die Verordnung betreffend das Organisationsstatut für die Unternehmungen der Stadt Steyr (Stadtwerke Steyr) genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der

Stadt Steyr zu erfolgen.
(BEILAGE)

Ich ersuche, mir zu erlassen, daß ich die gesamte Verordnung vorlesen muß und bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand; wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer übt Stimmenthaltung? Gegenprobe? Danke - einstimmig angenommen. Nächster Punkt, bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Mein nächster und letzter Antrag ist von weittragender Bedeutung und ich meine, für die Stadt Steyr höchst notwendig. Es handelt sich um die Bahnhofsüberbauung, um das wichtigste innerstädtische Verkehrsbauwerk, mit dem wir, so hoffe ich, eine Entlastung unserer Verkehrsprobleme bzw. eine Verbesserung der Situation erreichen können. Wir haben uns in vielen Gesprächen und Verhandlungen auf Ebene der Bundes- und Landesregierung bemüht, hier entsprechende Zuschüsse zu erhalten, um dieses Bauwerk zu errichten. Wir sehen, daß alle unsere Bemühungen aufgewendet worden sind, um ein Höchstmaß an Zuschüssen zu

erreichen, aber über diese 38 Mill. S werden wir nicht hinauskommen, wenn man die Finanzsituation bei den Österr. Bundesbahnen betrachtet.

Es ist daher richtig und notwendig, daß wir jetzt einmal dieses Angebot akzeptieren und daß wir dann weitere Verhandlungen mit der Landesregierung aufnehmen. Zudem wird es auch notwendig sein, noch einmal bei einer anderen Stelle - dem Finanzministerium - vorstellig zu werden, um Nahverkehrsmittel zu erreichen und dieses Bauwerk so schnell als möglich zu errichten. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR:

9) Bau4-410/91

ÖBB-Bahnhofsüberbauung;

Grundsatzbeschluß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß eines Vertrages zwischen der ÖBB und der Stadt Steyr über die Errichtung und Finanzierung der Bahnhofsüberbauung wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß bei Gesamtkosten von ca. 76 Mill. Schilling die ÖBB einen Beitrag von mindestens 38 Mill. Schilling leistet.

Auch hier bitte ich um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht zu diesem, mit großer Tragweite versehenem Beschluß das Wort? Herr StR Holub, bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der Antrag, hohes Präsidium, meine Damen und Herren, der jetzt vorliegt, ist das Ende eines langen Prozesses und ist die bedauerliche Auswirkung einer für bestimmte Personen typischen Ankündigungs-Politik. In diesem Fall ist der Leidtragende die Stadt Steyr. Die Österreichische Bundesbahn ist vor einigen Jahren - ich glaube, es sind jetzt zweieinhalb - mit dem großzügigen Angebot, in der Person des Hr. Präsidenten für die Direktion für OÖ und Salzburg, an die Stadt Steyr herangetreten, man möge doch überlegen, ob man nicht gemeinsam ein Parkdeck mit 600 Stellplätzen am und über dem Bahnhof errichten könne. In den Gesprächen, die es damals gegeben hat, war immer die Rede von einem Kostenteilungsschlüssel im Wege eines Nahverkehrsabkommens von 80 % : 20 %, wobei die 20 % sich die Stadt und das Land zu teilen hätten.

Im Zuge der weiteren, mühsamen Gespräche ist dann das Projekt immer kleiner geworden und genauso hat sich die Beteiligung der Bundesbahn verhalten. Die Kosten sind noch immer bedeutsam, die Stellplätze sind ein

Viertel von dem, was ursprünglich in Aussicht genommen wurde und die Kosten sind wesentlich mehr, als die Stadt ursprünglich zu tragen gehabt hätte, wenn die Versprechungen des Hr. Generaldirektor Dr. Übleis und des damaligen Präsidenten - jetzt glaube ich, ist er Vorsitzender für die "Neue Bahn" - nur in die Nähe der Bewahrheitung gekommen wären. Nur in die Nähe der Bewahrheitung! Das damalige Magistrats-Präsidium war am 16. September 1991 in Wien - der jetzige Herr Bürgermeister Leithenmayr, damals noch in seiner Funktion als Vizebürgermeister; ich in meiner damaligen Funktion als Vizebürgermeister; und geführt waren wir vom damaligen Bürgermeister Heinrich Schwarz. Wir mußten ein Schauspiel genießen, das uns nicht hoch befriedigt hat. Wir mußten von Bundesminister Streicher erfahren, daß der Generaldirektor für die Österr. Bundesbahn völlig inkompetent war, irgendwelche Gespräche zu führen, daß die Lage jetzt eben anders wäre und daß man mit 38 Mill. S rechnen könne und mit nicht mehr oder weniger. Punktum, und aus! Feststeht, daß wir mit dieser Information von Wien weggefahren sind wie die hilflosen Buben, weil man uns zwar einen guten Kaffee serviert hat, aber das war es dann - in aller Deutlichkeit. Das einzig nette

war die Frage: "Wollen Sie Milch zum Kaffee, oder nicht?" Der Rest war eine eindeutige Feststellung: Sie bekommen 38 Millionen, wenn Sie schön brav sind und dasselbe auch noch mit dazu bezahlen, sonst ist nichts!

Meine Damen und Herren, das ist das beschämende Ende eines kommunalen Projektes und die Gemeindevertretung in Steyr wird überhaupt nichts anderes tun können, als zu diesem Abschluß ja zu sagen. Man muß sich das einmal vorstellen, was das bedeutet. Ein Projekt wird von jemandem lanciert, der stellt eine Großzügigkeit in Aussicht und zum Schluß bleibt eine Erpressung einer Stadt über - "Nimm das, oder Du bekommst gar nichts!"

Das ist ein Prozeß über zweieinhalb Jahre. Das ist die Abqualifizierung eines Generaldirektors von Österreichs größtem Unternehmen - wenn man ganz ehrlich ist, dann ist das die Österr. Bundesbahn ...

ZWISCHENRUF:

Die Post ist das größte!

STADTRAT KARL HOLUB:

Gut, das zweit größte, aber Hr. Generaldirektor Übleis hat auch schon in der Post mittätig gewirkt und er hat auch in Steyr schon die Nordspange verkündet. Nach der Ankündigung des Herrn Generaldirektor hatten wir schon vor 2 Jahren die Eröffnung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Und vielleicht schon die dritte
Reparatur!

STADTRAT KARL HOLUB:
Vielleicht hätten wir schon Reparaturen gehabt; in Wirklichkeit hat uns der Hr. Generaldirektor also Kosten gespart!
Aber ich meine schon sehr, daß wir mit einiger Wehmut im Herzen diesem Antrag zustimmen werden müssen. Denn, daß wir das Parkdeck beim Bahnhof brauchen, das ist eine unbestrittene Tatsache. Daß es das Herz der Nahverkehrsdrehscheibe werden soll, das haben wir in Dr. Sticklers Elaborate im vergangenen Frühjahr hineinreklamiert, weil der Busknotenpunkt beim Schiffmeisterhaus hätte sein sollen. Alles das ist Teil der jüngeren Geschichte von Steyr. Übrig bleibt die Empfehlung, diesem Antrag zuzustimmen und übrig bleibt ein fader Nachgeschmack!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:
Nächster Redner ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich danke für das Wort. Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich möchte mich bei Hr. StR Holub für die Ausführungen bedanken. Vor allen Dingen die

historischen Zusammenhänge in der Werdung dieses Bahnhof-Parkdecks sind mir auch nicht ganz bekannt, obwohl ich in der letzten Zeit sehr viel erfahren durfte. Ich war auch in brieflichem Kontakt mit Hr. Generaldirektor Übleis und dem derzeitigen Chef der Hochleistungsbahn, Dr. Gustav Hammer Schmied. Ich wurde ebenfalls sehr rasch ernüchtert, wie schwierig es ist, mit den Österr. Bundesbahnen in Verhandlungen zu treten.

Zwei Punkte möchte ich jedoch sagen. Es handelte sich hier ja "bloß" um einen Grundsatzbeschluß und dieser ist notwendig, damit die Bundesbahn überhaupt diese "wenigen 38 Mill. S" für das nächste Jahr locker macht. Deshalb sind wir auch gerne bereit, diesem Grundsatzbeschluß zuzustimmen, obwohl auch dieser Beschluß für uns von seiten der Bundesbahn zu wenig ist.

Zum zweiten möchte ich hinweisen, daß wir - die ganze Stadt - vorhaben, mit einem Architektenwettbewerb dafür zu sorgen, daß das ganze Projekt bis Weihnachten von der Planungsseite her endlich einmal in Angriff genommen werden kann. Ich danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:
Wer wünscht noch das Wort dazu? Herr Kollege Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Das sind für bestimmte Beschlüsse und Ausführungen meistens immer schlechte Zeiten - weil Wahlzeiten -, aber ich möchte trotzdem auch sagen, daß es nicht nur so ist, daß Euer damaliger Ausflug nach Wien ein bescheidenes Ergebnis gebracht hat. Ich war auch zweimal an Deiner Seite in Linz, bei unserem geschätzten Hr. Landeshauptmann vorstellig, in derselben Angelegenheit, und habe dort auch sehr wehmütige Erkenntnisse mit nach Steyr getragen. Von ursprünglich 16 Millionen auf 0 Millionen und auf den Vorschlag reduziert, doch nach Wien zu fahren, um mit Dr. Streicher zu sprechen, um es besser zu machen, als die Stadt Steyr. Das ist auch dem Hr. LH Ratzenböck - so zeigt die Geschichte oder die Historie - bisher nicht gelungen. Ich möchte das jedoch nicht in die Breite ausweiten. Ich glaube, daß ich durch meine Funktion als Verkehrsreferent während ein- einhalb Jahren ein bißchen mehr Einblick gewonnen habe, als manch anderer.

Es ist wirklich eines der wesentlichsten Verkehrsbauwerke für die Stadt, aber nicht nur für die Stadt, sondern für die gesamte Region in Steyr. Und wenn wir Verkehrspolitik nicht immer wieder dazu verwenden, um vor Kommunalwahlen Polemik zu

machen - zu sagen, die City-Busse sind schlecht, dann aber einige Tage nach den Wahlen stellt man fest, daß sie sehr gut und erstklassig sind ... ich könnte viele solcher Beispiele anführen - dann ist die Bedeutung hier zu unterstreichen. Wir brauchen dieses Parkdeck. Weniger, um hier PKWs abzustellen, um innerstädtische Probleme zu lösen, sondern viel wichtiger noch als diese auch wichtigen Dinge ist, die Nahverkehrsdrehscheibe durchzuführen. D. h., daß alle Regionalbusse dort an einem zentralen Punkt Steyrs zusammengeführt werden können und für den innerstädtischen, fließenden Verkehr ist es von besonderer Bedeutung, daß hier der innerstädtische Verkehrsring endlich geschlossen werden kann, damit die Märzenkeller-Umfahrung zu dem wird, als was sie auch gebaut worden ist - zu einer Entlastung für den innerstädtischen Verkehr.

Ich möchte jetzt nicht weiter in die Details hineingehen. Das kann und wird weitergehen bis zu einem möglichen Rückbau einer Eisenstraße im Bereich des Märzenkeller bis zum Hotel im Park und anderer Maßnahmen. So weitreichend ist diese Sache und daher, glaube ich, kann es nur eine Meinung geben, nämlich diesem Beschluß - auch wenn er uns finanziell vielleicht Schmerz zufügt - die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht noch dazu das Wort? Herr GR Holub, bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich weiß nicht, ob ich der einzige hier im Saal bin, der regelmäßig mit einem öffentlichen Verkehrsmittel nach Linz pendelt. Natürlich finden wir diesen Grundsatzbeschuß auch sehr überfällig, längst notwendig. Ich möchte dazu nur kurz sagen, was ich so aus meinen persönlichen Erfahrungen in der letzten Zeit erlebe. Und zwar aus Bundesbahn-Kreisen wird immer wieder bekannt, daß es in den letzten Wochen regelmäßig Frequenz-Zählungen in den Zügen zwischen Steyr und Linz gibt. Ich habe schon aus anderen Kreisen der Bundesbahn gehört, daß daran gedacht wird, bereits ab Herbst eventuell Zugverbindungen zwischen Steyr und Linz, die nicht so stark frequentiert sind, einzustellen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang wirklich die zuständigen Referenten sehr dringend ersuchen, erstens dem nachzugehen und, wenn das der Fall ist, darauf zu dringen, daß auf jeden Fall diese Erprobungszeit länger erfolgt. Ich glaube nicht, daß man nach einem Jahr einfach sagen kann, dieser Zug zahlt sich nicht aus. Mir tut es wirklich leid, - ich

weiß nicht, wann das Parkdeck stehen wird, aber wahrscheinlich wird es erst dann stehen, wenn gewisse Zugverbindungen schon wieder gekappt sind - daß dann wieder weniger Leute dazu bereit sein werden, mit dem öffentlichen Verkehrsmittel von Steyr irgendwo anders hinzufahren. Das wollte ich zu bedenken geben.

Desweiteren gibt mir dieser Punkt Gelegenheit, zum Thema Gestaltungsbeirat kurz Stellung zu nehmen. Es wird da von einer Sitzung des Gestaltungsbeirates vom 31. März gesprochen. Im Bauausschuß ist ja auch schon kurz die Sprache darauf gekommen und die Antwort war zum Teil sehr unbefriedigend. Ich bleibe trotzdem bei meiner Meinung, daß in der letzten Zeit Sitzungen - sogenannte Informationstreffen oder Sitzungen des Gestaltungsbeirates - mit Fachbeamten, mit dem zuständigen Baureferenten stattfinden. Ich bin nicht der Meinung, daß dies so ausgemacht war - auch hier im Haus. Der Gestaltungsbeirat sollte öffentlich tagen, es sollten Medienvertreter eingeladen werden und mir verkommt der Gestaltungsbeirat in Steyr immer mehr zu einer Alibi-Aktion der Stadt. Ich bin auch nicht einverstanden, wie Sie, Hr. StR Schloßgangl, zuletzt gesagt haben, der Gestaltungsbeirat behandelt diese Dinge, die halt so im Bauausschuß

übrig bleiben, bei denen man nicht so recht weiß, ob man sie beschließen soll. Oder bei jenen, über die sich die Stadt "nicht darüber traut", wie es oft herauskommt. Es ist z. B. meines Wissens - und ich glaube, das stimmt - kein einziges GWG-Wohnhausprojekt jemals im Gestaltungsbeirat behandelt worden, obwohl gerade in der letzten Zeit von den Wohnungsgenossenschaften sehr viel gebaut wird. Und wenn dann manchmal argumentiert wird, daß nur für das Stadtbild wichtige Dinge in den Gestaltungsbeirat hineinkommen sollen, dann darf ich darauf hinweisen, daß nicht nur die Altstadt Stadtbild hat, sondern, daß auch Münchenholz, Bereiche am Rande des Wehrgrabens Stadtbild haben und sind. All dieses sollte irgendwie behandelt werden. Mir fehlt da wirklich eine Modifikation! Wann wird der Gestaltungsbeirat eingesetzt? Das ist momentan so unverpflichtend, ich weiß nicht, wer das wirklich bestimmt. Sie haben gesagt, der Bauausschuß, wenn etwas übrig bleibt oder anscheinend, wenn man es sich mit den Steyr-Werken - wo es doch diese Betriebsräte-Verbindungen gibt -, den Kollegen oder den doch sehr Nahestehenden nicht irgendwie verscherzen will. Siehe Hochregallager! Dann wird auf einmal der Gestaltungsbeirat eingesetzt

- andererseits wieder überhaupt nicht!

Im Altstadt-Bereich ist es z. B. einige Male passiert, daß ohne Gestaltungsbeirat an sehr wesentlicher Stelle gebaut wurde und das sind nicht unbedingt die besten Beispiele Steyrer Architektur. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Nächster Debattenredner ist Herr Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe mich deshalb noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich als neuer Verkehrsreferent fast direkt angesprochen worden bin. Ich habe natürlich sofort Kontakt mit der Bundesbahn aufgenommen und habe auch gebeten, laufend Frequenz-Zählungen vom öffentlichen Verkehr zwischen Steyr und Linz durchzuführen und mir die Ergebnisse bekanntzugeben. Tatsache ist, daß einige Züge sehr gut besetzt sind und Tatsache ist, daß einige Verbindungen sehr wenig akzeptiert werden. Es ist ja - wie es Ihnen wahrscheinlich bekannt ist - die Verbindung der Westbahn nicht über Steyr geführt worden, dafür ist im Austausch der Stadt Steyr versprochen worden, daß wir eine bessere Anbindung an den Zentralraum Linz - Wels be-

kommen. Auch ein zweigleisiger Ausbau ist ernsthaft diskutiert worden und die Bundesbahn hat uns das damals schon so vermittelt, daß wir es ernst nehmen dürfen und können. Auch auf diesem Sektor haben wir in letzter Zeit von der Bundesbahn arge Zurückhaltung hinnehmen müssen und ich appelliere hier an dieser Stelle auch an den Hr. Bürgermeister, daß wir gemeinsam auch noch einmal mit den Bundesbahnen verhandeln. Es kann ja nicht so sein, daß Steyr zuerst in ein verkehrspolitisches Eck gestellt und dann noch bezüglich der Fachhochschule benachteiligt wird, und zwar mit dem Argument, daß wir in einem schlecht erreichbaren Raum sind. Das hat dann als Argument gezählt, daß die Fachhochschule unter anderem auch nicht nach Steyr kommen soll.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung hängt natürlich mit dem öffentlichen Verkehrswesen zusammen. Es kann nicht so sein, daß wir hier rein auf die Autobahnen oder auf die Hochleistungsstraßen zählen, die uns hier an den Zentralraum Linz - Wels anbinden. Unsere Vision sollte sein, daß wir schon mit einer Städte-Schnellverbindung an den Zentralraum Linz - Wels angeschlossen werden müssen - halb- oder viertelstündlich. Das Normale muß sein, daß wir mit dem öffentlichen Verkehrsmittel "Bahn" nach Linz oder Wels

fahren und das Abnormale muß sein, daß wir mit dem Individualverkehrsmittel "Auto" nach Linz oder Wels fahren. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke, nächster ist Herr StR Schloßgangl, bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nachdem ich von Hr. Oskar Holub direkt angesprochen wurde, möchte ich zum Gestaltungsbeirat kurz Stellung nehmen. Es ist in Steyr so, daß wir ca. jährlich 800 Bauansuchen haben. Der Gestaltungsbeirat tagt normalerweise vier Mal im Jahr und pro Tagung kann man rechnen, daß vier, max. fünf Anliegen behandelt werden können.

Normalerweise ist die Begutachtung der Bauvorhaben so, daß sie von der Bauabteilung - Hochbau, Denkmalschutz, Ortsschutz-Beauftragter und Baudirektor - vorberaten werden, auch vom Baurechts-Sachverständigen und dann - entweder, wenn alles klar ist und keine Schwierigkeiten bezüglich Baurecht oder Architektur, Stadtbild u. dgl. auftreten - einem normalen Genehmigungsverfahren zugeführt werden, also einer Bauverhandlung. Wenn es Schwierigkeiten gibt, wenn ein besonderer Anlaß ist, der tiefgreifende Auswirkungen auf das Stadtbild hat oder sonstige

Sonderregelungen erfordert, dann kommen sie in den Bauausschuß. Im Bauausschuß wird dann vor den Vertretern aller Parteien beraten. Das Fachgutachten der im Hause befindlichen Fachleute wird noch einmal vorgenommen und vorgelegt und wenn man dann zu keiner klaren Entscheidung kommt, werden diese Projekte dem Gestaltungsbeirat zugeführt. Es hat sich bisher erwiesen und herausgestellt, daß die Beurteilungen unserer Fachbeamten immer mit dem Urteil des Gestaltungsbeirates übereingestimmt haben. Ich glaube, wir haben sehr gute Leute hier in Steyr und wir müssen auch selbst entscheiden. Nur wo es wirklich schwierig ist - und ich nehme hier Münchenholz nicht aus; ich nehme Flächenwidmungsplanänderungen und Stadtentwicklungen in größerem Ausmaß, wo Siedlungen entstehen, nicht aus - werden diese selbstverständlich dem Gestaltungsbeirat vor- und zugeführt. Maßnahmen, die das Stadtbild und den Stadtkern betreffen, ebenso. Eine Ausnahme ist bisher der Wohnbau gewesen, der mir ja eigentlich nicht untersteht. Diese Bauvorhaben wurden bis vor kurzem im Präsidial-Planungsausschuß besprochen, im Wohnungsausschuß besprochen und dann, nach der fachgutachtlichen Beurteilung durch das Bauamt, einer Genehmigung zugeführt. Wir haben aber in der

letzten Sitzung vermerkt, daß wir in Hinkunft auch diese Anlagen zumindest einmal dem Bauausschuß vorlegen werden und notfalls, wenn wirklich der Bedarf besteht, auch dem Gestaltungsbeirat unterbreiten.

Tatsache ist, daß in vier Sitzungen max. 16 bis 20 Anträge behandelt werden können. Wenn Sie daran denken, daß manche zweimal oder sogar dreimal in den Gestaltungsbeirat kommen, dann reduziert sich die Anzahl noch auf viel weniger und es ist daher nicht möglich, von 800 Bauvorhaben eine große Anzahl durchzuführen.

Ich glaube auch, daß es nicht unbedingt notwendig ist, weil die Fachbeamten, die wir im Haus haben - ich denke hier an Dipl.-Ing. Lutz, an Arch. Scheuer -, sicherlich großes Verständnis haben, eine große Rückkoppelung mit dem Denkmalschutz-Beauftragten haben und bisher eine sehr gute Beurteilung unserer Bauvorhaben vorgenommen haben. Soviel kurz zur Aufklärung des Gestaltungsbeirates.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke schön. Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr und bitte daher den Berichterstatter um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich würde sagen, daß natürlich solche Projekte, die so viel Geld kosten, nicht einfach zu realisieren sind. Wie Koll. StR Holub gesagt hat, daß wir wie die Buben wieder weggefahren sind, möchte ich sagen, daß man das so sehen kann. Aber eines tröstet mich ein bißchen - wir waren in aller bester Gesellschaft. Es waren der LH Dr. Ratzenböck, der LH-Stv. Dr. Grüner und wir eben auch. Im Anschluß daran hat eine Besprechung stattgefunden mit der hohen Stadtregierung von Linz unter der Führung von Bgm. Dobusch. Er hat mir zwei Tage später versichert, daß er auch mit leeren Händen zurückgefahren ist. Daraus müssen wir auch die richtigen Schlüsse ziehen. Es ist eben so, daß hier die Bundesbahn in einem gewaltigen Umbau begriffen ist. Das wurde auch politisch, bitte sehr, verlangt und man kann sich das eben nicht aussuchen, wenn man sagt, dieses Unternehmen soll nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden, im Parlament, Herr Dr. Pfeil - das habe ich von Ihrer Fraktion oft gehört; durchaus mit einer gewissen Berechtigung, das kann ich nicht bestreiten -, aber dann darf man sich natürlich nicht wundern, wenn die Bundesbahnen sagen, daß bei einer bestimmten Frequenz die "Dead-Line" ist. Da fahren zu wenig Leute, das ist nicht wirtschaftlich, da machen

wir einen Defizit, dieser wird ständig kritisiert usw. Hier müssen wir eben sehen, daß es bestimmte Einrichtungen gibt, die auch im Interesse der Volkswirtschaft, im Interesse des Umweltschutzes, im öffentlichen Interesse, sozusagen auch Aufträge erfüllen, die nicht kostendeckend auf die Tarife umgestellt werden können. Wir müssen, wenn wir bestimmte Zugverbindungen nach Linz haben möchten - da bin ich gar nicht so optimistisch, aber es wäre schön, viertel- oder halbstündlich eine Verbindung nach Linz zu haben -, auch Durststrecken überwinden. Das wird ein Prozeß sein müssen. Genauso wie bei unserem öffentlichen Verkehr: das Angebot verbessern und in der Zwischenzeit in diese Einrichtung finanzieren. Man muß natürlich mit allen Möglichkeiten versuchen, die Leute in dieses öffentliche Verkehrsmittel hineinzubringen. Das ist ein Prozeß, bei dem wir natürlich auch mitwirken müssen und können. Wir haben das ja auch schon öfter diskutiert.

Die Frage "Gestaltungsbeirat" wurde sehr ausführlich behandelt und es entspricht meiner Meinung, was Koll. Schloßgangl gesagt hat. Im Bauausschuß haben wir das zuletzt ausführlich diskutiert, aber Alibi ist der Gestaltungsbeirat keines! Wir sehen, daß wir Bauvorhaben teilweise zum dritten Mal drin-

nen haben, daß sehr ernsthaft beraten wird und daß wir das schon einhalten, was uns der Gestaltungsbeirat empfiehlt. Wir haben aber auch eine Verantwortung - wir werden nicht den Bauausschuß auflösen, wir werden uns nicht abmelden und einer Architekten-Kommission die Aufgabenstellung zuordnen, daß sie in Zukunft alles beschließen, so wie sie es wollen! (Wenn ich das ein wenig überzeichne.)

So wird es nicht funktionieren und die Bauwerber, die Konsenswerber werden das auch nicht erwarten können. Wir müssen nämlich auch danach trachten, daß das Ganze letztendlich in Bewegung bleiben kann. Unsere Bürger wollen ja bauen und Projekte realisieren. Wir beklagen uns ja auch gerade, daß man so lange braucht, um ein Projekt zu realisieren und wir haben noch viele solcher Projekte in der Lade. In diesem Zusammenhang ist eine einzige Beredung mit den Herrn Architekten des Gestaltungsbeirates und den Bundesbahn-Vertretern durchgeführt worden - eine einzige. Sie stellen das als eine Geheimsitzung hin - ist es aber nicht. Genau das Gegenteil ist in Wirklichkeit passiert. Das war keine Sitzung des Gestaltungsbeirates, sondern unser Bemühen, die Herren des Gestaltungsbeirates und die Herren der Bundesbahn an einen

Tisch zu bringen und zu versuchen, die Bundesbahnen dazu zu bewegen, daß man - die sind nämlich von uns dort als Bauherr vorgesehen, denn wir können das nicht gut sein auf ihrem Grundstück - gemeinsam mit dem Gestaltungsbeirat ein Projekt durchzieht. Wir wollten eigentlich - und das war das Ziel dieser Besprechung - die Bundesbahnen dazu bringen, daß wir einen Architektenwettbewerb machen und daß sich der Gestaltungsbeirat damit beschäftigt. Das war unser Bemühen.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Es sind aber dort sieben Punkte behandelt worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wenn der Baudirektor und einige Herren mit den Herren des Gestaltungsbeirates bei einer Besprechung sind, kann über alles Mögliche gesprochen werden. Das werden Sie doch denen nicht verbieten können? Natürlich wird über die Probleme der Stadt gesprochen, aber das ist doch nichts Negatives. Das ist etwas Gutes und es war das Bemühen, überhaupt den Gestaltungsbeirat auch in diese schwierigen Projekte einzuschalten, wo die Bundesbahnen nicht dafür sind. Wir sollten uns schon darum bemühen, hier das zu tun, was es möglich macht. Wir sollten nicht das tun, was es

unmöglich macht, die Fortschritte, die wir brauchen, einzuleiten!

Ich muß sagen, 38 Mill. S sind mir natürlich zu wenig - wie uns allen. Wir können nur nicht unendlich lange warten. Wir haben alles getan, uns zu bemühen, den größtmöglichen Zuschuß zu erreichen. Es zeigt sich - und diese Erkenntnis haben wir gewonnen -, daß mehr als 38 Millionen nicht erreichbar sind. Da heißt es schnell schalten. Dann muß man diese 38 Millionen schnell nehmen, zum Land gehen und sagen: 38 Mill. S haben wir, was bekommen wir vom Land und was können wir noch vom Bund erhalten, um den Nahverkehr in Steyr besser zu organisieren.

Es freut mich, daß eigentlich alle positiv dazu stehen, daß es hier eine gewisse Ernüchterung gegeben hat und die Erkenntnis, wie schwer es ist, solche Projekte tatsächlich durchzubringen. Hier ist Geschlossenheit gefragt und darum bitte ich Sie auch bei der Abstimmung über diesen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer enthält sich der Stimme? Wer ist gegen diesen Beschluß? Einstimmige Annahme ist zu protokollieren.

Danke für den Vortrag: ich gebe den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und darf dem Vbgm. Dr. Pfeil das Wort erteilen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, zwei nicht ganz so dramatische Anträge wie die ÖBB-Bahnhofsüberbauung habe ich hier vorzubringen. Im ersten Antrag geht es um die Ausstellung Schloßgalerie Steyr, mit dem Titel "Figur als Aufgabe - Österr. Plastik nach 1945". Es handelt sich dabei um die Festsetzung von Eintrittspreisen.

10) K-7770/91

Ausstellung Schloßgalerie Steyr; "Figur als Aufgabe - Österr. Plastik nach 1945"; Festsetzung von Eintrittspreisen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 30. März 1992 werden die Eintrittspreise für die Ausstellung "Figur als Aufgabe - Österr. Plastik nach 1945" in der Schloßgalerie Steyr wie folgt festgelegt:

Erwachsene: S 25,--

Gruppen ab 15 Personen: S 15,--

Schüler, Arbeitslose, Lehrlinge, Präsenzdienner, Studenten: frei

Diese Eintrittspreise halten sich an den Eintrittspreisen im letzten Jahr. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr, ich darf fragen, wer das Wort wünscht? Keine Wortmeldung, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Im zweiten und gleichzeitig letzten Antrag geht es um die Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die VHS der Stadt Steyr - Arbeitsjahr 92/93. Auch hier handelt es sich im wesentlichen um die gleichen Beiträge wie im letzten Jahr.

11) VH-2621/92

Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare f. die Volkshochschule d. Stadt Steyr - Arbeitsjahr 92/93.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 30. März 1992 wird der Beibehaltung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare in

der bereits für das Arbeitsjahr 1991/92 festgesetzten Höhe im Arbeitsjahr 1992/93 zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Eine Wortmeldung, Herr GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR! Fürs erste, glaube ich, gibt uns dieser Antrag die Möglichkeit, den Kursleitern für ihre Mühe und Plage und für die viele Zeit, die sie den Bürgern der Stadt Steyr widmen, zu danken. Fürs zweite aber, gestatten Sie mir auch eine Frage. Nämlich, wie die Kompetenz und die fachliche Voraussetzung der Kursleiter festgestellt wird. Ich selber war von dem Problem noch nicht betroffen, hörte aber dann und wann Klagen, daß - vielleicht sind es nur zwei oder drei - Kursleiter für ihre Kurse nicht ganz kompetent, fallweise sogar etwa fehlerhaft, zu sein scheinen. Ich kann es nicht sagen und möchte daher die Anfrage stellen, wie das gehandhabt wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen?
Nicht der Fall: ich bitte um das
Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL:

Zum ersten, der Dank an die
Kursleiter wurde an einem
eigenen Kursleiter-Abend, zu-
sammen mit dem Hr. Bür-
germeister, abgestattet. Sie
wurden auch zu einem Abend-
essen im Casino eingeladen.

Wir haben auch Anfragen und
vehemente Bitten, daß diese
Beiträge erhöht werden sollen.
Der Finanzreferent hat damals
geknirscht, ich glaube, er
knirscht auch heute noch, aber in
diesem Zusammenhang möchte
ich jetzt schon darauf hin-
weisen, daß wir wahrscheinlich,
um qualifiziertere Kursleiter zu
bekommen, im nächsten Jahr, bei
der nächsten Beschlußfassung,
auf einen erhöhten Beitrag
kommen sollen. Bis jetzt hat
sich diese Frage um die Be-
nennung von Kursleitern bei mir
nicht gestellt und darum kann ich
hier keine Antwort geben. Wie es
in der Vergangenheit passiert
ist, das müßten wir den Kul-
turreferenten der Vergangenheit
fragen.

Es ist natürlich in einer so
schwierig zusammengesetzten
Institution wie der VHS schwer
zu handhaben, wer das Häkel-
vermögen oder das Vermögen,
daß man antike Teller oder neue
Teller bemalt, beurteilt. Das sind

individuelle Fertigkeiten, die bis
zum Sprachkurs reichen, bei
denen man natürlich leichter die
Eignung feststellen kann, auf-
grund einer Diplomprüfung oder
aufgrund seiner Herkunft aus
einem fremden Land.

Ist die Anfrage damit hin-
reichend beantwortet? Ich kann
es für die Vergangenheit nicht
tun, für die Gegenwart hat es
sich noch nicht gestellt.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:

Das war nicht das Schlußwort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL:

Das war das Schlußwort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:

Weil ich namentlich vorgekom-
men bin, möchte ich trotzdem
etwas sagen. Ich darf das bitte
von der Bank aus machen. Der
Finanzreferent knirscht noch
nicht. Er hätte knirschen müssen,
wenn der FPÖ-Antrag auf Re-
fundierung der Repräsentations-
kosten seinen Durchbruch
gehabt hätte. Da hätte ich nicht
gewußt, von welchem Geld ich
das zahlen soll. Ansonsten bin
ich es den Mitarbeitern der VHS
mehr als willig, auf Kosten der
Stadt und der Bürger, eine
gewisse Erhöhung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD
PFEIL:

Aber jetzt zum Schlußwort noch ein Schlußwort. Das kann nicht unwidersprochen bleiben.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bin nicht der Meinung, daß man alles und jedes Thema auf ein parteipolitisches Niveau bringen soll. Danke.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Dann würde ich Dich bitten, das in Zukunft so zu machen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Das ist vollkommen richtig; wir sollten uns den Sachthemen widmen. Ich möchte nur noch bemerken, Herr Koll. Lengauer, daß natürlich in der Regel bestens beschriebene Leute, die schon viel Erfahrung haben und die aufgrund ihrer Tätigkeit besonders geeignet erscheinen, die auch schon andere Vorträge gehalten haben, meistens Lehrer sind usw., genommen werden. Ich glaube, im großen und ganzen sind die Vortragenden sehr gut, aber es gibt ja auch gute und schlechte Lehrer - so ist eben das Leben und nicht alle werden uns so entsprechen und daher ist auch die Kritik durchaus berechtigt. Wenn das an uns herangetragen wird, dann glaube ich, werden wir solche Leute

nicht mehr einsetzen, aber in der Regel ist es eine sehr positive Einrichtung. Das Negative sollte hier nicht überwiegen, aber Kritik ist natürlich immer berechtigt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Keine Stimmenthaltung wird angezeigt, daher ist der Antrag einstimmig beschlossen. Herr Vizebürgermeister, herzlichen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Nächste Berichterstatterin ist Frau StR Ingrid Ehrenhuber. Ich bitte um den Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren, bei meinem ersten Antrag geht es darum, daß einer langjährigen Gepflogenheit folgend, auch heuer einkommensschwache Personen bzw. Familien eine Unterstützung in der Form erhalten sollen, daß sie einen Gutschein im Wert von S 1.100,-- zur Anschaffung von Brennstoff erhalten. Der diesbezügliche Antrag an den GR lautet:

12) SH-922/92

Brennstoffaktion für ein-

kommensschwache Personengruppen im Jahre 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1992 wird der Betrag von

S 800.000,--

(achthunderttausend)

aus den bei der VSt. 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. V v. 4. 3. 1992 durchzuführen. Die stadrätl. Wohlfahrtsreferentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bei geringfügigen Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr; wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall - wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um ein Subventionsansuchen

des Vereines "Aktion Tagesmütter OÖ.". Der Antrag lautet:

13) Ha-280/92

Verein "Aktion Tagesmütter OÖ."; Subventionsansuchen für 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V v. 16. 2. 1992 wird dem Verein "Aktion Tagesmütter OÖ." für das Jahr 1992 eine Subvention im Ausmaß von S 1.600,-- pro betreutem Kinde und Monat gewährt. Die monatliche Auszahlung richtet sich nach der Betreuungsdauer und Anzahl der Kinder, wobei für maximal 23 Kinder pro Monat die Förderung bezahlt wird.

Zu diesem Zweck wird für die Gesamtkosten von S 441.600,-- bei der VA-St. 1/4390/757000.4 ein Betrag von

S 376.860,--

(dreihundertsechundsiebzigtausendachthundertsechzig) freigegeben und bei der gleichen VA-St. eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 64.740,--

(vierundsechzigtausendsiebenhundertvierzig) bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr; wird das Wort
gewünscht? Nicht der Fall. Wer
für den Antrag ist, den bitte ich
um ein Zeichen der Zustimmung.
Danke sehr. Gegenprobe?
Stimmenthaltung wird nicht
geübt. Der Antrag ist einstimmig
beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem nächsten Antrag geht
es ebenfalls um eine Subven-
tionsgewährung, und zwar für
den "Verein für Arbeit, Beratung
und Bildung".

14) Ha-5457/91

Verein für Arbeit, Beratung
und Bildung; Ansuchen um
Gewährung einer Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
Magistratsabteilung V vom 16. 3.
1992 wird dem Verein für
Arbeit, Beratung und Bildung für
Investitionen im Jahr 1992 eine
Subvention in Höhe von S
220.000,-- (in Worten: Schilling
zweihundertzwanzigtausend) ge-
währt.

Die erforderlichen Mittel werden
bei der VSt. 1/4291/757000.4
freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Ihre
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Zu Wort gemeldet ist Hr. StR
Eichhübl; ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, meine
Damen und Herren des GR, werte
Herren Bürgermeister, daß wir
an sich und grundsätzlich
Vereinen, die sich mit der
Arbeitslosenproblematik und mit
den Arbeitslosen beschäftigen,
um sie wieder in den normalen
Arbeitsprozeß eingliedern zu
können, sehr positiv gegenüber
stehen. Allerdings verhält es
sich bei diesem Antrag doch
etwas anders. Und zwar aus
folgenden Überlegungen heraus:
Die Größenordnung, die dieser
Verein anstrebt, ist sehr be-
trächtlich und fällt an und für
sich, so meinen wir, in die
Kompetenz der Arbeitsmarkt-
verwaltung.

Betrachtet man den Antrag
etwas näher, so geht es doch
darum, daß dieser Verein im Jahr
1992 folgende Investitionen vor
hat: Zum einen die Anschaffung
von 2 Personentransportern für
die Beförderung der Kurs-
teilnehmer um S 310.000,--, die
Anschaffung eines Personal-
Computers mit Hard- und Soft-
ware, die Anschaffung eines
Overhead-Projektors, sowie die
Anschaffung eines Telefax-Ge-
rätes. Außerdem sind die all-
gemeinen Sachkosten angeführt,
die von der Arbeitsmarktver-

waltung nicht gedeckt werden (z. B. die Öffentlichkeitsarbeit). Summa summarum beträgt das S 440.000.--. Dabei darf man auch auf die Folgekosten nicht vergessen, meine Damen und Herren. Wir glauben also, das wäre die Aufgabe der Arbeitsmarktverwaltung - wie ich bereits gemeint habe - und stehen daher diesem Antrag nicht positiv gegenüber. Die Frage erhebt sich auch so wie im Stadtsenat, meine Damen und Herren, ob man nicht doch etwas über das Ziel hinausschießt, wenn man meint, daß man auch berechtigt - wie die Fr. StR damals bekanntgegeben hat - zwei neue Personentransporter anschafft. Denn um S 310.000.-- kann es sich nur um neue Busse handeln. Ich glaube, da hätten auch zwei gebrauchte genügt. Ich möchte nicht sagen, daß es unbedingt VW-Transporter hätten sein müssen - gebrauchte.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke, Hr. Stadtrat, für den Beitrag. Nächste Wortmeldung GR Oskar Holub, bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Also mich verwundert schon, daß die FPÖ eine Meinung bezieht, die sehr negativ ist. Und zwar einer Gruppe gegenüber, die von privater Initiative ausgeht, die

sich sehr kontinuierlich entwickelt hat, die gezeigt hat, daß sie sich von anfänglichen Schwierigkeiten in den letzten Jahren zu einem Verein entwickelt hat, der durchaus in der Lage ist, sehr professionelle Arbeit zu leisten und der es geschafft hat, einen Großteil sehr schwierig vermittelbarer Klienten in das Arbeitsleben wieder zu integrieren, wo sich letztendlich die Arbeitsmarktverwaltung und die Stadt Steyr einiges erspart haben. Daß man hier nun auf einmal pingelig wird und diskutiert, ob Neu- oder Gebrauchtwagen, verstehe ich nicht.

Erstens einmal weiß ich, daß - nebenbei bemerkt - es sich um Gebrauchtwagen handelt. Zum zweiten hat dieser Verein seitens der Stadt bisher wirklich sehr wenig Unterstützung erhalten. Ich darf nur daran erinnern, daß dieser Verein auch in der Schloßgalerie tätig war und dort auch die Renovierung durchgeführt hat, wobei die Stadt Steyr leider vergessen hat, bei der Einladung diesen Verein überhaupt zu erwähnen bzw. Vertreter des Vereins, die das letztendlich gemacht haben, einzuladen. Meiner Erinnerung nach ist es ansonsten immer üblich, wenn öffentliche Gebäude seitens des Magistrates fertiggestellt werden, daß dann auch die Firmen, die daran beteiligt sind, eingeladen werden und

einen - zumindest schütteren - Applaus bekommen. In diesem Fall wurde das unterlassen.

Ich finde es wichtig, daß - und hierbei appelliere ich an die FPÖ - das Image eines solchen Vereins, der sich zuerst einmal Arbeitslosen- und Selbsthilfeverein genannt hat, weil er als solcher entstanden ist, wirklich verbessert gehört und nicht, daß man - ich weiß nicht aus welchen Gründen - durch Mißfalls-Kundgebung gegenüber einer Subvention das Image wieder abwertet oder abzuwerten versucht. Noch dazu, wo seitens der Arbeitsmarktverwaltung, die Sie angesprochen haben, daß sie sich mehr engagieren soll, wirklich große Probleme gibt. Aber nicht so sehr vom Linzer Arbeitsamt her; es gibt z. B. Weisungen an das Steyrer Arbeitsamt, die vom Arbeitsamt Steyr nicht erfüllt werden. Ich weiß z. B., daß bei einem Projekt - obwohl die anderen zwei, Renovierungskurs + Eisenstraße, sehr gut laufen, da gibt es Wartelisten -, und zwar dem Frauenprojekt, das Arbeitsamt Steyr entgegen Weisungen des Landesarbeitsamtes sehr schlecht bis gar nicht vermittelt hat. Dieses Projekt ist zur Zeit wirklich sehr fraglich und ich ersuche den Hr. Bürgermeister bzw. die zuständige Stadträtin, mit dem Arbeitsamt Steyr einmal Kontakt aufzunehmen und

zu untersuchen, was da wirklich vor sich geht. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Ich bitte um das Schlußwort der Berichtsterin.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Es ist bereits angeklungen und ich glaube auch, daß dieser Verein eine sehr wertvolle Arbeit insofern leistet, als er sich doch einer Personengruppe annimmt, die sehr schwer vermittelbar und sehr schwer zu integrieren ist. Der Verein hat hierbei eigentlich schon ganz gute Erfolge zu verzeichnen. Ich darf sagen, daß es einen Personenkreis gibt, der von uns über längere Zeit oft Sozialhilfe bezieht. Wenn es gelingt, diese Personen in einen entsprechenden Kurs, der hier angeboten wird, zu vermitteln, dann übernimmt die Arbeitsmarktverwaltung für die Dauer des Kurses diese Kosten und wir ersparen uns für diese Zeit die Sozialhilfe. Es werden derzeit 3 Arbeits-Trainingskurse für langzeitarbeitslose Personen angeboten; ein Renovierungskurs für Jugendliche und jüngere Personen bis 30 Jahre; ein Arbeits-Trainingskurs für ältere Arbeitslose ab 40 Jahren und ein Arbeits-Trainingskurs für Frauen zwischen 20 und 50 Jahren. Die

Zielsetzung dieser Kurse - es wurde ja bereits darauf hingewiesen - ist eben, eine Erhöhung der persönlichen, sozialen und fachlichen Kompetenz zu erreichen und eine gewisse Stabilisierung der Teilnehmer bzw. zu ermöglichen, daß sie wieder in einen normal geregelten Lebensrhythmus kommen.

Es handelt sich hier nicht - ich habe mich inzwischen erkundigt - um den Ankauf von neuen Fahrzeugen, sondern es werden übertragene Fahrzeuge angeschafft. Unser Subventionsan-suchen lautet ja ohnehin auf S 220.000,- und aufgrund der Investitionen wären S 440.000,- - notwendig. Alleine aus diesem Grund müßten sie sich schon einschränken und sie sind dabei, übertragene Autos anzukaufen. Der Grund, wofür sie diese Fahrzeuge brauchen, ist jener, daß der Arbeitsbeginn praktisch unten beim Vereinsheim festgesetzt ist und von dort aus werden dann diese Personen zur Arbeitsstätte hingebracht - eben das Gebäude, bei dem etwas zu renovieren ist oder der biologische Gemüsebau.

Es ist schwer, diese Leute zu integrieren und sie zum Arbeitsplatz zu bringen. Wenn man sie nicht dorthin fährt, dann kommen sie einfach nicht. Ich glaube, es ist notwendig, diese Fahrzeuge anzukaufen und

möchte Sie bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? 8 Stimmenthaltungen (FPÖ). Danke; nächster Antrag bitte.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem letzten Antrag geht es darum, daß die Agenden der Ehrung der Altersjubilare ab 1. 1. 92 vom Referat f. Schule und Sport an die MA V übertragen wurden. Es war dazu notwendig, neue Voranschlags-Stellen zu eröffnen und ich ersuche Sie, aus diesem Grund einer Kreditübertragung gemäß Amtsbericht Ihre Zustimmung zu geben.

15) K-200/92

Ehrung der Altersjubilare;
Übertragung der Agenden ab
1. 1. 1992 an die MA V - Er-
öffnung von Voranschlags-
stellen.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
Mag. Abt. V v. 9. 4. 1992 wird im
Zusammenhang mit der Ehrung
der Altersjubilare einer Kre-
ditübertragung im Betrage von
S 180.000,-

(einhundertachtzigtausend)

von der VSt. 1/0620/403000.6
auf die VSt. 1/0620/403100.4
und einer solchen von

S 20.000,--

(zwanzigtausend)

von der VSt. 1/0620/728000.4
auf die VSt. 1/0620/728100.2
zugestimmt.

Die Deckung dieser Kredit-
übertragung hat bei der VSt.
1/0620/403000.6 bzw.
1/0620/728000.4 zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr; wird das Wort
gewünscht? Dies ist nicht der
Fall und wir kommen zur
Abstimmung. Wer für den Antrag
ist, den bitte ich um ein Zeichen.
Danke sehr. Gegenprobe? Stimm-
enthaltung wird nicht angezeigt.
Der Antrag ist einstimmig an-
genommen.

Ich danke Fr. Koll. Ehrenhuber und
erteile dem nächsten Bericht-
erstatter, StR Eichhübl, das
Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister,
meine Damen und Herren des GR,
ich habe Ihnen heute 3 Anträge
vorzutragen und darf gemäß der
Tagesordnung mit dem ersten,
betreffend die Erdgasaufschlie-
ßung Ortsnetz Gleink, beginnen.
Ich möchte Sie auch um
Verständnis dafür ersuchen, daß
ich nicht den gesamten Amts-
bericht zur Verlesung bringe,

sondern mich lediglich auf das
Notwendige einschränke.

16) ÖAG-1775/92

Stadtwerke

Erdgasaufschließung Orts-
netz Gleink; 3. Teil - Auf-
tragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
Direktion der Stadtwerke vom
25. Februar 1992 wird im
Zusammenhang mit der Erdgas-
aufschließung des Ortsnetzes
Gleink, 3. Teil, nachstehenden
Auftragsvergaben zugestimmt.

1. Tiefbauarbeiten: Fa. Hamberger
BaugesmbH und Fa. Negrelli
BaugesmbH, Steyr, S 1.792..72,90
exkl. USt.

2. Rohrtransport: Städt. Wirt-
schaftshof, S 4.800,-- exkl. USt.
Die hierfür erforderlichen Mittel
sind von den Stadtwerken der
Stadt Steyr aufzubringen.

Ich darf Sie aber auch ersuchen,
meine Damen und Herren des GR,
folgende Ergänzung, die im
Stadtsenat beschlossen wurde,
heute mitzutragen. Und zwar
habe ich im Stadtsenat den
Antrag auf Dringlichkeit des-
wegen gestellt, um nicht eine
weitere Verzögerung des wirk-
lich wichtigen Auftrages der
Ausdehnung dieser eben vor-
getragenen Baumaßnahmen zu
ermöglichen und dies zu ver-
hindern. Herr Bürgermeister, ich
darf Sie bitten, die Diskussion

bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr; wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall; wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der zweite Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, behandelt eine Neuverlegung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen im Zuge des Ausbaues der Voralpenbundesstraße im Bereich Plenklberg.

17) ÖAG-1935/92

Stadtwerke

Ausbau der Voralpenbundesstr. im Bereich Plenklberg; Erneuerung bzw. Neuverlegg. d. Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen; Ver-gabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 2. März 1992 werden im Zusammenhang mit dem Ausbau der Voralpenbundesstraße im Bereich Plenklberg und der damit erforderlichen Erneuerung bzw. Neuverlegung der Erdgas- und Trinkwassertransportversor-

gungsleitungen nachstehende Aufträge vergeben.

1. Tiefbauarbeiten: ARGE Hamberger/Illma, S 1.455.368,48 exkl. USt.

Hier bitte ich Sie ebenfalls, eine Änderung heute hier zu beschließen, die folgendermaßen lautet und auch im Stadtsenat diskutiert, besprochen und beschlossen wurde:

"Entgegen dem Beschlußantrag wurden die Tiefbauarbeiten einstimmig der ARGE Hamberger/Illma zum Preise von S 1.455.468,48 exkl. USt. vergeben. Die Mitglieder des Stadtsenates waren einvernehmlich der Auffassung, daß das nach den Preisverhandlungen abgegebene Schreiben der Bietergemeinschaft vom 4. 3. 1992 berücksichtigt werden soll, zumal ein öffentliches Interesse darin besteht, daß der Auftrag aus arbeitsmarktpolitischen Gründen an ein Unternehmen mit dem Sitz in Steyr erteilt wird. Diese Änderung wirkt sich dadurch aus, daß gegenüber dem bisherigen Bestbieterpreis eine Einsparung von S 25.931,42 erzielt wird."

Das ist der eine Teil dieses Antrages; zweitens heißt es dann:

2. Lieferung der Absperrorgane und Armaturen: Fa. Kontinentale, Wels, S 138.946.-- exkl. USt.

3. Rohrtransport: Städt. Wirtschaftshof, S 9.600.-- exkl. USt.

Die erforderlichen Rohre sind aus dem bei den Stadtwerken bestehenden Rohrlager zu entnehmen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie ersuchen, über diesen Antrag ebenfalls die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Fr. Koll. Scheucher. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ich möchte in diesem Zusammenhang dagegen protestieren, daß Anträge vermengt werden. Natürlich sind wir dafür, wenn Trinkwasserleitungen kaputt oder renovierungsbedürftig sind, daß sie saniert werden. Auch im Stadtteil Münchenholz! Natürlich sind wir dafür, daß das flächendeckend mit Erdgasleitungen versorgt wird. Aber wir sehen nicht ein, daß wir automatisch dem Ausbau der Voralpenbundesstraße im Bereich Plenkberg zustimmen sollten, nur weil wir zu diesen Trinkwasserleitungen positiv eingestellt sind.

ZWISCHENRUF:

Das steht aber nicht hierherinnen!

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Es steht drinnen "Ausbau der Voralpenbundesstraße im Bereich Plenkberg". Und deshalb sollten im Zuge des Ausbaues diese Leitungen erneuert werden. Also inkludiert das den Ausbau. Da müssen Sie schon besser lesen! Gegen den Willen der Bevölkerung von Münchenholz, die ja mehrheitlich dokumentiert hat, daß sie das nicht will, können wir uns mit diesen Ausbauplänen nicht anfreunden und daher haben wir auch Probleme mit dem Antrag. Das wollte ich dazu nur sagen, danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, ich habe an und für sich vorgehabt, in die Richtung eine Erklärung abzugeben, die auch die Wortmeldung der Fr. Koll. Scheucher beinhaltet hat. Und zwar darf ich folgendes zum Ausdruck bringen, meine Damen und Herren des GR: Ich möchte darauf hinweisen, daß der Vortrag zu diesem Antrag, den ich jetzt als zuständiger Referent gemacht habe, und auch die Zustimmung zu diesem Antrag keineswegs auch gleichzeitig ein Bekenntnis und eine Zustimmung zum vierspurigen

Ausbau des Plenklberges bedeutet.

Für mich kann das lediglich ein Eventualantrag sein, weil ich davon ausgehe - und das habe ich auch bereits in der Öffentlichkeit gesagt, im Zusammenhang der Bürgerversammlung in Munichholz -, daß eine notwendige Verlegung von Versorgungsleitungen oder deren Erneuerung nicht unbedingt und nicht zwingend gleichzeitig mit einer Verbreiterung eines Straßenzuges einhergehen kann und eine Verbindlichkeit darstellt. Ich sage das auch vor diesem Gremium sehr deutlich, um in Zukunft mißverständliche Interpretationen in diesem Zusammenhang hintanzuhalten.

Auch unser Hr. Bürgermeister Leithenmayr, der sich - wie ich annehme - für diesen Antrag aussprechen wird, hat ja bei der Bürgerversammlung, die ich vorhin angesprochen habe, in Munichholz erklärt, als nämlich dort die Bürger ihre berechtigten Anliegen, ihre berechtigten Sorgen zum Ausdruck gebracht haben, daß im Zuge des geplanten Ausbaues des Plenklberges mit weiteren Beeinträchtigungen der Lebensqualität zu rechnen ist. Er hat erklärt, daß er diesen Anliegen der Bevölkerung große Aufmerksamkeit schenkt und versuchen wird, diese Belastung von den Bürgern zu nehmen. Allerdings mit einer Einschränkung, daß er nicht bereit

ist, im Zuge dieser Angelegenheit die Nordspange zu gefährden.

Ich persönlich, meine Damen und Herren - und wahrscheinlich auch sehr viele hier herinnen - würde es sehr bedauern, wenn gegen den Willen der Bevölkerung ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich finde es ausgesprochen fies, daß Du in Deinem Schlußwort ein völlig neues Thema, eine Plenklberg-Debatte "vom Zaun brichst"!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... gegen den Willen der Bevölkerung ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ausgesprochen fies!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, darf ich Sie bitten, mir die Möglichkeit zu geben, auszusprechen! Hr. StR Zagler, ich hoffe, daß Du ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nein, das ist nicht die feine englische Art, im Schlußwort ein ganz neues Thema anzuschneiden!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist dem Hr. Bürgermeister genauso passiert, heute schon!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist kein neues Thema, sondern es geht im Zusammenhang dieser Rohrverlegung um den Ausbau des Plenklberges und das ist auch zurecht - wie ich meine - die Wortmeldung der Fr. Koll. Scheucher gewesen!

Ich wäre also dagegen - ich darf fortfahren, meine Damen und Herren: Hr. Koll. Zagler, ich möchte Dich schon bitten, daß Du die halbe Minute, die ich noch spreche, mir die Aufmerksamkeit schenkst -, daß man gegen den Willen der Bevölkerung den Plenklberg vierspurig ausbauen würde. Wobei sich doch wirklich die Gelegenheit bereits ergeben hätte und auch in Zukunft wird sich die Gelegenheit ergeben, die Gußwerkstraße im Zusammenhang mit der Errichtung der Nordspange als Zubringer auszubauen.

Ich danke Ihnen trotz der Zwischenrufe - und da meine ich besonders Hr. Koll. Zagler - für Ihre Aufmerksamkeit.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Das Schlußwort gehört zur Sache, aber nicht dazu, neue Probleme und Themen aufzuzäumen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der Referent hält sein Schlußwort - es ist zwar nicht fair, was er macht, aber er macht es.

Ihr werdet ihn ja alle richtig einschätzen, wenn er dies so handhabt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich habe das bewußt auch deshalb gemacht, weil ich in dieser Frage - in der Öffentlichkeit, bei einer Diskussionsveranstaltung - zitiert wurde wegen dieser Rohrverlegung. Ich glaube, es steht mir zu, auch vor diesem Gremium eine Klarstellung zu erbringen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es gehört nicht zur Sache!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFE

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der Referent ist am Wort. Wir können ja nicht alle reden!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe bereits ausgesprochen, Herr Bürgermeister, danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der Berichterstatter ist am Wort und führt aus, Fr. Koll. Scheucher hat ihm ein "Hölzl" geworfen und er führt daher zur Sache aus. Sie hat den Antrag kritisiert, weil eine Vermengung stattfindet. Herr Koll. Eichhübl ist dabei, dies zu entkräften. Ich kann das nicht ändern! Es ist nicht fair, dabei hat Koll. Zagler recht, aber er

macht es eben. Es ist vielleicht nicht sein Wille, daß er fair sein will. Bitte, Hr. Koll. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke, Herr Bürgermeister, für diese Beurteilung meiner Person. Danke!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Schon fertig?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe bereits mehrmals bekanntgegeben, daß ich ausgesprochen habe!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Dann darf der Bürgermeister noch eine kurze Bemerkung machen, das steht ihm zu. Es ist nicht recht gut, wenn man im Schlußwort neue Aspekte einer Diskussion bringt, wo die anderen Kollegen des Gemeinderates keine Chance mehr haben, sich dazu zu äußern. Ich möchte also bitten, dies in Hinkunft nicht zu tun.

Im übrigen ist der Ausbau des Plenkoberges ein "alter Hut" im Steyrer Gemeinderat - wenn ich das so sagen darf. Kollege Sablik, der leider jetzt dazu nicht Stellung nehmen kann, hat sich die Mühe gemacht, ein wenig nachzulesen und hat festgestellt, daß hier in chronologischer Folge ab dem 3. 9. 1987 im Verkehrsausschuß das Thema be-

handelt wurde und eine Ortsbesichtigung stattgefunden hat.

Ausbau Plenkoberg - erklärtes Ziel des GR, des Verkehrsausschusses. Detto 29. 9. 1987: Besprechung über Umbau, Finanzierung usw. im Verkehrsausschuß. 18. 10. 1990: Im GR wird der Fußgeherübergang besprochen - Amtsbericht über den vierspurigen Ausbau.

13. 6. 1991: Gußwerkprojekt - Projektierung dieser Straße, 7 m breit; beschlossen waren 7 Millionen; insgesamte Kostenvorsorge - 1. Abschnitt - schon im heurigen Budget enthalten. Weiters die Entlastung der Haager Straße etc.

Alles schon vorgeplant und so war auch die Meinung, die hier vertreten wurde. Daher ist es nicht recht fair und, wie ich glaube, auch nicht recht zweckmäßig, so zu tun, als wäre dies ein neuer Aspekt und man wolle es ändern bzw. anders machen.

Aber es stimmt und dabei bin ich Dir dankbar, daß Du richtig zitiert hast, daß wir alle bemüht sind, hier die verkehrsmäßige Belastung in diesem Bereich so weit wie möglich wegzubringen. Wir haben ja eine ganz gute Überlegung angestellt. Auch unter dem Eindruck der Diskussion mit dieser Bürger-Initiative, die demnächst wieder zu mir kommen wird. Wir wollen hier wirklich die Kreuzung in Münichholz konform machen, also

mit der Meinung der Bevölkerung soweit es nur geht in Einklang bringen. Wir wollen jetzt schon beginnen, den Ausbau der Gußwerk- und Messererstraße vorzunehmen. Sie soll fertig sein, bevor die Nordspange errichtet wird und wir können damit ja wirklich zustande bringen, daß der Schwerverkehr über diese Straße geführt wird. Auch durch die entsprechenden Kreuzungsregelungen! Wir wollen - ich habe bereits den Auftrag erteilt -, daß man eine Planung dergestalt umsetzt, daß tatsächlich der Bundesstraßen-Querschnitt von 8 m bei der Gußwerk- und Messererstraße erreicht wird. Wenn das geschieht, werden wir sie in dieser Form ausbauen. Dann, meine Damen und Herren, werden wir mit der Bundesstraßenverwaltung ins Benehmen treten - das ist doch die intelligentere Lösung. Erst dann, wenn wir es gebaut haben, können wir sagen - wie unser Magistratsdirektor Dr. Knapp immer zu sagen pflegte - "Wollt Ihr es vielleicht von uns geschenkt haben?"; nachher können wir das sicher leichter tun, das ist intelligent! Wir lösen die Probleme der Münichholzer und hier möchte ich den GR bitten, daß er sich mit dieser Lösung versteht, weil sie das Ergebnis unserer Gespräche und das der Gespräche mit der Bevölkerung ist. Außerdem ist es die einzige zielführende Lösung,

beides auf einen Nenner zu bringen.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung der Frau Kollegin Scheucher. Der Antrag ist gegen eine Stimmenthaltung angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum dritten und letzten Antrag, der folgendermaßen lautet:

18) ÖAG-3246/92

Stadtwerke

Erdgasaufschließung Messererstraße; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 24. April 1992 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Messererstraße und dem erforderlichen Neubau einer Reduzierstation nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt.

1. Baumeisterarbeiten: Fa. Heno-Bau GesmbH, Steyr, S 323.229,-- (exkl. USt)

2. Rohrtransport: Städt. Wirtschaftshof, S 2.000,-- (exkl. USt)

3. Errichtung des rohrtechnischen Teiles der Reduzier-

station: Fa. Integral Montage GesmbH. Wallern. S 261.000.-- (exkl. USt)

Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Sphärogußrohre sind aus dem bei den Stadtwerken bestehenden Rohrlager zu entnehmen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Holub. Ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

In der neuzeitlichen Auslegung der Geschäftsordnung fahre ich fort und benütze die räumliche Nähe zur Messererstraße zur Fortsetzung der vergangenen Diskussion. Ich rede natürlich nicht über den Plenklberg, weil das nicht die Sache wäre. Ich möchte nur zu einem eigenartigen Vorgang meinen persönlichen Kommentar abgeben. Also hier spricht der Karl Holub, Bürger der Stadt Steyr.

Die Situation in Münchenholz ist von einem anderen Bürger der Stadt Steyr, Dr. Leopold Pfeil, ziemlich übel mißbraucht worden, um hier eine Bühne für

politisches Theater zu haben. Die Ängste der Münchenholzer Bevölkerung am Plenklberg dazu zu schüren, daß man parteipolitische Propaganda macht, das ist nicht "first class", das ist - naja, die Klassifizierung ist nicht mein Problem. Wenn der Verkehrsreferent dieser Stadt Steyr seine Funktion ernst genommen hätte, dann hätte er genau das den Bürgern gesagt, was ich in der letzten Wortmeldung in der Diskussion gesagt habe. Nämlich: "Liebe Bürgerinnen und Bürger dieses Stadtteiles, Ihr diskutiert um das falsche Eck Eures Gebietes!" Die Diskussion über den Plenklberg ist grundfalsch, weil nämlich das Problem am Knoten Messererstraße zur Nordspange entstehen wird. Wo der Vizebürgermeister Pfeil die Wogen der Unruhe in Münchenholz geschürt hat, ist das falsche Ende. Vielleicht ein gutes Forum, vielleicht ein gutes Podium für politische Taktiererei, aber als Referent einer Stadt zu einem städtischen Ressort so zu agieren, ist infam, Hr. Vizebürgermeister. Die Lösung des Problemes hat am Knoten Messererstraße zu erfolgen und zwar in der Form, daß der Messererstraße, entgegengesetzt zur jetzigen Planung - und ich habe hier herinnen in dem Informationsgespräch in Ihrer Anwesenheit die Beamten des Landes aufmerksam gemacht -,

daß der Knoten nicht den Intentionen der Stadt entspricht, weil - zu meinem Befremden - die Beamten des Landes der Oö. LR von unserem eigenen Bauamt nicht in Kenntnis gesetzt wurden, daß die SKF mittlerweile beabsichtigt, vom Schienen- auf LKW-Transport in der Versorgung umzusteigen.

Das ändert das Bild ganz bedeutend. Die Beamten bzw. die Zivilprojektanten haben diese Information nicht gehabt und sie werden - wenn wir als Stadt gemeinsam unsere Energie einsetzen, daß der Knoten dort bedarfsgerecht gebaut wird - diese Planung auch noch vollziehen. Dazu haben sie ja nach menschlichem Ermessen vier volle Jahre Zeit. Genauso hat die Stadt nach menschlichem Ermessen vier volle Jahre Zeit, die Gußwerkstraße so auszubauen, daß die Forderung erfüllt werden kann, daß der Plenklberg aus einer übergebührlchen Verkehrsbelastung genommen wird. Punktum. Ende. Aus!

Alles andere, was Ihr, liebe Freunde von der Freiheitlichen Partei aufgeführt habt, ist "billigstes Schmierentheater", das wirklich zurückzuweisen ist!

Beifallskundgebung
(verschiedener Mandatare)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich fragen, ob eine weitere Wortmeldung vorliegt? Herr Koll. Dr. Pfeil, bitte. Das habe ich mir doch fast gedacht, daß Sie hier Stellung nehmen wollen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Herr Stadtrat Karl Holub! Ich war der Meinung, daß gerade Sie sich immer eines gewissen Umgangstones befleißigen wollen. Ich weiß wirklich nicht ...

STADTRAT KARL HOLUB:

Unverständlicher Zwischenruf!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe Sie nicht unterbrochen und bitte den Hr. Bürgermeister und Vorsitzenden jetzt wirklich für Ruhe und Ordnung zu sorgen! Ich toleriere nicht, daß man mich hier unterbricht.

Sie waren selber dabei, bei einer Demonstration, bei der Vorstellung des Projektes "Nordspange" durch die Beamten des Landes - hier in diesem Raum. Ich habe vom geplanten Ausbau Plenklberg und von der geplanten Weiterführung der Nordspange - Ausbau Haager Straße als Teil der Nordspange - aus der Presse erfahren. Ich habe Herrn Bürgermeister Leithenmayr gebeten, daß es doch recht wäre, wenn die

Beamten des Landes auch einen neuen Verkehrsreferenten in dieser Stadt vorab informieren, was in dieser Stadt - auch wenn es sich um eine Bundesstraße handelt - geplant sei oder ist.

Bei der Präsentation hier in diesem Raum kam es ganz klar zum Ausdruck, daß a) der Plenkberg vierspurig als Teil der Nordspange ausgebaut wird und daß b) die Haager Straße als Teil der Nordspange fungieren wird. In meiner Anfrage hier in diesem Raum, ob man nicht die Gußwerkstraße als Teil der Nordspange hernehmen könnte, sagten mir die Beamten des Landes im Beisein aller, die - so glaube ich - hier aufgepaßt haben - daß dies nicht möglich sei. Auch einer Bevorzugung einer Kreuzungsregelung ist man damals nicht näher getreten.

Wenn man weiß, welche Belastungen die Bewohner heute an den stark befahrenen Straßen haben, Belastungen, die wir vor 10 Jahren alle nicht erahnt haben, Belastungen am Blümelhuberberg mit Frequenzen bis zu 28.000 bzw. 30.000 Autos pro Tag, wenn man diesen Bewohnern verspricht, daß es eine spürbare Entlastung gibt, wenn die Nordspange kommt, und wenn man weiß, daß auf dem Blümelhuberberg je nach Begleitmaßnahmen um die 30 oder 40, ev. auch 50 % Entlastung kommen; allerdings nur für wenige Jahre, denn in spätestens 3 - 5 Jahren

wird das durch den Verkehr wieder aufgeholt werden - Aussage Prof. Stickler, hier in diesem Raume. Das ist wörtlich seine Aussage ...

STADTRAT KARL HOLUB:

Eine ziemlich inkompetente Interpretation!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... dann bin ich als Verkehrsreferent verpflichtet, daß ich die Bewohner in Münchenholz aufmerksam mache, was auf sie zukommt.

Ich habe den Hr. Bgm. gebeten, daß wir die Bevölkerung in Münchenholz informieren. Hr. Bgm. Leithenmayr hat gesagt, es ist alles ausdiskutiert, tun Sie um Gottes willen nichts, ansonsten wird gar nichts gebaut und der Bund gibt das Geld nicht her. Hr. StR Schloßgangl seitens der ÖVP sagt, das wäre populistisch, wenn man mit der Bevölkerung noch spricht. Daraufhin habe ich gesagt, daß ich als Verkehrsreferent die Bevölkerung informieren werde.

Nachdem der Ausbau des Plenkberges unmittelbar bevorstand, haben wir, auch um Kosten zu sparen, die Aussendung auf einem partei-eigenen Papier gemacht. Das gebe ich gerne zu. Ganz unten ist klein das Impressum und oben das Logo gestanden. Aber in großer Schrift stand "Der Verkehrsre-

ferent". Bei dieser Sitzung, wenn Sie dabei gewesen wären, wurde nicht ein Wort über Parteipolitik gesprochen. Daß wir dort einen Katalysator-Effekt, ein Enzym gelegt haben, daß hier jetzt eine Bürger-Initiative ist, die sich wirklich ernsthaft mit diesen Problemen beschäftigt und aufweist, ...

STADTRAT KARL HOLUB:
Das ist Ihr Verdienst!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Mich freut das wirklich nicht mehr, wenn ich dauernd unterbrochen werde. Mich freut's wirklich nicht mehr!

STADTRAT KARL HOLUB:
Das ist aber Ihr Problem!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist eine Unkultur, die hier offensichtlich einreißt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:
Nein, das ist auch im Parlament gültig. Die Mitglieder Ihrer Fraktion machen das mit großer Akribie. Sie müssen das schon zur Kenntnis nehmen, daß es hin und wieder einen Zwischenruf gibt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich sehe, Sie tolerieren das, also werden wir uns auch danach halten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Zwischenrufe kann man nicht unterbinden!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also werde ich mir auch erlauben, daß ich Zwischenrufe mache. Fein, haben wir das ausgemacht.

Ich sehe es also als Verpflichtung an, daß man die Bevölkerung ausreichend und richtig informiert. Es ist nämlich nicht richtig und einfach nicht zielführend, wenn man denen sagt, sie kriegen Lärmschutzwände. Wenn man nämlich in einem Hochhaus daneben wohnt, dann nützen die Lärmschutzwände nur den Darunterliegenden etwas. Den armen Leuten weiter oben nützt es wirklich nichts!

Desgleichen hat Münchenholz ein sehr sensibles Klima. Es liegt in einer Senke, hat noch einen sehr hohen Erholungswert, in der Nähe liegen sehr viele Schrebergärten, weiters liegt der Bischofswald in der Nähe und ich glaube, wenn wir dort Frequenzen vom Blümelhuberberg in den nächsten 10 Jahren fahren lassen, dann wird uns die Zukunft strafen. Wir können dann nicht aus der Verantwortung flüchten.

Wenn das damals Parteipolitik gewesen wäre, dann stehe ich zu dieser Parteipolitik. Und, wenn es populistisch gewesen wäre, dann stehe ich zu diesem Populismus. Wir haben jedoch hier die einzigartige Chance, daß wir die Gußwerkstraße als Ausweichmöglichkeit haben. Nichts spricht dagegen. Auch Hr. Bgm. Leithenmayr hat heute erfreulicherweise auch in diesem Sinne agiert und ich bin sehr froh, daß hier das erste Mal ein deutliches Wort von dieser Seite gekommen ist, daß diese Gußwerkstraße im vorhinein ausgebaut werden soll und, daß auch die Kreuzungen bevorzugt werden. Ich glaube, wenn man in dieser Sache hier wirklich denkt, dann treffen wir uns. Nur diese Polemik, liebe Freunde von der ÖVP, kann ich wirklich nicht verstehen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dr. Schwager ist der nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren, ich bin eigentlich auch etwas entsetzt über die Art, in der hier mehr oder weniger persönl. Anwürfe von einem Mitglied des GR oder vor allem auch Stadtrates gegenüber Bürgermeister und vor allen Dingen Vizebürgermeister er-

folgt sind. Ich halte es auch nicht für die richtige Art, wie wir miteinander umgehen sollen. Aus diesem Grund möchte ich dringend bitten, daß wir in Hinkunft wieder zu einem Ton zurückfinden, der hier von jedem vertreten werden kann; ich bin etwas enttäuscht und hoffe, daß Sie, Hr. StR Holub, sich solche Entgleisungen - das darf ich ruhig sagen - künftighin ersparen. Ich halte nichts von persönlichen Angriffen. Gehen wir doch bitte davon aus, daß jeder glaubt, für die Stadt das Beste zu tun; und das auf seine Weise.

Ich glaube, daß wir die ganze Diskussion dadurch abkürzen können. Darauf hat auch schon der Hr. Vbgm. hingewiesen. Der Herr Bgm. hat - und das haben wir alle sehr gerne gehört - ausdrücklich ausgeführt, daß die Gußwerkstraße ausgebaut werden soll, noch bevor die Nordspange gebaut wird. Mehr wollten wir nicht und das wollen wir positiv zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, damit kann man die Debatte wirklich abschließen. Ich bitte aber noch einmal, daß wir zu kultivierten Formen zurückfinden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Herr StR Zagler; ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nicht als Münichholzer, der ich ja nicht bin, aber doch als einer, der sich in Verkehrsangelegenheiten viele Monate sehr informiert hat, darf ich doch annehmen - Leopold, Du wirst hoffentlich in dieser Sache mit uns allen einstimmen -, daß Du als Verkehrsreferent der Stadt Steyr der Verkehrsreferent für alle Steyrer bist. Und daher nicht für Bürger-Initiativen - so sehr dies auch im persönlichen Interesse mancher Beteiligter liegt - Dich engagierst, sondern doch für die Gesamtheit in unserer Stadt Steyr. Du bist nicht Stadtrat vom Hochhaus Plenklberg, sondern Stadtrat für ganz Steyr.

Du hast Dich beklagt, zu wenig Informationen zu erhalten. Auch ich habe diese Klage schon öfter geäußert. Ich darf aber auch für mich zur Kenntnis nehmen, daß Information nicht nur "Bringschuld" ist, d. h., daß der, der informieren soll, kommen muß, sondern, daß Information auch in vielen Bereichen "Holschuld" ist. Dazu möchte ich uns alle auch ein bißchen miteinladen.

Ich wollte es jetzt wirklich sehr sachlich machen, aber eines liegt mir noch am Herzen und ich will es anbringen. Du hast bei der letzten Diskussion, bei der Versammlung in Münichholz, im Sportheim, nach dem Einführungsreferat von Bgm. Leithenmayr, das etwa 35 Minuten gedauert hat, gesagt: "Sie haben

jetzt 50 Minuten gesprochen und nichts gesagt!" Du hast 20 Minuten zu diesem Thema gesprochen, aber noch weniger als nichts gesagt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Koll. Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte keine persönliche Polemik betreiben, aber ich will doch Stellung nehmen, nachdem ich namentlich genannt wurde und auch in einer Broschüre der Freiheitlichen immer wieder angesprochen werde, durch Abwesenheit gegläntzt zu haben, bei der ersten Veranstaltung, obwohl ich gar nicht eingeladen war. Außerdem wäre ich nicht hingegangen, weil es eine Parteiveranstaltung war. Der Herr Vbgm. hat ja gesagt, daß es auf einem Parteipapier ausgeschrieben war und auch so versendet wurde. Prinzipiell möchte ich zu der Geschichte Plenklberg sagen, zurückkommend noch auf den vorhergehenden Tagesordnungspunkt, der Ausbau und die Erschließung mit den entsprechenden Versorgungsleitungen - u. a. wird auch der Kanal gemacht, der vom Reinhaltungsverband genehmigt und gefördert wird -, wo die Mittel bereitgestellt sind und daher jetzt auch verbaut werden

müssen, wäre es doch absurd, diese Versorgungsleitungen nicht hineinzulegen und es wäre auch genauso absurd, diese Verbreiterung des Plenkoberges nicht durchzuführen, unabhängig davon, wie die Nordspange später einmünden und aussehen wird!

Wenn gesagt wurde, daß die Bevölkerung zu wenig oder nicht informiert wurde, dann stimmt das auch nicht. Unser Hr. Bgm. hat ja die verschiedenen Termine ausgeführt, in denen die Bevölkerung persönlich vor einem Jahr - im Juni vorigen Jahres, glaube ich, war dieses Ortsteilgespräch in Münichholz - den Wunsch nach dem Ausbau der Gußwerkstraße vorgebracht hat. Die Stadtverwaltung hat sofort reagiert, bitte. Wir haben das gleich ins Budget aufgenommen, doch aufgrund der Finanzsituation mußten wir einen Teil wieder streichen. Es ist vorgesehen - das habe ich bei der letzten Besprechung in Münichholz auch gesagt -, jetzt die geologischen Gutachten einzuholen, die bis Ende Mai angefordert werden. Bis Ende August sollen sie da sein, dann wird es noch die wasserrechtl. und Grundverhandlungen geben mit den Anrainern und im Spätherbst sollte von der Messererstraße ausgehend begonnen werden, die Gußwerkstraße auszubauen. Dies ist in Bundesstraßen-Breite vorgesehen und auch die Unterführung im Industriegebiet Hinterberg ist so

gemacht, daß sie jetzt 7 m aufweist und später sogar auf 8 m ausgeweitet werden könnte. Tatsächlich hat sie jetzt 6 m, aber einen halben Meter Bankett auf jeder Seite und es ist durchaus möglich, dort die Straße auf 8 oder sogar mehr Meter zu verbreitern. Die Durchfahrtshöhe beträgt 4,50 m, also genauso viel, wie es in der Bundesstraßenverordnung vorgeschrieben wird.

Ich glaube auch, wir sollten diesen Straßenzug und diese Kreuzung - wohl in Abstimmung mit der Bevölkerung - ausbauen und verampeln. Wir legen immer mehr Wert auf die Sicherung der Fußgänger und dort wollen wir alles so belassen, wie es ist. Eines muß man auch sagen. Der Hauptverkehr zur Zeit kommt und fährt von und nach Münichholz. Wir haben uns - und Hr. Bürgermeister hat das ja auch anklingen lassen und ich habe es in Münichholz gesagt - schon früher Gedanken gemacht. Jetzt wäre sicher nicht der geeignete Augenblick und Zeitpunkt, von einer Umwandlung der Gußwerkstraße in eine Bundesstraße und umgekehrt, der Haager Straße in eine Landesstraße zu debattieren und diese zu verlangen, weil das erstens eine neue Planung bedürfte, weil es eine Einreichung nach dem Straßenbaugesetz erfordern würde und sehr wohl die Gefahr besteht, daß die Nordspange

dadurch verzögert werden würde. Man soll aber auch mit dem Ansinnen, das Hr. Bgm. gesagt hat, mit der Schenkung, wenn die Nordspange fertig ist, jetzt nicht allzu stark in die Öffentlichkeit gehen, denn sonst könnte es sein, daß der Bund sagt, "wenn Ihr das ohnehin später anders machen wollt, dann bauen wir die Nordspange gar nicht so; das Projekt lautet ja ganz anders". Wir alle hier herinnen wollen an und für sich die bestmögliche Verkehrslösung - auch für die Münichholzer - und diese wird sich herausstellen, wenn man die Messerer-Kreuzung und die Einbindung der Haager Straße und der Nordspange dort entsprechend regelt. Z. B. ist jetzt ein Kreisverkehr in Planung, der mit entsprechenden Leit- und Lenkmaßnahmen den Verkehr auch ableitet.

Niemand weiß, wie sich der Verkehr aufteilen wird und wieviele über die Nordspange von Linz und von der Enns Bundesstraße dort in die Nordspange und die Haager Straße fahren werden. Tatsache ist, daß wir den Schwerverkehr auf die Gußwerkstraße umlenken können. Ich glaube, man wird die Haager Straße nicht ganz sperren können, denn die Betriebe, die sich dort befinden, werden zum größten Teil von der Haager Straße aus angeliefert.

Wir sollten versuchen, positiv zu dieser Entwicklung zu stehen.

Die Lärmschutzmaßnahmen, die angezogen wurden, werden sicher für Münichholz etwas bringen - für das Hochhaus allerdings nicht, da kann man nur einen Objektschutz machen, d. h. eine Dreifach-Verglasung, um schalldichte Fenster, Balkontüren und dgl. einzubauen. Das übrige Gebiet entlang der Haager Straße wird sicher von der Lärmschutzwand profitieren.

Ich würde nur bitten, daß wir hier versuchen, wirklich gemeinsam eine Lösung zu finden, denn, wenn wir die Nordspange gefährden - und das ist sehr leicht möglich -, dann ist im Handumdrehen - das hat Hr. Minister Schüssel auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht - die Finanzierung weg, denn es warten - zig andere mit Umfahrungsprojekten bei uns in OÖ, die gerne das Geld aufnehmen.

Eines möchte ich noch erwähnen, weil angesprochen wurde, daß die Situation beim Taborknoten so prekär ist - wir wissen es alle. Die Nordspange soll 30 % Entlastung bringen. Prof. Stickler hat eindeutig gesagt, mit bes. Begleitmaßnahmen kann er sich sogar 50 % vorstellen, die allerdings im Laufe der Zeit durch den zunehmenden Verkehr wieder aufgewogen werden. Es ist uns allen klar und wir haben uns - nicht nur wir, auch die Mehrheitsfraktion - schon vor Jahren Gedanken gemacht, daß nur eine Westumfahrung eine

Lösung bringen wird. Ich kann hier berichten, daß auch ein erstes privates Projekt vorliegt, das aber sicherlich noch lange nicht realisierbar sein wird. Ich nehme an, daß die Mittel für die Nordspange bis zum Jahr 2003 verbaut werden und alle Bauvorhaben, die jetzt in der Dringlichkeitsstufe 1 sind, - darin befindet sich auch die Nordspange - bis dahin fertig sein sollen, daß erst nachher mit einem Projekt "Westumfahrung" begonnen werden kann und wird. Dann allerdings muß man es betreiben und schauen, daß wir auch dafür Mittel bekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Ich erteile nun Hr. GR Mundorff das Wort.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Ich möchte ebenfalls sachlich bleiben und habe mir auch - Hr. StR Zagler - die Dinge von Prof. Stickler und die Gegebenheiten in dieser Situation eingehend angesehen und bin dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Nordspangen-Führung über die Haager Straße und Plenklberg einfach die zweitbeste Lösung ist. Die beste wäre sicher jene über die Gußwerkstraße gewesen. Aber, wenn man jetzt einmal unterstellt, daß es tatsächlich so ist, daß durch eine Veränderung die Bun-

desmittel und der Bau der Nordspange gefährdet sind, dann muß man sich irgendwelche Kompromisse überlegen.

Die Kompromisse könnten - wie es mein Vorredner schon angedeutet hat - eigentlich nur in die Richtung gehen, daß man zumindest den LKW-Verkehr vom Plenklberg wegbringt. D. h., die erste Sache wäre, man müßte die Gußwerkstraße entsprechend großzügiger ausbauen, daß die LKWs dort in andere Bereiche fahren können. Zu BMW müssen sie irgendwie hinkommen; wir werden also nicht die Zufahrt hinüber verlegen können.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Die meisten kommen aber dann ...

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Ja, die kommen alle von Enns. Diese müßten dann bis dorthin fahren. Viele fahren weiter, die müßten eben dann zurück. Es sollte hier also nicht weiter gefahren werden können. Dies wäre eine Möglichkeit.

Die zweite Möglichkeit, um den PKW-Verkehr am Plenklberg zu entlasten, wäre, daß man die BMW-Parkplätze - was sicherlich auch mit Kostenaufwand verbunden ist - auf die andere Seite, Richtung Gußwerkstraße, verlegt und Unterführungen unter der Bahn für die Fußgänger macht, die dann zu ihren Ar-

beitsplätzen gehen. Aber, Hr. Zagler, eines muß klar sein, daß nämlich für die Stadt beides mehr kostet, um die gewisse Fehlplanung zu kompensieren und in eine bessere Variante umzuwidmen.

Dies ist jedoch in dieser Situation, wenn wirklich keine Veränderung der Planung möglich ist, die einzige Variante, die ich als Ausweg sehen würde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke, gibt es noch eine Wortmeldung? Dies ist nicht der Fall.

Ich kann nur sagen, danke Hr. Dr. Schwager für den Aufruf zur Mäßigung; das ist nie ein Fehler. Aber es ist auch durchaus in Ordnung, wenn emotional diskutiert wird. Immerhin wird damit deutlich gemacht, daß die Menschen, die hier herinnen sitzen, auch engagiert ihre Gedanken und Ideen verfolgen.

Das Problem bei der Nordspangen-Planung ist, daß solche Projekte - das ist aus den Ausführungen des Koll. StR Schloßgangl auch deutlich geworden - oft über Jahre und Jahrzehnte laufen. Daß sich während dieser langen Zeit Veränderungen ergeben, ist doch auch sehr leicht möglich. Ich muß noch einmal betonen, daß in Wirklichkeit eine Straßenverbindung Messerer Straße-Gußwerkstraße nicht bestanden hat;

sondern erst, weil wir hier Aufschließungsmaßnahmen für das Industrie-Ansiedlungsgebiet Hinterberg ab 1989 ins Auge gefaßt haben, die erst diese Straßenverbindung zustande gebracht haben - vor einem halben Jahr ist das erst fertig geworden -, ist überhaupt eine Gemeindestraßen-Verbindung entstanden.

Die Zufahrt zum Gußwerk II war ja nur 3 m breit und dieses Gußwerk war 1987 bzw. 1988 von der Schließung bedroht. Das war doch keine interessante Verkehrsverbindung und der Messererweg war in Wirklichkeit ein "Hufschlag". Wir haben doch diese Gemeindestraßen-Verbindung erst zu einem weit späteren Zeitpunkt hergestellt, als die Nordspangen-Planung aufgenommen wurde und das beim Amt der Oö. Landesregierung geplant wurde und nach Wien gegangen ist. Das muß man sehen, dann kann es auch sachlich beurteilt werden.

Eines möchte ich noch sagen. Alles, was ich heute gesagt habe, habe ich auch in Münichholz gesagt. Genauso deutlich. Vielleicht eines nicht, nämlich, daß wir die Straße 8 m breit machen sollen. Diese Idee ist erst am Ende des Gesprächs mit dem Publikum entstanden. Wenn wir sie schon 7 m breit machen, könnten wir sie doch gleich 8 m breit bauen, damit sie auch angenommen wird. Sonst ist

eigentlich alles schon gesagt worden und in diesem Zusammenhang muß ich einen ehemaligen österr. Politiker zitieren: "Man muß offenbar den Mut zur Wiederholung haben, dann wird es schön langsam doch angenommen!"

Jetzt scheint sich eine gemeinsame Auffassung im GR abzuzeichnen, worüber ich sehr dankbar bin.

Ich bitte nun noch um ein faires Schlußwort, Herr Koll. StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich verzichte auf das Schlußwort, und zwar deshalb, weil alle Debattenredner die Möglichkeit gehabt haben, nicht zum vorliegenden Antrag zu sprechen. Danke.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke, dann kommen wir zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, wer mit dem Antrag "Erdgasaufschließung Messererstraße - Auftragsvergaben" einverstanden ist, der ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

..., der möge ein Zeichen der Zustimmung geben. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird keine

geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wird jetzt eine Rauchpause gewünscht? Ich vernehme die allgem. Zustimmung, daher wird die Sitzung kurz unterbrochen.

PAUSE VON 17.10 BIS 17.18 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wir setzen die Sitzung fort und ich erteile dem nächsten Berichterstatter, StR Ing. Othmar Schloßgangl, das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

19) Bau3-3801/91

Ausbau Gehweg Resthof;

A) Mittelfreigabe für Fremdgrundeinlöse;

B) Vergabe und Mittelfreigabe an den Städt. Wi-Hof.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 26. März 1992 wird im Zusammenhang mit dem Ausbau des Gehweges Resthof der Auftrag zur Durchführung der hierfür erforderlichen Bauarbeiten an den Städt. Wirtschaftshof zu Kosten von S 180.000,-- vergeben. Gleichzeitig wird den in diesem Zusammenhang erforderlichen Fremdgrundeinlösen im Gesamtumfang von S 352.725,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden
Mittel im Ausmaß von
S 350.000,--

(dreihundertfünzigtausend)
bei der VA-Stelle
5/6160/002300.7 freigegeben.

Die Freigabe der Restmittel
bleibt einer gesonderten Be-
schlußfassung durch das nach
dem Statut für die Stadt Steyr
hiefür zuständigen Organ vor-
behalten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem
Antrag jemand das Wort? Fr.
Kollegin Scheucher bitte.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ganz kurz nur eine Zusatz-
anmerkung zu diesem Antrag. Und
zwar könnten wir uns vorstellen,
daß man diesen Gehweg auf die
hier vorgeschlagene Mindest-
breite beschränkt und diesen
übrigbleibenden Grundstreifen
vielleicht noch ein bißchen
erweitert und den Gehweg, der
über die Felder führt, an diesen
Stellen mit einem Saum von
einheimischen Gehölzen ein-
säumt. Das wäre nur ein Zu-
satzgedanke. Man sollte also ein
bißchen mehr Grund einlösen, als
hier vorgesehen ist, und links
und rechts - wenn möglich - noch
einen Heckenstreifen anschlie-
ßen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke, Frau Kollegin. Weiters hat
sich Koll. Sablik zu Wort ge-
meldet; ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-
LIK:

Dieser Gehweg ist bereits fast
fertig. Es wäre unrichtig, wenn
wir hier weiter verhandeln. Ich
muß Ihnen sagen, daß der Wi-Hof
aufgrund der günstigen Witterung
und der Möglichkeit, daß der StS
bereits die Mittel bewilligt hat,
den Gehweg fast fertig gestellt
hat.

Verhandelt werden muß über den
Abstieg; verhandelt werden muß
über die Grundeinlösung. Ich
glaube, Rottenbrunner besitzt ein
Stück und noch einige andere. Ein
Anrainer stellt außerdem un-
mögliche Forderungen!

Das wichtigste ist, daß man von
diesem Gehweg zum Sandmair
hinunter kommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wort-
meldung? Koll. Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kol-
leginnen und Kollegen des GR! Ich
habe durch die Wortmeldung der
Frau Koll. Scheucher schon
befürchtet, daß sie gegen diesen
Weg ist, denn bei diesem Antrag
müßte man wirklich sagen "Gut
Ding braucht Weile". Es sind sehr

sehr viele Jahre vergangen. Ich habe in der Vergangenheit immer wieder gefordert, diesen Weg, diesen Hangkronenweg zu sanieren. Er ist ausgezeichnet saniert worden, schon vor Jahren - beginnend von den Ennskraftwerken zum Resthof. Aber, ab Resthof in das Brunnen-schutzgebiet war er einfach für die "Resthofler", für die Familien, für die Mütter mit ihren Kinderwägen, genauso wie für die älteren Leute, als auch für die Sportler, die Jogger nicht benützbar. Es hat mich sehr gefreut, daß es zu diesem Antrag gekommen ist. Es hat ja auch Widerstände gegeben, wenn ich an die Vergangenheit denke. Ich schaue jetzt ein bißchen hier herüber, zum Koll. Rohrauer. Als ich diesen Weg gefordert habe, hat es geheißen, daß er an und für sich gar nicht notwendig ist und, daß der bestehende Weg beim Glaser genügen würde. Aber er ist jetzt schon gebaut. Das stimmt, was Koll. Sablik gesagt hat, er ist fast fertig. Er paßt ausgezeichnet in die Landschaft hinein und ich hoffe, daß er nicht asphaltiert, sondern nur geschottert wird. Das würde sicherlich genügen. Er wird bereits jetzt schon, im derzeitigen Zustand, von den "Resthoflern" angenommen. Man kann nun wirklich gerade und bequem gehen und trotzdem für die Natur diesen Weg benützen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Nein danke!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Fischhub-Plenklberg. Der Antrag des StS lautet:

20) Bau6-552/88

Kanalisation Fischhub-
Plenklberg; Errichtung
NS 11, NS RE, RE C 16;

Antrag um Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 5. Dezember 1991 wurde im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation Fischhub-Plenklberg der Auftrag zur Durchführung des Kanalbaus an die ARGE Zwettler, Negrelli, Asphalt + Beton zum

Anbotspreis von S 2,943.253,--
exkl. MWSt. vergeben.

Die hierfür erforderliche Mittelfreigabe wurde einer gesonderten Beschlußfassung im Finanzjahr 1992 vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 17. März 1992 werden in Anbetracht der bereits begonnenen Bauarbeiten nunmehr die im Voranschlag 1992 vorgesehenen Mittel in Höhe von

S 2.500.000,--

(zweimillionen-
fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle
5/8110/050380.3 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr; wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

21) Bau5-1600/80

Wohnhausanlage Dachsberg,
Objekt D 3 - D 6 - Refundie-
rung der Kanalanschlußge-
bühr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büro des Bürgermeisters vom 7. April 1992 wird der Ersten Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft Steyr, Tomitzstraße 8, 4400 Steyr, für die Errichtung eines öffentlichen Kanalstranges über 280 lfm sowie eines Regenrückhaltebeckens aufgrund der zu geringen Dimensionierung des öffentlichen Kanalnetzes in diesem Bereich die in Vorschreibung gebrachte Kanalanschlußgebühr in Höhe von S 219.360,-- exkl. MWSt. als einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention refundiert.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 219.360,-- bei der VAST. 1/4800/777000.8 bewilligt. Die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte auch hier, diese Überschreitung zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

22) Bau3-1380/92

Asphaltierungsprogramm 92;
Vergabe der Arbeiten u. Mit-
telfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA III vom 24. 4. 1992 wird dem
Asphaltierungsprogramm 1992
im Umfang der Gesamtzu-
sammenstellung zugestimmt und
der Auftrag zur Durchführung der
hiefür erforderlichen Arbeiten an
die Fa. Zwettler BaugesmbH,
Steyr, zu Gesamtkosten von S
2.456.175,14 inkl. MWSt. ver-
geben.

Zum genannten Zweck werden
Mittel im Ausmaß von

S 2.460.000,--

(zweimillionenvier-
hundertsechzigtausend)

bei der VA-Stelle
5/6120/002000.7 freigegeben.

Ich bitte, auch diese Mittel
entsprechend freizugeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht?
Nicht der Fall; wir kommen zur
Abstimmung. Wer für den Antrag
ist, den bitte ich um ein Zeichen
der Zustimmung. Danke sehr.
Gegenprobe? Stimmenthaltung

wird nicht geübt. Der Antrag ist
einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

23) Bau6-1016/91

Aufschließung Klingergrün-
de; Erd-, Baumeister-, Rohr-
verlegungs- und Straßenbau-
arbeiten; Antrag auf Mittel-
freigabe.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Mit Beschluß des Stadtsenates
vom 25. 7. 1991 wurden im
Zusammenhang mit der Auf-
schließung der Klingergründe die
Aufträge für den Kanalbau und
den Straßenbau an die Firma
Adami, Steyr, vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA III vom 10. April 1992 wird
nunmehr, da die freigegebenen
Mittel im Ausmaß von insgesamt
S 626.000,-- im Rechnungsjahr
1991 nicht mehr angesprochen
wurden, nachfolgenden Mittel-
freigaben zugestimmt:

S 100.000,--

(einhunderttausend)

bei der VAST. 5/8110/004350.3,

S 200.000,--

(zweihunderttausend)

bei der VAST. 5/6120/002350.6.

Zudem wird eine Kreditüber-
schreitung im Ausmaß von

S 250.000,--

(zweihundertfünfzigtausend)

bei der VAST. 5/8110/004350.3
bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke; wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall; der Antrag ist daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 85, die sog. Knogler-Gründe.

24) Bau2-2716/91

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 85 - "Knogler-Gründe".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 85 - "Knogler-Gründe" - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 22. April 1992 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 25. März 1992 gemäß § 23 des Oö. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen. (BEILAGE)

Ich bitte, auch hierüber befinden zu lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Das Wort wird von Dr. Schwager gewünscht.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Wir begrüßen selbstverständlich die Schaffung von Bauland für den kommunalen Wohnbau. Ich nehme das nur in einer Kurzwortmeldung zum Anlaß, wieder auf mein ceterum censeo hinzuweisen, ein Stadtbau-Entwicklungskonzept, in dem auch einerseits - das wird dann insbesondere bei der Bebauungsplanung entsprechend zu berücksichtigen sein - auf die verkehrsmäßige Erschließung dieser Wohngebiete Bedacht zu nehmen sein wird. Andererseits aber doch auch darauf, daß wir auf lange Zeit sicher nicht über eine Westspange hinwegkommen werden. Diese Westspange käme den bislang ja nur sehr nebulos vorhandenen Vorstellungen doch etwas nahe, nämlich dem Knogler-Bereich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr, Hr. Dr. Schwager. Ich darf dazu sagen, daß wir uns selbstverständlich bemühen werden, hier das Raumordnungsprogramm entwickeln zu

lassen. Derzeit kommen ja die Angebote herein. Wir werden uns beraten und den Auftrag dann erteilen. Selbstverständlich sind all diese Probleme miteinzubringen.

Die Westspange sollte - jedenfalls nach den gedanklichen Vorstellungen, die man hat; auch Koll. Schloßgangl hat dazu eine Anmerkung gemacht - etwas weiter im Nordwesten verlaufen. Wahrscheinlich wird es auch nur in diesen Bereichen möglich sein, - auf der Höhe zwischen Waldschenke und diesem Bereich - eine Westspange zu situieren. Von den Gedanken bis zur Durchführung wird leider eine gewisse Zeit verstreichen und es ist natürlich sehr wichtig, sich das genau zu überlegen.

Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Kollegin Scheucher bitte.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Herr GR Schwager hat schon teilweise meine Wortmeldung vorweggenommen. Deshalb möchte ich zuerst einen anderen Aspekt ansprechen. In der Nähe dieses Umwidmungsgebietes befinden sich immerhin 2 größere Ziegeleien und wenn man die Bewohner des Dachsberges fragt, dann weiß man, welche Probleme im Siedlungsbereich heute schon mit diesen Ziegeleien vorhanden sind und wahrscheinlich wird das Gebiet, das jetzt auf der anderen Seite dieser Ziegeleien, in der Nähe der Firma Weindl an-

gesiedelt sein wird, mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben.

Ich glaube, wir sollten schon bedenken, ob es besonders günstig ist, hier ein Gebiet für Wohnraum bzw. Wohnzwecke zu widmen.

Das zweite ist tatsächlich dieses fehlende Stadtentwicklungskonzept. Es geht bei uns immer nach demselben Schema - das ist nicht Steyr spezifisch, das ist allgemein so. Wenn Wohnungen fehlen, dann gibt es immer nur die gleiche Strategie. Es wird Grünland in Bauland umgewidmet und es werden Neubauten hingestellt. Sollte man nicht vorerst einmal versuchen, bestehende Bausubstanzen zu durchforsten. D. h., man sollte einmal nachsehen, ob es nicht in der bestehenden Bausubstanz möglich wäre, neuen Wohnraum zu beschaffen.

Die Folge dieser Strategien, die wir immer anwenden, ist ein Ausufern der Städte. Überall wird das beklagt, jeder weiß es, jeder spricht davon, aber das Prinzip bleibt immer gleich. Die Städte wachsen ins Umland hinaus.

Es wurde auch die geplante Westspange angesprochen. Irgendwann brauchen wir dann auch eine Umfahrung der Westspange, weil dort eben auch schon wieder Siedlungsgebiet entstanden ist. Ohne ein Stadtentwicklungskonzept zu ha-

ben, ist es natürlich schwierig, jetzt wieder Grünland umzuwidmen. Das führt dazu, daß die wenigen verbleibenden Naherholungsgebiete im Stadt-
raum total überlastet sind. Jeder weiß, was mit der Unterhimmel Au passiert ist. Das war früher wirklich ein Naherholungsgebiet. Heute ist es das nicht mehr! Dort drängen sich die Leute und auf dem sog. Badeplatz müßte man beinahe aufrecht stehen, weil zum Hinlegen fast kein Platz mehr ist. Das wird "zu Tode genutzt". Und genau das passiert, wenn wir jedes "Fleckerl Grün" im Umland verwenden und verbauen.

Das zweite Problem ist, daß die Leute am Sonntag das Auto nehmen und immer weiter ins sog. "Grüne" hinaus fahren, bis das auch nicht mehr grün ist. Daraus ergibt sich meine Überlegung. Das wichtigste wäre, daß wir ein Stadtentwicklungskonzept haben und dann beginnen, so große Flächen umzuwidmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Koll. Sablik, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Als Umweltreferent fühle ich mich natürlich hier angesprochen und darf Ihnen mitteilen, daß ein Bescheid der

Berghauptmannschaft aufliegt. Komischerweise ist nämlich für die Überprüfung, die Bescheiderteilung und die Qualität der Abgase bei Ziegelbrennereien die Berghauptmannschaft Salzburg zuständig - nicht die Stadt Steyr. Wir sind hier als Umweltreferat nur im Behördenweg miteingebunden. Ich habe den Rohentwurf der Berghauptmannschaft gesehen, konnte ihn natürlich mangels chemischer Kenntnisse nicht interpretieren und kann ihn daher auch heute nicht so genau wiedergeben.

Die Brennerei Ratzinger wird jedoch in Zukunft nurmehr jene Abgase abgeben dürfen, die aufgrund der bestehenden Verfügungen möglich sind. Das Verfahren bei der Brennerei Weindl ist eingeleitet, sodaß wir bereits nach den Messungen in kürzester Zeit mit positiven Meldungen aufwarten können. Es gab ja hier jahrelang einen Streit, ob die Stadt Steyr durch Lieferung von billigem Erdgas für die Brennereien zu einer Verminderung der Abgase beitragen kann. Unsere Fraktion hat immer gesagt, wir helfen hier mit, aber nicht dadurch, daß wir unendlich lange billiges Erdgas liefern, denn das wäre für eine Stadt nicht überprüfbar gewesen. Ich bin froh, daß nun dieser Weg gewählt wurde.

Nun zu Ihrer Anmerkung, die Stadt solle auch die bestehende Bausubstanz fördern. Ich weiß,

Sie sind allergisch, wenn ich sage "Fassadenaktion", denn das ist ja an sich keine Verbesserung der Substanz - das ist mir völlig klar. Aber denken Sie an die Beschlüsse des GR in den vergangenen Jahren - die Förderung beim Josefs-Lazarett, denken Sie an die Kellerer-Liegenschaft, an die Fabrikstraße 12, das ist das alte Steyr-Werke-Haus neben der Frauenstiege, und noch an eine ganze Anzahl von anderen Gebäuden, wo die Stadt die Förderungsmaßnahmen gibt, wenn sie darum gebeten wird.

Daß es heute natürlich viele Häuser gibt, die wegen fehlender gesetzlicher Voraussetzung nicht vermietet werden, ist uns völlig klar. Wir haben uns jedoch zum demokratischen Wesen bekannt und können hier die Hausbesitzer in der Verwertung ihres Eigentums nicht so weit bringen. Denn auch der Weg der Zwangsbewirtschaftung hat vor vielen Jahren keine Besserung gebracht. Es wird jener Weg gewählt werden müssen, daß wir durch Förderungen oder - wie es die Linzer machen - durch Übernahme von befristeten Mietverhältnissen - wo die Stadt dem Vermieter haftet, daß nach drei Jahren seine Wohnräume für ihn selbst freigemacht werden - neuen Wohnraum beschaffen können.

So stellen wir uns die Förderungsmaßnahmen in Zukunft vor. Das kann aber nur eine

Begleitmaßnahme sein, um die dringend benötigten Wohnungen auf den Knogler-Gründen trotzdem zu bauen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Liegt noch eine Wortmeldung vor? Dies ist nicht der Fall, daher bitte ich um das Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nur ganz kurz eine Anmerkung. Ich glaube, wir sollten nicht aufgrund der in der Nähe befindlichen Ziegelwerke darauf verzichten, Grünland und Wohnland anzukaufen und auch grundsätzlich einmal den Beschluß fassen, das umzuwidmen. Es ist ja auch vorgesehen, einen Architektenwettbewerb für den Bebauungsplan und für die Bebauung dieses Gebietes auszuschreiben. Selbstverständlich - das ist doch die Forderung von uns allen und wir haben auch Mittel vorgesehen - wollen wir so rasch wie möglich ein Stadtentwicklungskonzept, damit wir hier klare Richtlinien haben, um uns das Grünland und die weitere Entwicklung der Stadt entsprechend zu sichern. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte

ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? 2 Enthaltungen (GAL). Der Antrag ist gegen zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Ich danke Koll. Schloßgangl; nächster Berichterstatter ist Hr. Stadtrat Tatzreiter. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Ich bitte um Entschuldigung, mir geht es nämlich noch schlechter als Dr. Schwager, und hoffe, daß meine Stimme noch verständlich ist.

In meinem ersten Antrag geht es um die Erweiterung des Kaufhauses "Taborland" und ich bitte um Verständnis, daß ich den Amtsbericht nicht bis ins Detail erläutern werde. Ich beschränke mich lediglich auf den Antrag, der lautet:

25) Bau5-2034/90

Erweiterung des Tabor-Warenhauses; Auflassung eines Teilstückes der Paulmayrstr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion (Rechtsreferat) wird der Auflassung eines Teilstückes der Paulmayrstraße, bestehend aus den Parzellen 962/26 und 947/4, beide KG Steyr, im Ausmaß von insgesamt

783 m² entsprechend der Vermessungsurkunde des Dipl.-Ing. Friedrich Mayrhofer vom 10. 1. 1992, GZ 8036/1992, unter gleichzeitiger Übertragung dieser Flächen in das Eigentum von Herr Anton Weindl, 4400 Steyr, Wolfersstraße 10, zugestimmt. Als Gegenleistung hat die Tabor Warenhaus GesmbH., 4400 Steyr, Kaserngasse 2 a, bei der Kreuzung der Paulmayrstraße mit der Bundesstraße 21 eine Ampelanlage auf ihre Kosten zu errichten und der Stadt die Mitbenützung der Geschäftsparkplätze außerhalb der Betriebszeiten unentgeltlich zu gewähren. Weiters wird dem Abschluß eines Dienstbarkeitsvertrages mit der genannten Gesellschaft über die zukünftige Erhaltung der überbauten Kanaltelstücke im aufgelassenen Teil der Paulmayrstraße zugestimmt. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. Kollege Fürweger gemeldet.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sehr verehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich melde mich deswegen zu Wort, weil ich diesen Antrag

ablehnen werde und ich möchte Ihnen auch die vier Hauptgründe darum schildern. Den ersten Grund sehe ich in einem Verkehrsproblem; den zweiten in einem Anrainerproblem; den dritten in einem Nahversorgungsproblem und den vierten in unserem Stadtteil Steyrdorf.

Nun zum Verkehrsproblem. Ich war diese Woche am Montag mit meinen Koll. Payrleithner und Mundorff in der Baudirektion und habe bei Hr. Ing. Grassnigg in die Pläne eingesehen. Es ist so, daß hier von einer Ampelanlage gesprochen wird - wieder nach der Leiner-Kurve. Und zwar sollen die Taborland-Einkäufer unmittelbar nach der Kurve dann einbiegen und ich kann mir das nicht gut vorstellen. Dort haben jetzt eigentlich nur 3 Autos die Möglichkeit, daß sie einbiegen können. Ing. Grassnigg hat mir gesagt, daß man diese Links-Abbiegespur auch noch verlängern könnte, aber das geht ja dann schon bis in die Kurve hinein.

Weiters wird im Amtsbericht von einem großzügigen Ausbau gesprochen und ich möchte das überhaupt global sehen. Ich glaube, wir müssen uns einmal fragen, ob wir eine zentrale Versorgung mit Lebensmitteln gerade im Nordteil unserer Stadt wollen. Auch Prof. Stickler hat uns gezeigt, daß ein starker Pfeil von der Ennsleite auf den Tabor führt, daß also Leute von

der Ennsleite auf den Tabor einkaufen fahren. Wir müssen uns fragen, ob wir das überhaupt wollen. Wollen wir eine zentrale Versorgung? Wir sehen die Probleme ja nicht nur in der Lebensmittelversorgung, wir sehen sie auch in der medizinischen Versorgung - unser Krankenhaus "platzt aus den Nähten" und wir haben dort auch schon Verkehrsprobleme. Ich möchte jetzt gar nicht auf die Kommunikationsprobleme in der Schwesternschaft, bei den Ärzten, bei den Patienten kommen, die aufgrund der Größe entstehen. Wir haben im Zentralaltersheim eine Küche, mit der wir jetzt auch nicht mehr zu Rande kommen. StR Holub hat auch schon angeregt, daß es fast besser wäre, in jedem Stadtteil ein Altersheim zu haben - aufgrund der Größe.

Vom Verkehrsproblem jetzt überleitend auf die Anrainer. Der Plan zeigt uns auch, daß die Anlage bis auf 25 m an die Wohnhäuser heranreicht. Dazwischen gibt es ein paar kleine Kreise, das sollen dann Bäume werden. Im Plan sieht man auch, was dort hinkommt - es ist geplant, das Restaurant dorthin zu verlegen und auf dem Platz des Restaurants, Textilien zu verkaufen. Das berührt mich dann schon, und zwar im Hinblick auf unsere Nahversorgung. Wenn wir jetzt hier oben nicht nur Lebensmittel weiter verkaufen,

sondern auch Textilien, dann frage ich mich schon, wie es mit dem Stadtteil Steyrdorf weitergehen soll. Dort werden die Geschäfte wahrscheinlich überhaupt keine Investitionen mehr tätigen wollen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich dann vielleicht beim Roten Brunnen noch jemand ein Hemd kaufen will, eine Seife kaufen will etc. Zum Schluß möchte ich Sie eigentlich alle noch bitten, das zu überdenken. Wollen wir das überhaupt? Wollen wir eine Zentrierung in diesem Maße. Verkehrsprobleme werden auf uns zukommen, auch Probleme im sozialen Bereich werden auf uns zukommen, wenn wir die Nahversorgung nicht verbessern. Ich habe vorige Woche ein Gespräch mit einer 80jährigen Dame gehabt, die nicht in der Lage ist, autozufahren und auch nicht mehr zu Fuß gehen kann. Es wird auch auf uns zukommen und uns berühren, - ich bin zwar der jüngste männliche Mandatar hier herinnen - wie wir unsere Einkäufe tätigen. Darum ersuche ich Sie, diesen Punkt hier schon zu beurteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Lieber GR Fürweger, Du spielst hier herinnen und auch über die FPÖ Gazetten, den Retter des Kleingewerbes, der Einzelhandelsbetriebe und der Nahversorger in Steyr. Auch uns macht das große Sorge und in unserem Wahlprogramm haben wir auch festgelegt, eine Förderung der Nahverkehrsversorgung zu initiieren. Was mir ein bißchen mißfällt an dieser Sache, sind die Meinungsäußerungen von Dir in eine durchaus positive Richtung und Deine Handlungen, die Du setzt, aber vielleicht in eine andere Richtung. Aufgrund der Vertraulichkeit von Ausschlußabstimmungen kann ich nicht sagen, wer die Auffassung des Halteverbotes bei einem solchen Nahversorger in der Sierninger Straße wollte. Es war einer in unserem Ausschuß! Gott sei Dank ist dieser Nahversorger in der Existenz durch solche Maßnahmen nicht bedroht worden.

Ich begrüße Dein Engagement für die Nahversorgungseinrichtung, würde Dich aber hier in diesem Zusammenhang bitten, auch dann, in den Ausschüssen bzw. bei Deiner Tätigkeit, zu dieser, Deiner Meinung zu stehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nun hat sich Koll. Spöck zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ein paar Worte seien mir zu dem Anrainerproblem gestattet. Der Idealzustand wäre sicherlich, den derzeitigen Zustand der Wiese zu belassen. Aber es war schon bei Baubeginn der Wohnungen in der Paulmayrstraße als auch in der Azwangerstraße damit zu rechnen - das Taborland war ja damals schon fertig -, daß diese Wiese verbaut werden würde. Die beabsichtigte Erweiterung des Taborlandes bringt aber für die Anrainer - so sehe ich das und so haben es auch beim Gespräch mit den Anrainern sehr viele gesehen - auch Vorteile mit sich. Durch die heute zu beschließende Auffassung eines Teilstückes in der Paulmayrstraße fällt für die Anrainer der Durchzugsverkehr in dieser Straße weg. Es haben sich auch die Vertreter des Tabor-Einkaufslandes anläßlich eines Bürgergespräches, das sie einberufen haben, mit den Anrainern bereit erklärt, den derzeit bestehenden Lärm, verursacht durch das Be- und Entladen, dahingehend zu beseitigen - das war auch eine Anregung der ÖVP-GR-Fraktion -, daß es zu einer Überdachung und einer Verlegung in Richtung Fa. Leiner kommt. Die Erweiterung des Kaufhauses in der derzeitigen Höhe hat auch in bezug auf neue Wohnungen, die u. U. hier entstanden wären, den Vorteil in der Höhe. Auch wird es

gegenüber den Wohnbauten in der Azwangerstraße eine Abgrenzung geben - soweit ich die Pläne kenne, handelt es sich um eine begrünte Abgrenzung mit einem Erdwall. Das ist sicher keine Ideal-Lösung, aber doch noch die beste.

Abschließend sei noch erwähnt, daß - es waren zwar sehr viele kritische Stimmen - bei diesem Bürgergespräch, das vom Taborland einberufen wurde, die Mehrzahl der anwesenden Personen bzw. der Anrainer Verständnis für diese Lösung gezeigt hat; und zwar unter der Aufzählung der von mir erwähnten Aspekte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Radmoser bitte.

GEMEINDERAT EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Koll. Spöck hat mir schon sehr viel vorweggenommen, aber trotzdem möchte ich noch ein paar Worte dazu sagen.

Ich bin seit ca. 2 Jahren mit diesem Problem befaßt und vor rund eineinhalb Jahren haben sich die Anrainer bei einer Versammlung getroffen, wo die Bitte laut wurde, daß eine Tiefgarage geschaffen werden soll. Ich habe mich sehr vehement dafür eingesetzt und es wurde auch durchgesetzt, daß

wirklich eine Tiefgarage gebaut wird. Dies war ja ursprünglich nicht geplant, sondern nur Stellplätze für das Personal - wobei der ganze Verlauf sehr nahe an die Häuser herangekommen wäre. Jetzt sind jedoch eine Tiefgarage und daran anschließend Stellplätze für das Personal geplant. Die Tiefgarage ist für die Kunden gedacht - es sind rund 150 Stellplätze, die sich wahrscheinlich ein paar Mal pro Tag umschlagen werden. Also kann man rechnen, daß es rund 750 Autos sein werden, die zu- und abfahren. Dazu kommt noch das Personal, das einmal zu- und einmal abfährt.

Hier ergibt sich nun folgendes Problem. Vor drei Wochen war diese Informations-Sitzung von seiten des Taborlandes und da wurde im Zusammenhang mit der Tiefgarage immer von einer natürlichen Entlüftung gesprochen. Wer sich nicht mit Bauplänen befaßt, dem sagt das nichts und man denkt sich, daß es toll sei, wenn eine natürliche Entlüftung gemacht wird. Das Ganze ist jedoch so geplant, daß nur Träger gebaut werden. D. h., die Tiefgarage wäre auf der Seite zur Azwangerstraße offen und ich bitte den GR und die zuständigen Herren, daß Sie vehement dafür eintreten, daß es nicht so gebaut und geschlossen wird. In diesem Fall hätten die Bewohner dort zusätzliche Lärm- und Abgasbelastungen, die sie

jetzt nicht haben. Wenn diese Garage geschlossen wird, dann bedeutet das für die Bewohner sicherlich eine Verbesserung. Es wurde ja gesagt, daß rund 2.000 Fahrzeuge pro Tag in der Paulmayrstraße herausfahren werden - das glaube ich sofort, denn, wenn Sie sagen 3.000, dann glaube ich es auch, weil jeder, der nicht in die andere Richtung muß, ist gezwungen, hier herauszufahren.

Für die Anrainer ist die Erweiterung des Taborlandes sicherlich die beste Lösung. Und, weil angesprochen wurde, daß es mehr Angebot geben wird und daß die kleinen Geschäfte dadurch zugrunde gehen würden, möchte ich sagen, daß es nicht geplant ist, das Angebot zu erweitern. Es soll einfach nur räumlich erweitert werden, weil alles schon so gedrängt ist. Keine Sparte kommt dazu, die nicht jetzt auch schon angeboten wird - das wurde auch in dieser Sitzung vor drei Wochen deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich kann nur das weitergeben, was die Herrschaften dort vorgetragen haben. Koll. Spöck war ja auch - Du kannst mir das doch bestätigen?

Immerhin ist die Firma bereit, 100 Millionen in diesen Umbau zu investieren und sie haben auch gesagt, daß es durchaus möglich ist, daß sie noch 3 oder 4 Millionen dazulegen, um Verbesserungen, die gewünscht

werden, auch einfließen zu lassen. Darum nochmals meine Bitte an den GR, daß wir unbedingt darauf drängen, daß diese Garage geschlossen wird. Das ist meines Erachtens für die Anrainer wirklich die beste Lösung. Der Abstand beträgt zwischen 28 und 40 m - jeder Wohnbau ist näher. Außerdem wird nicht höher gebaut als jetzt, ansonsten wäre vielleicht ein vierstöckiges Wohnhaus dazugeplant worden. Wenn die Wohnungen gebaut worden wären, dann würden diese Bewohner wirklich an der Straße wohnen und hätten den ganzen Durchzugsverkehr zu ertragen. Es wäre niemand zumutbar, daß er dort eine Wohnung - um wahrscheinlich sehr viel Geld - bezieht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wünscht noch jemand das Wort? Bitte, Frau Kollegin Scheucher.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Im wesentlichen sind alle Argumente bereits vom einen oder anderen Debattenredner gefallen. Die Auflassung der Paulmayrstraße bzw. die Verlegung der Einfahrt zum Parkplatz Taborland, die ja jetzt von der viel befahrenen Kreuzung wegkommen soll, in Richtung Straße zw. Leiner und Taborland, ist vielleicht gar keine so schlechte Idee und sicher zu begrüßen.

Das andere ist für uns jedoch viel problematischer. Und zwar die Vergrößerung des Taborlandes, auch wenn es nur optisch ist und eine räumliche Vergrößerung und Verbreiterung darstellt - wie Fr. GR Radmoser gesagt hat. Es ist trotzdem ein gewaltiger Bau und dieser Bau steht genau, man könnte sagen, am Eingang zu Steyrdorf. Nämlich zu dem Stadtteil, wo immer wieder geredet wird, weil Fußgängerzone, weil Verkehrsberuhigung, weil zu wenig Parkplätze, deshalb bleiben die Kundschaften aus usw. Jetzt bietet das Taborland zusätzlich Parkplätze, zieht also zusätzlich die Leute, die schnell etwas brauchen, von der Umfahrungsstraße her, an. Die werden nicht mehr nach Steyrdorf hineinfahren, denn sie haben diese herrliche Parkplatzmöglichkeit und bleiben natürlich stehen. D. h., das Kleingewerbe in Steyrdorf wird sicher unter dieser Erweiterung leiden.

Es ist doch so, daß man beim Land grundsätzlich davon weggeht, diese Einkaufszentren an den Stadtrand oder an die Stadtränder zu stellen, um eben die Nahversorgung zu fördern. Außerdem ist es wirklich so, wie Koll. Fürweger gesagt hat, daß ältere Leute, Mütter mit ein paar Kindern, die nicht unbedingt ein Auto zur Verfügung haben, sich schon sehr schwer tun, in manchen Stadtteilen einen

Nahversorger zu finden. In Steyrdorf hätten wir sie noch! Aber wenn wir sie mit dieser massierten Ansiedlung des Großkaufhauses am Eingang umgebracht haben, dann haben wir sie dort auch nicht mehr. Für uns ist es also schon eine Überlegung, diesem Zubau, dieser Erweiterung unsere Zustimmung nicht zu geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Liegt noch eine Wortmeldung vor? Nicht mehr der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht, Herr Kollege?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? 3 Gegenstimmen (2 GAL, 1 FPÖ). Wer übt Stimmenthaltung? 4 Enthaltungen (FPÖ).

Nächster Antrag bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf eines Teilstückes des öffentlichen Gutes der Parzelle 1321/1 an Herrn Ing. Scheuer. Der Antrag lautet:

26) ÖAG-1475/80

Verkauf eines Teilstückes d. öffentlichen Gutes, Parzelle 1321/1, KG Steyr, an Hr. Ing. Karl Scheuer, 4400 Steyr, Keplerstraße 18.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion (Rechtsreferat) wird dem Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes, Parzelle 1321/1, KG Steyr, im Ausmaß von rund 27 m² an Herrn Ing. Karl Scheuer, 4400 Steyr, Keplerstraße 18, zum Kaufpreis von S 1.000,-- je m² zugestimmt. Der Käufer hat die Kosten der Vermessung und alle im Zusammenhang mit dem abzuschließenden Kaufvertrag stehenden Steuern, Abgaben und Gebühren zu tragen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes in der Steinerstraße, Parzelle 1972/1,

an die Anrainer. Der Antrag lautet:

27) ÖAG-5094/91

Steinerstraße; Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes, Parzelle 1972/1, KG Steyr, an die Anrainer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion (Rechtsreferat) wird dem Verkauf von Teilflächen der ehemaligen Trasse der Steinerstraße, Parzelle 1972/1, KG Steyr, an die nachfolgend angeführten Käufer zugestimmt:

Johann Brandner, 4060 Leonding, Canongasse 10: 46 m²

Friedrich, Katharina und Kurt, Metzbauer, 4400 Steyr, Steinerstraße 14: 6 m²

Der Kaufpreis für die beiden Erwerbsvorgänge beträgt S 210,-- je m² und ist binnen 14 Tagen nach Unterfertigung der jeweiligen Vereinbarung zu entrichten. Die Käufer haben alle Kosten, die im Zusammenhang mit dem Abschluß des Rechtsgeschäftes stehen, zu tragen und allfällige Dienstbarkeiten an den Kaufgrundstücken zu übernehmen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall, daher

kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es noch einmal um den Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes. Hier lautet der Antrag:

28) ÖAG-7562/91

Verkauf einer Teilfläche d. öffentlichen Gutes, Parzelle 1303, KG Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird dem Verkauf jenes zwischen den Objekten Bahnhofstraße 17 und Damberggasse 2 - 4 gelegenen Teilstückes des öffentlichen Gutes der Bahnhofstraße, Parzelle 1303, KG Steyr, an die Bürgerliche Brauerei Steyr, Gesellschaft mbH., Ennser Straße 29 a, 4400 Steyr, zugestimmt. Ein 1 m breiter Grundstreifen dieser Teilfläche entlang des Objektes Bahnhofstraße 17 wird gleichzeitig an die Eigentümerin dieser Liegenschaft, Frau Margarete Huber, 4400 Steyr, Bahnhofstraße 17, veräußert. Der Kaufpreis für beide Rechtsgeschäfte beträgt S 1.200,-- je m², wobei dieser binnen 14 Tagen nach Abschluß der entsprechenden Kaufverträge spesen- und ab-

zugsfrei zu entrichten ist. Die Käufer haben die Kosten der Vermessung und sämtliche im Zusammenhang mit dem Abschluß dieser Verträge stehenden Kosten zu tragen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Wird dazu das Wort gewünscht? Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im vorletzten Antrag geht es um die Errichtung eines Wohnhauses mit 40 Kleinwohnungen an der Resthofstraße und um die Mittelfreigabe.

29) Ha-2450/90

Bau5-825/91

Errichtung eines Wohnhauses mit 40 Kleinwohnungen in Steyr, Resthofstr.; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 19. März 1992 wurde dem Abschluß eines Generalunternehmervertrages mit der Zwettler BaugesmbH, Steyr, zur Errichtung eines Wohnhauses mit

40 Kleinwohnungen an der Resthofstraße mit Gesamtbaukosten von S 25,610.900,-- zugestimmt. In der gleichen Sitzung des Gemeinderates wurde der in diesem Zusammenhang erstellte Finanzierungsplan bewilligt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 4. 1992 wird nunmehr zur Deckung der im Jahr 1992 anfallenden Planungs- und Bauleitungskosten einer Mittelfreigabe im Ausmaß von

S 14,800.000,--

(vierzehnmillionen-
achthunderttausend)

bei der VA-Stelle
5/8460/010340.5 zugestimmt.

Ich bitte um den Beschluß.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Koll. StR Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Selbstverständlich, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister, sind wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion für die Errichtung eines Wohnhauses mit 40 Kleinwohnungen in der Resthofstraße. Ich möchte aber doch noch einmal darauf hinweisen, daß wir in diesem Zusammenhang bereits gegen den Generalunternehmervertrag aufgetreten sind. Ich möchte das heute hier noch einmal do-

kumentieren und in Erinnerung rufen.

Koll. Schloßgangl hat bei einem anderen Antrag heute bereits darauf hingewiesen, daß es sehr gute Beamte im Bauamt gibt und man hätte sich unserer Auffassung nach die Planungskosten insofern ersparen können, als daß das Bauamt die Planungen für diesen Wohnbau durchgeführt hätte. Ich glaube nicht, daß jemand an den Fähigkeiten der Beamten im entsprechenden Bauamt - das ich vorhin angesprochen habe und auch Herr Koll. Schloßgangl hat darauf hingewiesen - zweifelt, sodaß die Durchführung dieser Arbeiten hier im Haus hätte geschehen können und man hätte sich - wie bereits gesagt - diese Kosten erspart. Daher werden wir diesem Antrag zwar nicht negativ gegenüber stehen, aber uns doch der Stimme enthalten. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor; wird ein Schlußwort gewünscht? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer gegen den Antrag ist, soll dies anzeigen. Nicht der Fall. Wer übt Stimmenthaltung? 8 Stimmenthaltungen (FPÖ). Der Antrag ist mehrheitlich beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um die Richtlinien zur objektiven Wohnungsvergabe, die ja seit mehreren Jahren immer wieder diskutiert wurden. Ich möchte sagen, daß es gut war, sich damit zu beschäftigen und wir haben gemeinsam - vielleicht zur Illustration - das hier ausgearbeitet. Wobei ich vielleicht eine kleine Richtigstellung anbringen darf, daß es nämlich schon eine Erstausarbeitung meinerseits zusammen mit den Beamten war. Es ist nicht so, wie es plötzlich dargestellt wird, daß eine andere Fraktion bzw. andere Fraktionen das ausgearbeitet haben. Ich habe auch niemals gesagt, daß wir einen Vaterschafts-Streit darüber führen, denn ich möchte bei solchen Richtlinien, die die breite Öffentlichkeit betreffen, in diesem besonderen Ausmaß, wirklich eine gemeinsame Leistung vollbringen. Das war mein Ziel! Ich wollte darüber nie einen Streit austragen; nun haben wir so lange diskutiert, bis diese Richtlinien auch jedem einigermaßen entsprechen.

100%ig gibt es überhaupt nichts. Das ist uns - so glaube ich - allen klar. Nun sind wir uns aber weitestgehend einig und daher ist es auch im Wohnungsausschuß und in den Vorbesprechungen zu einer einstimmigen Auffassung gekommen, daß die Wohnungsrichtlinien in

dieser letzten Fassung zu beschließen sind. FPÖ, ÖVP, GAL und auch meine Fraktion haben sich zu diesem Entschluß bekannt. Wir haben in mehreren Sitzungen, mehrere Stunden lang über dieses Thema diskutiert und ich glaube, daß es ein gutes Projekt geworden ist.

Natürlich, meine Damen und Herren des GR, möchte ich schon auf diese sog. "INTERVENITIS" zu sprechen kommen, weil in der letzten Zeit - speziell in der Kronen Zeitung - immer wieder darüber zu lesen war. Ich möchte deshalb feststellen, daß es sich hier um Richtlinien handelt, die solche großen Interventionen wahrscheinlich in der Zukunft nicht mehr zulassen. Es sind Richtlinien, mit denen sich entweder alle einverstanden erklären können oder, wenn nicht, wird es nicht mehr möglich sein, diese Richtlinien anzuwenden. Daher bin ich der Auffassung - und ich bitte wirklich darum -, daß diese Interventionen im großen Ausmaß zurückgestellt werden müssen - aufgrund der Richtlinien!

Nun möchte ich Sie nochmals bitten, diese Richtlinien auch so zu sehen und in Zukunft dermaßen damit zu arbeiten. Ich bin angenehm überrascht, daß wir in der Gesamtheit dieser Richtlinien zu einer Auffassung aller Fraktionen gekommen sind. Das freut mich ganz besonders!

Ich möchte mich auch noch bei den zuständigen Beamten bedanken, denn es war eine mühsame Arbeit, diese Richtlinien zu erstellen.

Der Antrag in bezug auf diese Richtlinien lautet:

30) Wo-3011/92

Richtlinien zur objektiven Wohnungsvergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 14. 4. 1992 werden die Richtlinien zur objektiven Vergabe von Wohnungen in Steyr genehmigt.

Gleichzeitig wird der Aufhebung der in der Sitzung des Gemeinderates vom 9. Juni 1988 beschlossenen Richtlinien für die Vergabe von Wohnungen zugestimmt. (BEILAGE)

Ich bitte Sie, diesen Beschluß wirklich so zu fassen, weil wir die Richtlinien aus dem Jahre 1988 aufheben müssen. Hätten wir noch vor drei Jahren die Richtlinien angewendet, die wir jetzt haben, hätten wir sie gar nicht so notwendig gebraucht. Aber die Zeiten ändern sich. Die Nachfrage auf dem Wohnungssektor ist sehr aggressiv geworden und die Anzahl der Wohnungssuchenden ist sehr groß, daher ist es zweckmäßig, diese Richtlinien neu zu erstellen. In diesem Zusammenhang ist es, glaube ich, auch gelungen

und ich möchte allen Fraktionen noch einmal für die ernsthafte Mitarbeit in dieser speziellen Frage danken!

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort ist Herr StR Eichhübl gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Bevor dieser Antrag, der in Zukunft die Vergabe von Wohnungen nach einem Punktesystem regeln wird und sozusagen einen Meilenstein in der Geschichte der Wohnungsvergabe ist, zur Abstimmung gelangt, möchte ich doch aus der Sicht der Freiheitlichen GR-Fraktion einige Anmerkungen machen. Zum einen deshalb, weil eben die Freiheitliche GR-Fraktion - man kann fast sagen - schon seit Jahrzehnten ein Punktesystem fordert und weil dieses vorliegende Punktesystem unseren Vorstellungen entspricht.

Zum anderen, weil wir - ich neben meinen Kollegen Hans Payrleithner, der ja der Stellvertreter des Vorsitzenden StR Tatzreiter im Wohnungsausschuß ist, Fr. GR Thurner und auch GR Hans Dieter Götz - an den Gesprächen und Verhandlungen vorerst mit der ÖVP und dann auch mit den Vertretern der

Sozialistischen Partei mit dabei gewesen sind und auch mitgewirkt haben.

Und zum dritten deshalb, weil ich doch etwas überrascht bin über eine Aussendung der Österreichischen Volkspartei, in der es u. a. heißt, daß diese Verhandlungen schlußendlich an der Ausländerfeindlichkeit der Freiheitlichen Partei gescheitert wären. Meine Damen und Herren, wer te Kollegen der Österreichischen Volkspartei, bei aller Wertschätzung und Respekt, ich glaube, daß dies doch einer kleinen Berichtigung bedarf. Zum einen deshalb, weil in diesem Konzept, das von der ÖVP vorgelegt wurde, das Einkommen als wichtiger sozialer Aspekt gefehlt hat und zum anderen, weil wir von der FPÖ einen Passus drinnen haben wollten, der eben die Ausländerfrage betrifft.

Dabei ist sehr interessant anzumerken, daß wir eigentlich nichts anderes verlangt haben, als heute hier zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Daß nämlich bei Konventionsflüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention vorgegangen wird - wobei diese Flüchtlingseigenschaft durch Vorlage eines Konventionsausweises zu belegen ist - das wurde verlangt. Und daß auch weiters unsere Vorstellungen in diese Richtung gelaufen sind, daß auch Gastarbeiter - das sind Personen, die

den gesetzlichen Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes in der Fassung des Bundesgesetzblattes 450/90 entsprechen - insbesondere die angeführten Kriterien erfüllen. Ich möchte jetzt nicht im einzelnen auf die Punkte eingehen. Sie selbst, meine Damen und Herren des GR, kennen ja diese Vorlage, die heute hier zu beschließen ist.

Mit meiner Wortmeldung wollte ich also nur klarstellen, daß wir damals bei den Verhandlungen mit der ÖVP nichts anderes verlangt haben.

Ich möchte aber auch als Fraktionsobmann der Freiheitlichen GR-Fraktion die Gelegenheit wahrnehmen, insbesondere dem Ausschuß-Vorsitzenden StR Tatzreiter und der Beamtenschaft des Hauses, die ja die Vorlagen vorgetragen und die Vorarbeit geleistet hat, dafür danken, daß es möglich gewesen ist, zu einem einhelligen Beschluß - wie ich meine - zu kommen. Ich nehme die Abstimmung jetzt nicht vorweg, aber die Vorgespräche haben ja darauf hingedeutet.

Ich möchte auch den Koll. der ÖVP dafür danken, daß sie doch in der Frage der Ausländerproblematik etwas umgedacht haben und die Situation so erkennen, wie wir sie dargestellt haben. Daher darf ich allen, die in Zukunft mit der Wohnungsvergabe und mit diesem Punk-

tesystem zu tun haben, im Interesse der Wohnungssuchenden unserer Stadt Steyr, viel Erfolg wünschen!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht dazu noch das Wort? Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENG-AUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR! Heute ist mir leichter als bei der letzten GR-Sitzung. Zufrieden und mit Wohlwollen finden wir von der ÖVP-Fraktion heute die Beschlußfassung der Richtlinien zur objektiven Wohnungsvergabe auf der Tagesordnung des GR. Die Fraktionen im Wohnungsausschuß, die Beamten, sie haben gute Arbeit geleistet! Vor einigen Jahren schien objektive Wohnungsvergabe noch unmöglich, nicht durchführbar. Heute sind wir alle überzeugt, daß Wohnungsvergabe klar, durchschaubar, nachvollziehbar und gerecht sein muß. Ja, es muß eine gute Sache sein - rühmen sich in den verschiedensten Medien doch viele, Väter, Schöpfer dieser Richtlinien zu sein. Ich meine, diese Richtlinien zeigen, was gemeinsame Arbeit, ehrliches Bemühen vermag - zum

Wohl der Bürger. Ich möchte nicht lange das Bemühen der ÖVP aufzeigen; nicht reden von den Anträgen im Dezember 1987, im Mai 1988 oder im vergangenen März, sie vielleicht nur als wichtige Bausteine anführen. Bausteine, die mithalfen, durch das Werten des Pro-Kopf-Einkommens, des Überbelages in der bisherigen Wohnung, der Hilfsbedürftigkeit und Erkrankung, der sozialen Aspekte, durch Festlegen der Wohnberechtigten die Transparenz, die Objektivierbarkeit der Wohnungsvergabe zu bringen.

Nun gestatten Sie mir aber auch, einige Bemerkungen zum § 2 - mit der Überschrift "Wohnungswerber". Grundsätzlich stimmen wir vollinhaltlich den Grundgedanken dieses § 2 zu. Und jetzt aber meine ganz persönliche Meinung:

Sollte dieser Punkt - ich sage bewußt "sollte" - ausländerfeindlich gemeint sein, auch nur im Hinterkopf, dann tut mir das ein bißchen weh. Es wurde heute gesagt, daß es nicht so gemeint war in den vergangenen Gesprächen. Mir scheint, daß vielleicht da und dort jemand ist, sich in dieser Art von Menschenbegegnung zu rühmen. Aber grundsätzlich stimmt der § 2 mit unseren Gedanken überein. Wir haben nur, auch spurenweise, das Andeuten vielleicht eventueller, möglicher Ausländerfeindlichkeit verhindern

wollen. Grundsätzlich, vom Gedanken her, stimmt der § 2 mit dem, was wir meinten, völlig überein! Nur die Gefahr wollten wir abwehren.

Die objektive Wohnungsvergabe wird also heute beschlossen und nochmals ein Dank allen, die sich dafür bemüht und eingesetzt haben.

Leichter wird es wahrscheinlich nicht werden. Was uns aber noch bleibt, was uns durch die Richtlinien nicht aufgelöst werden kann, ist das große Wohnungsproblem in unserer Stadt. Ich bin aber überzeugt, daß auch hier im gemeinsamen Handeln zwischen Land und Stadt, im gemeinsamen, ehrlichen Bemühen innerhalb der Fraktionen Lösungen gefunden werden können, ja müssen. Wir sind es unseren Bürgern schuldig! Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Koll. Vbgm. Sablik ist der nächste.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR, selten wurde ein Werk so gelobt wie dieses. Aber auch selten wurden so viel Energie und so viel guter Wille in die Verhandlungen eingebracht. Ich möchte das auch hier kritisch anmerken und wünsche mir diesen Willen zur Zusammen-

arbeit auch bei manchen anderen Verhandlungen!

Es ist für unsere Fraktion ein Meilenstein; es ist für mich ein guter Kompromiß, vor allem deswegen, weil der soziale Aspekt mit sehr vielen Punkten bedacht worden ist und dieser soziale Aspekt bei unserer Partei immer im Vordergrund der Betrachtungen gestanden ist und auch in Zukunft sein wird.

Ich wünsche dem Wohnungsausschuß viele Wohnungen, damit es nicht so wie beim letzten Mal mangels Wohnungen zu keiner Sitzung kommt. Das ist mein Wunsch an Euch!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Liegt noch eine Wortmeldung vor? Frau Kollegin Scheucher, bitte.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ich muß mich kurz zu Wort melden, obwohl ich angeblich bei der Ausarbeitung dieser Wohnungsvergabe-Richtlinien nicht anwesend war. Zumindest den Worten des Hr. StR Eichhübl zufolge, hat es ja nur Verhandlungen zuerst mit der ÖVP-Fraktion und anschließend mit der SPÖ-Fraktion gegeben. Wir waren trotzdem anwesend und ich glaube, daß unsere Anwesenheit auch bei den ersten Verhandlungen vielleicht zum Scheitern geführt hat. Denn da waren die Ansätze der Frei-

heitlichen noch sehr viel ausländerfeindlicher, als es dann im Endeffekt zum Tragen gekommen ist.

Außerdem glaube ich, müßte man hier auch einmal sagen, daß etwas ganz tolles passiert ist. 4 Fraktionen waren nämlich imstande, Kompromisse zu schließen. Hr. Stadtrat Tatzreiter hat sehr richtig gesagt, ein 100%iges Ergebnis für jede der Fraktionen ist sicher nicht herausgekommen. Auch wir sind über unseren Schatten gesprungen und ich glaube, andere Fraktionen auch. Aber, daß der Stein zu dieser Arbeit von der ÖVP-Fraktion ins Rollen gebracht worden ist, möchte ich hier einfach erwähnen. Sie haben das initiiert und wenn jemand anderer etwas Gutes macht, dann sollte man das auch erwähnen.

Dann ist es sehr schnell gegangen. Die SPÖ hat diesen Ball aufgegriffen und wir haben wirklich gemeinsam versucht, die Vergabe-Richtlinien für die Wohnungen zu objektivieren. Ich glaube, daß es uns gelungen ist und daß wir mit dem § 2 wirklich sehr viel getan haben, indem wir gesagt haben, gut, es ist nicht das, was wir uns vorstellen, aber wir wollen mit einer Weigerung und mit einer Ablehnung dieses § nicht die ganze Objektivierung der Wohnungsvergabe in Frage stellen. Das war der einzige Grund, warum wir diesem Paragraphen

auch zugestimmt haben. Wir hoffen, daß der Wohnungsausschuß imstande ist, etwaige ausländerfeindliche Tendenzen, die vielleicht aufkeimen könnten, jederzeit zu unterdrücken und in den Griff zu bekommen. Sonst würden wir irgendwann einmal Schwierigkeiten mit diesen Vergabe-Richtlinien haben. Also wir hoffen, daß im Ausschuß dann so viel Raum ist, ausländerfeindliche Tendenzen zu unterdrücken. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Vbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ein paar Sätze zum § 2 seien mir auch erlaubt. Es ist jetzt doch fast eine Urheberschafts-Debatte geworden, obwohl wir es anfangs verhindern wollten. Ich glaube, wir könnten jetzt lange darüber diskutieren, wer das erste Wort dazu gesagt hat oder wer die ersten Vorstellungen gebracht hat, im GR oder im persönlichen Gespräch, früher, jetzt, vor 10 Jahren usw. Ich glaube, wir sind glücklich, daß wir eine gemeinsame Lösung gefunden haben.

Uns wird offensichtlich unterstellt, daß wir ausländer-

feindlich sind und deshalb habe ich mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet. Meines Erachtens ist es sehr wichtig, daß solche Probleme - ich glaube, das ist heute ein Problem bei der Wohnungsvergabe - unabhängig von Wahlzeiten öffentlich miteinander ausdiskutiert werden sollen. Ich bin froh, daß wir jetzt längere Zeit keine Wahlen haben, daß wir bei einem so emotional besetzten Thema eben in guter Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

Ich kann mich nicht erinnern, daß wir etwas anderes gefordert hätten, als genau exakt diese Punkte, die dann im § 2 zur Beschlußfassung gekommen sind. Ich glaube auch, daß Du Dich da etwas versprochen hast, wenn Du sagst, der erste Entwurf sei noch viel ausländerfeindlicher gewesen als der heutige. Das war hoffentlich nur ein Versprecher. Dieses Wohnungsvergabesystem soll ja bewußt nicht ausländerfeindlich sein, aber es soll natürlich Inländer nicht benachteiligen. Ich danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Liegt noch eine Wortmeldung vor? Das ist nicht der Fall und ich bitte den Berichterstatter um sein Schlußwort.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Ich habe wirklich kein Interesse daran, mich selbst zu loben. Ich bin nur froh, daß wir uns in einer solch wichtigen Sache gefunden haben. Meines Erachtens sollten andere über das Urheberrecht urteilen. Ich weiß, wo es entstanden ist und es ist auch zweckmäßig, daß wir uns künftig in vielen Dingen zu einer gemeinsamen Lösung treffen - das wäre mein größter Wunsch.

Noch einmal zum § 2. Ich verweise darauf, niemals irgendwo auf eine Ausländerfeindlichkeit einzugehen. Ich bitte darum, daß dies auch künftig in den Ausschuß-Sitzungen nicht passiert. Der § 2 weist ausschließlich darauf hin, daß es im Hinblick auch Ausländer sein können und sollen. Natürlich gibt es eine ganze Menge und darauf bezieht sich eigentlich der § 2 im wesentlichen. Nämlich auf Wohnungswerber, die gar nicht in Steyr arbeiten, nicht in Steyr wohnhaft waren, keine Aufenthaltsgenehmigung oder sonst etwas haben; also "illegale Einwanderer" - wenn ich das so sagen darf, denn es sind ja keine Gastarbeiter, sondern Schwarzarbeiter! Erst gestern habe ich wieder drei ungarische Autos hintereinander fahren sehen und nicht geahnt, daß es sich um Schwarzarbeiter handelt. Sie sind zu einer Baustelle gefahren,

um zu arbeiten. Ich wollte sie nicht erschrecken, aber als sie mich gesehen haben, sind sie sofort wieder weggefahren. Sie dürften vermutet haben, daß eine Inspektion oder dgl. kommt.

Genau das sind die Dinge, meine Damen und Herren, und ich sehe auch in diesem Zusammenhang den § 2. Wir wollen nichts anderes, als auch in dieser Frage anständig, fair und miteinander entscheiden können.

Ich bitte nochmals um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Bevor wir nun zur Abstimmung kommen, möchte ich mir auch noch eine Bemerkung erlauben. Ich glaube, daß der GR hier in einer sehr schwierigen Thematik bei der Behandlung und Abhandlung und bei einer Einvernehmlichkeit, die zum Schluß herausgekommen ist, seine Arbeitsfähigkeit bewiesen hat. Das freut mich sehr und ich möchte allen danken, die hier mitgearbeitet, verhandelt und sich durchgerungen haben, zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen.

Leichter wird es nicht werden, hat Hr. Koll. Lengauer gesagt. Ich glaube, er hat recht. Aber wir stehen an einer Schwelle zu einer großen Wohnbautätigkeit und nach diesen Richtlinien werden in dieser Funktionsperiode sicher 1.000 Wohnungen

vergeben werden in Steyr - ich weiß ja nicht, ob sich die anderen Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften anschließen, aber es wäre wünschenswert. Und wenn es nach diesen Richtlinien geht, dann haben wir mehr Objektivität und mehr Gerechtigkeit dabei erzielt. Wünschen würde ich es mir, daß die anderen Wohnbauträger und -genossenschaften dies auch übernehmen würden.

Ich möchte noch einmal allen danken, bes. aber dem Koll. Tatzreiter, der hier diese schwierigen Verhandlungen geleitet hat.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung und ich darf Sie bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie diesem Antrag zustimmen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Nicht der Fall - einstimmig so beschlossen.

Ich danke Koll. Tatzreiter für seine Antragstellung und erteile dem nächsten Berichterstatter, Hr. StR Zagler, das Wort.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Bei so viel Kompromißbereitschaft und gutem Willen zur Zusammenarbeit, möchte ich den guten Wind ausnützen, um auch meine beiden Anträge in eine einstimmige Beschlußfassung hineinführen zu können.

Der erste behandelt die Kostenbeteiligung der Stadt Steyr beim Betriebsabgang der Schwimmschule für das Jahr 1991. Es wird hier im Amtsbericht gebeten, einen Betrag von 126.193,-- als Drittelanteil am Gesamtabgang der Schwimmschule im Jahr 1991 an den Antragsteller zu beschließen.

31) ÖAG-410/80

Kostenbeteiligung der Stadt beim Betriebsabgang d. Schwimmschule für das Jahr 1991.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 11. März 1992 soll der Steyr-Daimler-Puch AG zur Kostenabdeckung des Verlustes beim Betrieb der Schwimmschule im Wehrgraben für das Betriebsjahr 1991 gemäß der 1990 geschlossenen Vereinbarung zwischen der Steyr-Daimler-Puch AG, der Steyr-Nutzfahrzeuge AG und der Stadt Steyr der 1/3 Anteil des insgesamten Fehlbetrages, das sind für die Stadt für das Jahr 1991 S 126.193,--, als einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention gewährt werden.

Die Bedeckung der Ausgabe kann bei der VSt. 5/7820/776010.4 gefunden werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht?
Bitte, Hr. Koll. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Es ist der seltene Fall eingetreten, daß ich einmal dieselbe Meinung vertrete wie Koll. StR Zagler. Aber Spaß beiseite - ich glaube, ich brauche nicht lang und breit die Zustimmung unserer Fraktion zu erklären, denn es hat ja bereits mehrmals Gelegenheit gegeben, und zwar vor einigen Jahren im Zusammenhang mit Förderungsmaßnahmen, für dieses Bad zu sprechen und die Zustimmung zum Ausdruck zu bringen.

Ich glaube, daß auch heute die Situation sich so darstellt, wie ich das bereits vor Jahren zum Ausdruck gebracht habe, daß die Stadt Steyr an sich eine Verpflichtung hat, dieses Bad mitzuerhalten, weil ja nicht nur Steyr-Werksangehörige dort in diesem Bad einem Freizeitvergnügen nachgehen, das sie sich wohl verdient haben, sondern die ganze Bevölkerung unserer Stadt die Möglichkeit hat, dieses Bad aufzusuchen. In diesem Sinne, glaube ich, ist es gerechtfertigt, daß wir heute in diesem Gremium weitere Förderungsmaßnahmen beschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird noch von jemandem das Wort gewünscht?
Nicht der Fall. Schlußwort?

STADTRAT DKFM. MAG HELMUT ZAGLER:

Es freut mich, lieber Roman, daß Du mit mir ausnahmsweise einmal einer Meinung bist. Auch bei uns ist die Erinnerung an die Rettung der Schwimmschule noch im Gedächtnis haften geblieben. Und für jene, die sich vielleicht damals mit den Problemen nicht so sehr beschäftigt haben, möchte ich sagen - ich will aber nicht schon wieder Vaterschaftsprozesse führen -, daß einer der wahrhaften Retter der Steyrer Schwimmschule hier unter uns ist. Er sitzt in der Mitte des Präsidiumtisches, niemand geringerer als der damalige Arbeiterbetriebsrats-Obmann der Steyr-Daimler-Puch AG, unser Hermann Leithenmayr mit der Geschäftsführung dort, die vom Schließen bedroht war.

Was ich Dir an Ratschlägen auf den Weg mitgeben möchte, lieber Roman, weil ja Dein Gesinnungswandel ein für mich so bemerkenswerter ist. Erst als Gegner eines Stadtbad-Umbaues oder -Neubaues, dann der Wandel zum Befürworter dieses Bades und nun hast Du auch die Liebe für die alte Schwimmschule entdeckt.

Ich habe mir die Abrechnung der Steyr-Daimler-Puch AG diesbezüglich ganz genau angesehen und

Prokurist Gstöttner hat sie unterzeichnet. Mit diesem effizienten Personaleinsatz ein Bad zu führen, mit so geringen Kosten, wäre ein Wunschtraum, wenn Du in Deinem Referat ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Unverständliche Zwischenrufe

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

... wenn Du in Deinem Referat ähnliche Dinge bewerkstelligen könntest.

Ich bitte aber trotzdem, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Im zweiten Antrag, den ich hier zu stellen habe, geht es darum, laut Antrag des Amtsberichtes der MA II, einen Betrag von S 384.168,-- an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr freizugeben. Als Ersatz für die aufgrund der Rückübereignung einiger Grundstücke im Resthofbereich entstandenen Grundstücksnebenkosten. Der

Vertrag, der auch im GR bereits beschlossen wurde, ist am 23. April 1987 in der Aufsichtsrats-Sitzung der GWG angenommen worden.

32) ÖAG-2409/87

Stornierungsvertrag vom 13. Mai 1987; Ersatz der Grundstücksnebenkosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 8. April 1992 wird der Auszahlung eines Betrages in Höhe von S 384.168,-- an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr als Ersatz für die aufgrund der Rückübereignung der Grundstücke 608/9, 608/10, 608/11, 608/12 und 608/13, KG Gleink, entstandenen Grundstücksnebenkosten zugestimmt. Zu diesem Zweck wird ein Betrag in Höhe von S 384.170,-- bei der VA-St. 5/4800/777010.8 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wird von jemandem das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Nicht der

Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren des GR, wir kommen nunmehr zur Behandlung der beiden Dringlichkeitsanträge, die wir eingangs der Sitzung beschlossen haben. Zunächst nehme ich den Antrag der Frau Gemeinderätin Eva Scheucher in Behandlung. Er ist in der ausreichenden Anzahl der Mitglieder des GR unterzeichnet und er steht zur Debatte. Meine Damen und Herren, wer wünscht dazu das Wort? Frau Kollegin Scheucher bitte.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie haben ziemlich zu Beginn der Sitzung in einer Wortmeldung gesagt, auch Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden. Aber ich glaube, es hat nicht sehr lange gedauert, bis Rom zerstört worden ist.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Schon eine Zeitlang!

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Das heißt, etwas aufzubauen dauert wesentlich länger, als etwas zu zerstören. Im Fall der Tropenwälder ist es unmöglich, wenn sie einmal zerstört sind, diese wieder aufzubauen. Es gibt Schätzungen, nach denen in ca. 20 Jahren die Tropenwälder der Erde - der ganze Regenwald-

gürtel - zerstört sein wird. Hier geht es nicht um "grüne Spinnereien und Phantastereien", wie uns das so oft vorgeworfen wird, sondern diese Tropenwälder haben eine ganz wesentliche Funktion als Klimaregulatoren. Wir werden das sehr deutlich zu spüren bekommen, wenn diese tropischen Regenwälder verschwunden sind.

Ein Drittel der Zerstörung geht zurück auf die intensive Nutzung der tropischen Hölzer. Hier ist auch Österreich nicht ganz unbeteiligt. Österreich importiert immerhin 30.000 Tonnen Tropenholz im Jahr. Wenn man weiß, daß dieses importierte Holz ja nicht die ganzen Bäume und Stämme beinhaltet, sondern wirklich nur das Kernholz und, daß Österreich sicher nur ein kleinerer Importeur ist, dann kann man sich vorstellen, wieviel Tropenholz geschlagen wird. Verwendet wird ein Großteil dieses Holzes bei uns für den Bau von Fenstern und Türen, aber auch im Schibau wird es eingesetzt und bei Dingen des täglichen Bedarfes, wo man nicht einmal daran denken würde (von Klobrillen anfangen, über Kugelschreiber, Aktenkoffer und ähnliches).

Der Ersatz tropischer Hölzer ist ganz unproblematisch. Man kann die tropischen Hölzer durch einheimische Hölzer jederzeit ersetzen. Allerdings ist - es kam heute schon zur Sprache - Tro-

penholz teilweise billiger als einheimisches Holz. Wieviel dabei die Arbeiter dort in diesen Ländern verdienen, braucht man sich gar nicht mehr auszurechnen, wenn trotz Transport über große Strecken das Tropenholz bei uns noch billiger ist. Ich sehe diese Verzichtserklärung, die die Stadt Steyr hier - so hoffe ich - beschließen wird, auch ein bißchen als politischen Druck in Richtung Bundesregierung. Ich habe heute zufällig einen Brief vom NR-Abgeordneten Gartlehner bekommen zu dieser Thematik, in dem er mir versichert, daß von der SPÖ im Parlament ein Initiativ-Antrag gestellt wurde, demzufolge der Import von Tropenhölzern und deren Nebenprodukten ab 1. Juni 1992 einer Genehmigungspflicht unterliegen sollen. D. h., das Parlament soll diesen Antrag rechtzeitig vor der UNO-Konferenz in Rio beschließen. Damit hätte Österreich eine Vorreiter-Rolle. Wir wären das erste Land, das so etwas hätte. Wir könnten wieder einmal - wie wir es bei den Atomkraftwerken schon waren - eine Vorreiter-Rolle übernehmen. Entsprechend den Kriterien - schreibt er weiter -, z. B. kleinflächige Nutzung, boden- und bestandspflegende Erntemethoden, Erholungsphase etc., werden von einem Tropenholz-Beirat, dem auch Vertreter international tätiger Umweltschutzorganisationen an-

gehören, werden die Angaben österr. Importeure überprüft und alle Lieferungen genehmigungspflichtig. Greenpeace, Global 2000 und WNF verfügen über ein internationales Netzwerk, das es ermöglicht, direkt vorort die gemachten Angaben kurzfristig zu überprüfen. Das war ja bisher immer das Problem, daß man gesagt hat, Tropenimport zu verbieten ist schön und gut, aber wer kontrolliert das und wie sollen wir das kontrollieren. Hier gibt es jetzt einen Antrag in die Richtung, daß man die Umweltschutzorganisationen, die vorort ein sehr großes Netz ausgebaut haben, einbindet und dazu einsetzt, diese Kontrolle auszuüben. Dies ist schon etwas, das sehr optimistisch stimmt und ich hoffe, daß Steyr sich jetzt in die Reihe der Städte einordnet, die diese Verzichtserklärung bereits ausgesprochen haben, in ihrem eigenen Bereich Tropenholz zu verwenden - so wie es Linz getan hat, Wels und auch das Land OÖ. Steyr soll sich einordnen in diese Reihe und einwirken darauf, daß die Regenwälder, die für uns so wichtig sind, erhalten bleiben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Der nächste ist Koll. Vbgm. Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich möchte sagen, daß diese Resolution offene Ohren bei meiner Fraktion findet und möchte daran erinnern, daß bei uns fast schon 2 Jahre lang eine interne Anweisung im Magistrat Geltung hat, nämlich Tropenhölzer nur mehr für Reparaturen zu verwenden. Ich habe selbst im Urlaub in Brasilien gesehen, wie so eine Rodung aussieht - da ist eine Lehmwüste noch ein Paradies dagegen. D. h., meine Fraktion gibt dieser Resolution die Zustimmung und ich möchte heute schon den GR auffordern, in nächster Zeit den Antrag zu unterstützen, dem Klimabündnis beizutreten, um den Völkern in den bedrohten Regenwald-Gebieten einerseits auch das Überleben zu ermöglichen und andererseits uns selbst vor den drohenden Klimaveränderungen zu schützen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Weiters ist Hr. Dr. Schwager zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich darf so sagen, der literarische Vorwurf, nämlich die Idee, ist hervorragend. Bitte nehmen Sie es mir nicht "krumm", ich will keineswegs

jetzt vor Ihnen als Lehrer stehen, aber vielleicht ist es einfach in der Natur des Juristen gelegen, der bekanntlich nicht nur alles, sondern auch noch besser kann. Es soll jedoch kein Kritisieren sein. Ich hätte nur ein paar stilistische Abänderungsvorschläge und würde bitten, ob wir sie nicht übernehmen könnten - nämlich:

Verzichtserklärung halte ich für nicht ganz gut gesagt; nennen wir es doch Absichtserklärung und wir sind genau dort, wo wir hin wollen.

Dann habe ich noch im zweiten Absatz eine kleine Einschränkung anzumerken. Es heißt: "Die Gemeinde wird daher in Hinkunft auf die Verwendung von tropischen Hölzern verzichten ...". Hier muß man, so glaube ich, fairerweise sagen, wie es auch StR Holub schon angesprochen hat, daß man "nach Möglichkeit" einflechten soll. Denn es wird Fälle geben, wo man auf das tropische Holz einfach nicht verzichten kann. Ich denke nur an einen gebrochenen Fensterahmen. Da wird man nicht den ganzen Fensterrahmen in Fichte erneuern, wenn ich ein Stück Mahagoni oder was immer brauche. Ich bin natürlich kein Tischler, aber man sollte dies schon bedenken.

Die Idee ist hervorragend und gut! Bis auf diese kleinen, stilistischen Feinheiten, die ich vielleicht als Abänderung vor-

schlage, werden wir sicherlich unsere Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Zwei Anregungen stehen mit in der Debatte. Wer wünscht weiter das Wort? Koll. Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Selbstverständlich werde ich diesem Antrag, den die GAL eingebracht und den die Fr. Koll. Scheucher hier begründet hat, zustimmen. Und zwar soll das nicht als Wiedergutmachung dafür verstanden werden, Fr. Koll. Scheucher, daß ich Sie vorhin bei dem Punktevergabe-System, bei den Verhandlungen, die ich herangezogen habe, nicht erwähnt habe, sondern weil es mir wirklich ein ernsthaftes Anliegen ist, daß wir hier einen Schritt setzen, der in die Richtung geht, eben tropische Hölzer im Baubereich nicht zu verwenden.

Ich hätte mir an und für sich sogar vorgestellt, daß man das etwas weitreichender macht und heute eine Resolution beschließt, weil es ja nicht nur darum geht, daß der Tropenwald, unser Klimagürtel, abgeholzt wird, sondern zum Großteil auch verbrannt wird. Nämlich verbrannt wird, um Weideflächen zu erzielen und das trägt auch stark

dazu bei, unsere klimatischen Verhältnisse entsprechend negativ zu beeinflussen und zu verändern.

Wie gesagt, vielleicht können wir beim nächsten Mal einen weitreichenderen Antrag bzw. eine Resolution beschließen. Dieser Vorlage werde ich selbstverständlich mit jenen Einwendungen, die Koll. Dr. Schwager vorgetragen hat, die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Also die Anregungen von Hr. Dr. Schwager erscheinen mir schon sinnvoll und erwägenswert. Es kommt dasselbe heraus und es ist exakter definiert. Im Reparaturfall müßten wir uns dann vielleicht über diesen Antrag hinwegsetzen. Es ist ehrlicher und zutreffender, wenn wir diese Abänderungen vornehmen - nämlich anstelle von Verzichtserklärung "Ab-sichtserklärung" und eine Einfügung im zweiten Absatz.

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Koll. Götz, bitte.

GEMEINDERAT HANS DIETER GÖTZ:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich möchte mich nur kurz zu Wort melden und diese Sache mit einem anderen, näherliegenden Aspekt betrachten. Viele von Ihnen werden wissen, daß ich Tischlermeister

bin. Ich sehe das Ganze von der fachlichen Seite.

Ich bin absolut für dieses Verbot, aber es gibt Dinge, die ganz anders liegen - nicht nur der Regenwälder-Schutz usw., sondern auch von der Gesundheitsseite her. Fast alle von Ihnen werden wissen, daß die Verarbeitung von Tropenhölzern gesundheitsschädlich ist und daher vom Arbeitsinspektorat diese Verarbeitung nur mit Schutzmasken erlaubt ist. Das alleine ist schon ein guter Grund dafür, daß wir zusehen, das zu verbieten. Schließlich kostet das ja auch der Allgemeinheit Geld, die wir wieder in die Gesundheit stecken müssen.

Das war es eigentlich, was ich dazu sagen wollte. Wir haben ja genug einheimische Hölzer, die in der Qualität dem Exotenholz in jeder Weise entsprechen und großteils sogar bedeutend besser und länger haltbar sind, als die Tropenhölzer. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr für diese Hinweise. Frau Kollegin Scheucher, möchten Sie noch einmal Stellung nehmen? Ich würde mich freuen, wenn Sie den Anregungen auch zustimmen könnten.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Also die Information von Hr. GR Götz war etwas ganz Neues für mich und ich bin sehr dankbar

dafür. Den Ausführungen des Hr. Dr. Schwager kann ich nicht ganz zustimmen. Für mich ist es keine stilistische Änderung, für mich ist es sehr wohl eine Abschwächung des Antrages. Wenn es nämlich heißt: "Wir werden 'nach Möglichkeit' darauf verzichten", dann ist das so dehnbar. Wir wissen alle, was man mit diesem "nach Möglichkeit" anfangen kann. Wenn man dann nämlich nicht will, dann ist einfach die Möglichkeit nicht gegeben.

Ich würde also schon sagen, wenn sich die Stadt Steyr zu so etwas verpflichtet, - es ist ja im Interesse von uns allen, daß eben unser Klima erhalten bleibt - dann sollte man wirklich auch so weit gehen, daß man sagt, wir werden Lösungen finden. Wahrscheinlich wüßte Hr. Götz als Tischler wesentlich besser, ob man z. B. ein Mahagoni-Fenster mit irgendeinem einheimischen Holz reparieren kann. Das Dazubeizen dürfte kein Problem darstellen, ob es sich jedoch vom Spannungstechnischen usw. machen läßt, weiß ich nicht. Aber ich glaube, auch das wäre nicht das große Problem.

Ich denke mir schon, wir sollten unsere Verzichtserklärung in dem Sinn machen, wie ich sie beantragt habe - ich bitte darum. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Dr. Schwager hat sich
noch einmal gemeldet.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST
SCHWAGER:

Geschäftsordnungsgemäß muß
ich das dann eben als Ab-
änderungsantrag einbringen, daß
wir diese zu begrüßende
Erklärung als Absichtserklärung
bezeichnen und daß wir nach dem
Satz "... tropischen Hölzern ..." im
2. Absatz "nach Möglichkeit"
einfügen.

Wir wollen ja nicht an unserer
eigenen Ehrlichkeit zweifeln,
daß wir dieses "nach Mög-
lichkeit" wirklich nach Mög-
lichkeit nutzen. Ich glaube, daß
hier der gute Wille doch durch
eine entsprechende Information,
die jetzt laufend geht, wirklich
aufgeweckt ist und ich für meine
Person zweifle nicht daran, daß
man diesem Teilfaktor zur
Vermeidung der Zerstörung des
Regenwaldes dann doch etwas
Einhalt gebieten kann - der
größere Teilfaktor ist immer
noch die Rodung; für angeblich
landwirtschaftliche Zwecke.

Ich muß das nun als Ge-
schäftsordnungsantrag zur Abän-
derung einbringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Nunmehr steht der Abänderungs-
antrag zur Debatte. Wird dazu

das Wort gewünscht? Bitte, Hr.
Koll. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHI-
LIPPS:

Wertes Präsidium, meine sehr
verehrten Damen und Herren des
GR, einige Sätze zum Ab-
änderungsantrag. Ich bin nicht
der Meinung, daß hier eine
Abänderung in Richtung "nach
Möglichkeit" vor sich gehen
sollte. Absichtserklärung oder
Verzichtserklärung - ich glaube,
hier steckt nicht so viel
Problematik dahinter, aber
dieses "nach Möglichkeit" würde
ich ablehnen. Und zwar mit der
Begründung, daß es ein sehr
dehnbarer Begriff ist. Da muß ich
Dich, Eva, schon unterstützen,
denn ich sehe das genauso. Ich
bin der Meinung, wenn schon eine
solche Verzichts- oder Ab-
sichtserklärung - wie man das
dann eben bezeichnen will -
abgegeben werden soll, dann mit
jeder Konsequenz. Das sage ich
ganz deutlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Nächster ist Herr Koll. StR Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich unterstütze den Abände-
rungsantrag, den Dr. Schwager
eingebracht hat. Und zwar
deshalb, weil wir hier Anträge
fassen sollten, die auch
tatsächlich vollziehbar sind. Ich
kann mir nicht vorstellen, daß es

Möglichkeiten gibt, Holzteile, die aus einer bestimmten, festen Holzart sind, durch ein anderes willkürlich zu ersetzen; und ich glaube, Kunststoff wollen wir auch nicht haben. Der Inhalt dieses Abänderungsantrages ist der, daß die Möglichkeiten ausgenützt werden müssen. Und wenn es diese nicht gibt, daß nur unter der Bedingung das tropische Holz verwendet werden kann. Wir von der ÖVP teilen natürlich mit Ihnen die Sorgen um den Regenwald.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Unverständlicher Zwischenruf!

STADTRAT KARL HOLUB:

Dieses "NEIN" sollten Sie lieber nicht sagen. Wir teilen diese Sorgen wirklich mit Ihnen und wir sind auch erschüttert von den Fotos und von der unendlichen Traurigkeit einer halb-ruinierten Welt. Das ist sicherlich unsere ernste Meinung, das können Sie mir glauben! Sofern wir irgendeine Möglichkeit haben, werden wir auch im privaten Kreis - ich denke jeder von uns - den Verzicht üben, mit dem wir mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Es ist ja nicht nur der Beschluß im GR, daß man einer Gemeinde verbietet, tropische Hölzer zu verwenden, sondern Umweltbewußtsein beginnt man wirklich im ureigensten Bereich -

genau dort sollte jeder von uns anfangen.

Ich glaube, wir sollten diese Abänderung, die Dr. Schwager sehr fundiert vorgetragen hat, auch wirklich so nehmen, wie sie ist und nicht als Abschwächung, sondern als Ermöglichung des Vollzuges.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Koll. StR Zagler ist nun am Wort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich bin ganz überrascht; erstens, daß der Tropenwald so wichtig ist und einen so breiten Raum für die Diskussion benötigt. Zweitens, daß sich durch einen Abänderungsantrag oder durch einen Vorschlag plötzlich die Reihen zu spalten drohen, obwohl wir zuerst gerade so von Einigkeit und Einhelligkeit geschwärmt haben.

Für mich ist auch eine Unterstützung des Antrages der Gemeinderätin Scheucher das Gebot. Und zwar aus einem Grund, nämlich wenn man sich im Rathaus ansieht, wo und wer die Beschaffungsvorgänge durchführt; er hat eben leichter die Möglichkeit, zu benutzen. Ansonsten, sollte es wirklich einmal Widerstände geben, dann müßten wir eben hier einen Ausnahmebeschluß fassen und ich glaube, auch mit Ihrer Zu-

stimmung oder mit Eurer Zustimmung würde so etwas gehen. Ich bin also auch dafür und werde meine Stimme für diesen Vorschlag abgeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung?

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Dürfte ich vielleicht einen Vorschlag machen? Wir könnten doch "... mit Ausnahme von notwendigen Instandhaltungsarbeiten ..." einfügen! In diesem Fall wäre das sehr eng eingegrenzt.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Das gefällt mir schon besser!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFE

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Vielleicht ist das der Kompromiß! Hr. Dr. Schwager, sind Sie damit einverstanden?

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST
SCHWAGER:

Selbstverständlich! Ich habe ja nichts anderes gemeint.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Sehr gut! Also ändern wir die Formulierung wie folgt: "... Die Gemeinde wird daher in Hinkunft auf die Verwendung von

tropischen Hölzern, mit Ausnahme für unbedingt notwendige Reparaturarbeiten, verzichten ...". Bitte nicht alle durcheinander! Wir brauchen ein Ersatzwort für Verzichtserklärung. Wer hat einen Vorschlag? Was raten uns die Juristen?

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFE

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Erklärung? Gut, wir haben uns geeinigt und nennen es Erklärung! Damit haben wir in der offenen Diskussion zwei Abänderungen vorgenommen. Der Antrag steht nun in der abgeänderten Form zur Abstimmung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Dann müßte aber der GR auch folgende Erklärung beschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wir wollen jetzt bitte nicht noch etwas verkomplizieren! Wir haben es geändert und sind einverstanden. Nun machen wir die Probe aufs Exempel. Wer für den abgeänderten Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Der Abänderungsantrag von Dr. Schwager ist zurückgezogen, wir nennen das Ganze "Erklärung" und fügen im 2. Absatz "... mit Ausnahme für unbedingt notwendige Reparaturarbeiten ..." ein. Ich bitte nochmals jene, die für den

Antrag sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Einstimmige Annahme.

Eine "gute" GR-Sitzung - jetzt bin ich neugierig, ob das beim nächsten Antrag auch so sein wird.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zum letzten Antrag. Es handelt sich ebenfalls um einen Dringlichkeitsantrag, der ausreichend unterstützt von der FPÖ-Fraktion eingebracht wurde. Verlesen habe ich ihn schon, er steht zur Debatte. Wer wünscht dazu das Wort? Bitte, Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister! Wir haben heute zur Aufstockung des Stadtsenates von 9 auf 10 Mitglieder einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ich möchte dies wie folgt begründen:

Am 6. Oktober hatten wir - Sie wissen es alle - in der Stadt Steyr Gemeinderatswahlen, die die Mehrheitsverhältnisse in dieser Stadt aufs Nachhaltigste verändert haben. Keine Fraktion hat im GR mehr die absolute Mehrheit und in Sachthemen sind

wir gezwungen, zusammenzuarbeiten und zu einer gemeinsamen, vernünftigen Lösung zu kommen. Wir haben in den Gesprächen im Herbst, im Oktober vor der Bürgermeister-Wahl darüber diskutiert, ob es nicht zweckmäßig wäre, gleichzeitig mit der konstituierenden Sitzung, diesen Antrag zu stellen. Wir haben das aus mehreren Gründen damals nicht getan.

Erstens kostet eine Aufstockung um ein weiteres StS-Mitglied mehr Geld. Wir wollten auch aus diesem Grund unsererseits Abstand nehmen.

Zweitens, nach dem d'Hondt'schen Verfahren würde dieses nächste StS-Mitglied der Freiheitlichen Partei zukommen. Drittens haben wir dann in der Absichtserklärung von unserem Hr. Bürgermeister am 7. November, wo Hr. Bgm. Leithenmayr im 3. Wahlgang zum Bürgermeister gewählt worden ist, gehört, in seiner Antrittsrede, seine Bereitschaft zur breiten Zusammenarbeit. Er war bereit, mit allen Fraktionen in Sachthemen und darüber hinaus zusammenzuarbeiten. Zumindest hat er es gesagt. Wir haben daher auch dieses Problem nicht weiter ventiliert und dachten, es wird für Steyr - so wie es im GR notwendig ist - auch im StS eine Form gefunden, daß wir eine faire Zusammenarbeit sehen.

Ich habe damals sogar ins Spiel gebracht, falls es zur Auf-

stockung des StS kommen sollte, daß wir das ohne Verhandlungen der GAL geben könnten. Damit es nicht so aussieht, daß die Freiheitlichen aufgrund des Wahlergebnisses noch ein StS-Mitglied für sich in Anspruch nehmen wollen. Ich würde das als demokratie-politisches Verständnis gutfinden, wenn das so wäre. Damit alle Fraktionen, die im GR sind, auch Informationen aus erster Hand im StS bekommen. Es haben sich nun in letzter Zeit in wichtigen Punkten Entscheidungen im StS abgezeichnet und sie wurden auch durchgeführt, die nicht unsere Zustimmung gefunden haben und darüber hinaus nicht einmal mit uns abgestimmt, geschweige denn abgesprochen wurden. Aus diesem Grund sehen wir es als Verpflichtung an, daß wir im Sinne einer gedeihlichen Zusammenarbeit diese Mehrheitsverhältnisse im StS, die offensichtlich mißbraucht werden, egalisieren und im StS gleiche Voraussetzungen finden, wie es im GR der Fall ist.

Ich glaube, gerade heute - nämlich bei der Beschlußfassung des Punktesystems bei der Wohnungsvergabe - wurde bewiesen, daß es selbst in schwierigen Sachfragen, wenn Fraktionen gezwungen sind, zusammenzuarbeiten, möglich ist, eine gemeinsame Entscheidung zu finden und eine gemeinsame Lösung zu tragen.

Die Dringlichkeit kommt daher, weil wir in nächster Zeit in Steyr eine Fülle von wichtigen Entscheidungen zu treffen haben. Ich möchte nur einige Punkte anschneiden - Sie kennen Sie alle: Das Verkehrsproblem; in allernächster Zeit wird das Verkehrsentwicklungskonzept zur Beschlußfassung kommen - wir werden darüber diskutieren und es mit Leben und Sinn erfüllen müssen; wir haben auch Probleme im sozialen Wohnbau, wo bestimmt neue Akzente gesetzt werden müssen - auch im Stadtsenat. Es kann nicht sein, daß hier weiterhin, so wie in vergangenen Jahren, Wohnbauten vergeben werden, also mit einem Allein- bzw. Generalunternehmer Verträge abgeschlossen werden. Solche Dinge sollten gemeinsam vorher ausdiskutiert und dann eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Stadtentwicklung, Raumordnung - diese Punkte sind auch heute schon angezogen worden. Solche wichtigen Dinge sind für uns Ausschlag dafür, daß wir das heute als Verpflichtung ansehen. Ich hoffe, die Stadtentwicklung kommt bald auf uns zu. Wir sehen es bei jeder StS-Sitzung und bei jeder GR-Sitzung, daß wir immer einen oder zwei Punkte dabei haben, wo legitime Interessen von Wirtschaftstreibenden und von Bewohnern bzw. zukünftigen Bewohnern aneinander prallen,

weil wir eben noch nicht wissen, wohin und wie sich die Stadtentwicklung entwickeln soll.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, Ihrer Verantwortung bewußt zu werden und Sie sollten sich wirklich ernsthaft überlegen, daß Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben. Ich danke.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Danke sehr. Als nächster ist Koll. Vbgm. Sablik am Wort. Ich erteile es ihm.

**VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-
LIK:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR, es war gerade noch so gemütlich, vor dem Ausklang der GR-Sitzung eine Übereinstimmung bis ins Herz zu spüren - und jetzt kommt dieser Brunnenvergifter-Antrag. Natürlich haben Sie das einmal angekündigt, aber das war vor einem halben Jahr. Ich meine doch, daß die Sozialdemokratische Fraktion in diesem halben Jahr bewiesen hat, daß ihr an einer Zusammenarbeit, auch mit der kleinsten Fraktion, sehr viel gelegen hat und daß ihr noch immer sehr viel daran liegen wird. Wenn Sie anführen, daß das d'Hondt'sche Verfahren das dritte Mandat in diesem Fall der FPÖ zuerkennt, dann ist das natürlich der legitime Wunsch

der FPÖ, hier zwei Dinge auf einmal zu erledigen.

Einerseits möchte sie das dritte Mandat haben, andererseits möchte sie auf diese Weise ein Wahlergebnis, das Ihnen eben nicht mehr gebracht hat als 9 Mandate, umfälschen - die FPÖ möchte also auf kalte Art und Weise das Wahlergebnis verändern. Das ist doch nicht zum Spaß geschehen, daß nur 9 StS-Sitze zu vergeben sind, sondern eben aufgrund des Wahlergebnisses.

Wenn Sie sagen, daß hier große Projekte in Zukunft miteinander zu bewältigen sind, dann wird es manchmal auch notwendig werden, daß diese Projekte in Vorbereitung im StS natürlich auch irgendwann eine Mehrheit finden müssen. Ansonsten könnte passieren, was sich leider abzeichnen beginnt, daß sich nämlich die FPÖ zum "Verhinderer" in der Stadtarbeit herausbildet und um Ihnen diese Möglichkeit nicht zu geben, war natürlich für meine Fraktion das Wahlergebnis im StS interessant. Ich möchte eindringlich an Sie appellieren, das hier nicht so zu handhaben. Das heißt nämlich "ein Feuer anzünden" und die FPÖ bemüht sich dabei in letzter Zeit. Sie haben gesagt, Sie haben bei der Plenkberg-Geschichte ein Enzym gefunden und gepflegt. Und hier wäre Ihnen dann die Möglichkeit geboten, noch viele kleine Feuerchen anzuzünden und

dann als die Feuerwehr aufzutreten, die eines davon löscht und den großen Dank dafür erntet.

Das kann nicht im Sinne unserer Fraktion sein, das kann aber auch nicht im Sinne einer funktionierenden Stadtregierung sein. Denn eine Lähmung des StS käme auch einer Lähmung des GR gleich. Wenn Sie nämlich im StS nicht wenigstens die Möglichkeit haben, ein Projekt in den GR zu bringen, um eine demokratische Mehrheit zu finden, dann könnten Sie aufgrund dieses einen Mandates sehr viel verhindern. Das kann nicht im Sinne des GR liegen! Ich möchte die anderen Fraktionen, aber auch die Mitglieder Ihrer Fraktion zum Nachdenken anregen, ob es bei der kommenden Abstimmung nicht doch besser wäre, auf Ihren Antrag zu verzichten, Hr. Dr. Pfeil.

Wenn Sie sich beklagen, daß sehr oft etwas nicht weitergeht oder Sie keine Informationen erhalten, dann muß ich Ihnen sagen, daß hier sehr oft dahintersteht, daß die StS-Mitglieder zu wenig Zeit haben, sich für gewisse Dinge ausreichend zu informieren. Dazu möchte ich ein Beispiel anführen: In Wels gibt es 3 hauptamtliche Vizebürgermeister und jeder Stadtrat - bis auf einen - ist hauptberuflich in seiner Tätigkeit. Sie haben zwar 10.000 Einwohner mehr, d. h., sie haben

wohl größere Aufgaben, aber die Arbeit im StS ist ziemlich gleich.

Wir werden im Rahmen des neuen Statutes sicherlich im heurigen Jahr noch über manche Regelung nachdenken müssen - auch über die Funktionärsbezüge-Regelung, das muß ganz offen gesagt werden, denn bei uns steht das als einzige Stadt noch aus - und ich glaube nicht, daß es hier gut ist, wenn im StS unklare Verhältnisse herrschen bzw., daß eine Patt-Stellung ist.

Ich möchte Sie eindringlich davor warnen, hier Ihren Antrag in die Tat umzusetzen und fordere Sie auf, diesen Antrag zurückzuziehen. Unsere Fraktion gibt dazu selbstverständlich keine Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Nächster ist Koll. StR Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Die Erhöhung der StS-Sitze von 9 auf 10 ist zumindest auf den ersten Blick überaus verlockend und interessant. Man könnte aber auch fragen, warum nur auf 10 und nicht auf 12 - das hat es in Steyr ja auch früher schon einmal gegeben. Dann würde jede der im StS vertretenen Fraktionen einen

zusätzlichen Stadtrat erhalten. Aber das käme für uns schon wegen der zusätzlichen finanziellen Belastung nicht in Frage. Also sollte der StS auf 10 Mitglieder aufgestockt werden, nicht zuletzt, weil dieses 10. Mandat der FPÖ zufiele. Sicher hat das Argument der Parität zwischen Mehrheits-, sprich Bürgermeisterfraktion, und den beiden anderen Fraktionen und der damit verbundenen Ablehnungsmöglichkeit jedes von der Mehrheitsfraktion eingebrachten Antrages etwas für sich. Nur das ist auch jetzt bei Zuweisung an den GR möglich!

Ich glaube, die Entscheidung der Wahlen mit dem derzeit geltenden Statut, das eben nur 9 StS-Mitglieder vorsieht, auch mit den massiven politischen Veränderungen, soll respektiert werden. Mit Gewalt auch die Mehrheitsverhältnisse im StS zu verändern, halte ich zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll und richtig. Die bisher einzige Notwendigkeit wäre vielleicht bei der Bestellung des neuen Magistratsdirektors gewesen, da haben wir sie aber nicht gehabt.

Bei den ursprünglichen Parteienverhandlungen wurde dieses Ansinnen seitens der FPÖ schon an uns herangetragen. Das Verhalten der FPÖ bei den Verhandlungen zur Bürgermeisterwahl sowie das Verhalten bei dieser Wahl selbst, hat uns

gezeigt, daß auf diese Partei kein Verlaß ist. Das gleiche hat sich bei der Objektivierung der Wohnungsvergabe wiederholt. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit uns und der GAL, hat man sich sofort mit der SPÖ zusammengetan, kurzfristig geeinigt und unseren Antrag entsprechend abgeschmettert. Das "WIE", wie es geschah, ist es, was uns so sehr stört daran. Ähnlich war es auch heute bei den vorgebrachten Argumenten der Bestellung des neuen Magistratsdirektors. Die FPÖ hat dagegengewettert; alle Medien haben geschrieben und berichtet, daß Sie vor der entscheidenden Abstimmung mit der ausdrücklichen Erklärung, sich der Stimme zu enthalten, - was bei Abwesenheit ja gar nicht möglich ist - die Sitzung kurzfristig verlassen haben. So haben Sie weder dafür noch dagegen gestimmt - nur ein großes Spektakel gemacht! Vor der Verantwortung bei der Abstimmung haben Sie sich gedrückt. Der neue MD und auch die SPÖ können Ihnen deswegen nicht böse sein. Die klare, ablehnende Haltung der ÖVP wegen der hinlänglich bekannten, unbefriedigenden Vorgänge um die Bestellung des MD - gegen Dr. Schmidl persönlich gab und gibt es ja keine Vorbehalte - hat zu starker Kritik der SPÖ auch uns gegenüber geführt.

Dies sind für uns einige Gründe, die die Doppel-Züngigkeit, Zweischneidigkeit der FPÖ aufzeigen. Bei den ursprünglichen Verhandlungen hätte den 10. StSitz die GAL bekommen sollen. Heute wäre das auch nicht mehr möglich, weil die Direktiven der Landespartei dies nicht gutheißen. Wenn ich noch bedenke, daß dem Vernehmen nach, wie man hört, ein Landespartei-sekretär Fuchs dieses Mandat bekommen möchte und auch sollte. Jener Fuchs, der in der vorletzten Broschüre der FPÖ erklärte: "... und zieht diesen Leuten bei der nächsten Wahl nicht nur das Hemd, sondern auch die Hose aus!" Wenn dieser Fuchs unbedingt Steyrer Stadtrat werden möchte, dann muß er wohl einem seiner Fraktionskollegen die Hose ausziehen, damit er in den Stadtsenat schlüpfen kann. Mithilfe der ÖVP wird ihm das sicher nicht gelingen!

Es ist ein Unterschied, ob Themen sachpolitisch bearbeitet bzw. aufgearbeitet werden, oder, ob sie der Popularität willen, weil man Wählerstimmen gewinnen oder auch verlieren könnte, blockiert oder abgelehnt werden. Sicherlich wäre es für uns interessant, das Zünglein an der Waage zu sein und bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den einzelnen Parteien zu feilschen, wem wir im StS unsere Zustimmung geben. Wir

wollen eine klare, sachliche Arbeit und wir wollen nicht - so wie die FPÖ - einen permanenten Wahlkampf führen, keine permanente Sachpolitik. Ich betone ausdrücklich WAHLKAMPF, weil es von oben verordnet und der Stil dieser Partei ist!

Wir lehnen diese Methode ab und werden auch dem Dringlichkeitsantrag nicht die Zustimmung geben!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Als nächster hat sich Herr Koll. Oskar Holub zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich muß ganz schnell aufstehen, bevor das allgemeine Hick-Hack beginnt und weitergeht. Ich möchte nur seitens der GAL folgendes feststellen:

Für uns kommt das sehr überraschend. Wir waren überrascht, daß die SPÖ zugestimmt hat, daß dieser Antrag heute gestellt wird. Wir haben eher damit gerechnet, daß bei der nächsten Sitzung darüber gesprochen wird. Für uns war also keine Zeit, sich in der Fraktion damit auseinanderzusetzen. Grundsätzlich wäre es natürlich für die GAL interessant, im StS zu sitzen und mehr mitgestalten und mitbestimmen zu können. Wir sind auch der Meinung, daß eine Patt-Stellung dem StS in vielen Bereichen ganz gut täte. Aber heute, in dieser Geschwindigkeit

kann ich mir nicht vorstellen, daß wir diesem Antrag die Zustimmung geben. Wir werden uns aber nicht gänzlich verweigern, sondern uns der Stimme enthalten.

Wenn in Zukunft Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden bezüglich Arbeit im StS, werden wir gerne bereit sein, hier mitzureden. Wir hätten uns auch vorgestellt, falls eine breite Diskussion darüber möglich ist, mitzusprechen. Aber - wie gesagt - für uns kommt es heute zu überraschend und zum momentanen Zeitpunkt ist es uns unmöglich, so zuzustimmen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Nächster Debattenredner ist Koll. StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Obwohl Herr Dr. Pfeil sehr ausführlich die Begründung des Dringlichkeitsantrages der FPÖ-GR-Fraktion dargelegt hat, glaube ich, daß es notwendig ist, daß ich als Fraktionssprecher der Freiheitlichen GR-Fraktion zu meinen Vorrednern eine Stellungnahme abgebe und eben einiges dazu sage.

Ich habe vollstes Verständnis dafür, daß Koll. Sablik als Fraktionssprecher der SPÖ nicht unbedingt in Freude über unseren

Antrag ausbricht, aber ich habe doch in verschiedenen Aussagen feststellen können, daß er unseren Antrag gründlich mißverstanden hat. Ich glaube, es ist nicht angebracht, im Hinblick auf diesen Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen GR-Fraktion auf Aufstockung der StS-Mitglieder auf 10, davon zu sprechen, daß dies ein Brunnenvergifter-Antrag ist. Ich glaube nicht, daß der Hintergrund...

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich entschuldige mich, Roman!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke, ist zur Kenntnis genommen!

Wir wollen schon sehr deutlich herausstreichen, daß es uns nicht darum geht, das Wahlergebnis sozusagen auf kalte Art zu verändern. Wir sind auch nicht, meine Damen und Herren, das möchte ich mit aller Deutlichkeit klarstellen, die Verhinderer von verschiedenen Anträgen, sondern wir haben eben aufgrund des Wahlergebnisses die Verpflichtung, eine gewisse Linie, die uns von den Wählern vor- und aufgezeigt wurde und wird, zu verfolgen. Wir wollen auch nicht die Feuerwehr sein, die selbst einen Brand legt und dann, um gut dazustehen, diesen Brand löscht. Es ist uns wirklich darum gegangen, darauf hinzuweisen,

daß wir jene Veränderungen, die die Wahl nach sich gezogen hat, auch im StS umsetzen wollen und möchten. Das ist nur durch eine Veränderung möglich, weil eben die derzeitigen Verhältnisse im StS aufgrund der Besetzung der einzelnen Parteien sich so darlegen.

Ich glaube, das ist ganz legitim! Wer nämlich die Statuten betrachtet hat, weiß - Koll. Schloßgangl hat ja darauf hingewiesen -, daß es durchaus möglich ist, den StS nicht nur auf 10, sondern auf weitere Mitglieder aufzustocken. Aber das soll ja auch nicht der Sinn der Sache sein, ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nach dem Statut ist das Maximum 36. War nur eine sachliche Auskunft!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke, Hr. Koll. Zagler, für die sachliche Auskunft! In ihm bricht halt immer wieder der Lehrer durch, aber das ist eben so! Ich nehme es zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, es wäre also durchaus legitim und möglich, Veränderungen auch im StS durchzuführen. Das war der Hintergrund unseres Antrages. Nicht etwa, weil wir leichtfertig mit den Kosten unserer Steuerzahler umgehen. Ich glaube, daß die Steuerzahler durchaus Verständnis hätten. Und

gerade die Beschlüsse von einigen StS-Sitzungen, die doch mit dem Hintergedanken einer Mehrheit durchgebracht wurden, könnten in Zukunft durch mehr Vorgespräche wesentlich anders aussehen und auch mehr im Interesse der Bevölkerung durchgezogen werden.

Zum Koll. Schloßgangl, der gemeint hat, daß auf die Freiheitlichen kein Verlaß ist, wäre auch noch einiges hinzuzufügen. Du, Koll. Schloßgangl, hast die Wohnungsvergabe angesprochen. Ich habe ja bereits darauf hingewiesen, daß ich erstaunt war über die Darstellung des Verhaltens der Freiheitlichen in Eurer Zeitung und darf nochmals hier ganz klar und deutlich sagen, daß wir nicht mit fliegenden Fahnen in ein anderes Lager übergewechselt sind, sondern wir haben ein Ziel verfolgen wollen. Nämlich das Ziel, ein Punktesystem für die Wohnungsvergabe zu ermöglichen und zu erwirken. Genau das ist gelungen, meine Damen und Herren! Man darf doch jetzt nicht so tun, als wäre das nicht im Interesse der ÖVP gewesen, daß wir ein Punktevergabesystem haben. So hast Du Dich ja ausgedrückt und vorher hat Deine Fraktion die Zustimmung dazu gegeben.

Jetzt darf ich noch eines feststellen - das hast auch Du, Koll. Schloßgangl, gesagt -, nämlich, daß wir uns nicht

richtig verhalten hätten bei der Abstimmung über die Bestellung des Magistratsdirektors. Es war sehr bewußt, daß wir hinausgegangen sind. Und zwar nicht deswegen, weil wir uns nicht getraut hätten, dagegenzustimmen. Das möchte ich schon hier in diesem Gremium sehr deutlich zum Ausdruck bringen und ich habe es bereits auch im StS erwähnt. Uns ist es nicht um die Person des Hr. Dr. Schmidl gegangen oder etwa die Person des Hr. Dr. Schmidl bzw. seine Qualifikation in irgendeiner Form in Frage zu stellen, sondern es hat sich ja lange vorher abgezeichnet, daß man sich gar nicht einig ist, zumindest der Herr Bürgermeister hat die Auffassung vertreten, daß es gar nicht sicher ist, ob der StS überhaupt für die Frage der Bestellung des MD zuständig sei. Wir waren überrascht, nachdem wir einige Tage vorher die Unterlagen bekommen haben, daß auf der Tagesordnung die Bestellung des MD gestanden ist. Ich habe dann - hier darf ich mich nun wiederholen - zum Ausdruck gebracht, daß es gar nicht möglich ist, jetzt über eine Bestellung abzustimmen, wenn wir keine Unterlagen über die Bewerber haben, die laut Amtsbericht aufgeschienen sind. Weil es uns nicht um die Person des Hr. Dr. Schmidl gegangen ist, die wir abgelehnt haben, haben wir diesen Raum verlassen.

Nein, Koll. Holub, das ist nicht die Schlangenlinie, die Du hier anzeigst, sondern das war zweifelsohne - für jene, die es verstehen wollen - eine klare Haltung und Meinungsäußerung der Freiheitlichen im StS.

STADTRAT KARL HOLUB:
Slalom!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist wirklich lustig, wie man argumentiert, indem man hier ein Märchen aufischt. Ich habe nämlich heute etwas Neues erfahren; daß Fuchs Stadtrat werden soll, ist für mich wirklich völlig neu. Ich danke für den Hinweis. Ich muß ihn glatt fragen, ob das tatsächlich allen Ernstes von irgendjemandem behauptet wurde. Ich glaube nicht, daß es von ihm selbst behauptet wurde - am allerwenigsten von uns, weil wir über die personelle Besetzung, meine Damen und Herren, heute gar kein Wort verloren haben.

Ich möchte aber noch einmal klarstellen, meine Damen und Herren des GR, wir haben nicht im geringsten die personelle Besetzung ins Gespräch gebracht und Namen genannt. Das ist zweifelsohne nicht der Fall! Aber ich glaube, diese Klarstellung ist einfach deswegen notwendig, weil heute so viele unrichtige Dinge im Zusammenhang dieses Dringlichkeitsantrages der Frei-

heitlichen GR-Fraktion gesagt wurden.

Abschließend möchte ich mich noch dafür bedanken, daß Koll. Holub von der GAL erklärt hat, daß er in dieser Geschwindigkeit keine Entscheidung treffen kann und es zumindest in der Zukunft für angebracht hält, daß wir darüber nochmals diskutieren. Er wird sich der Stimme enthalten; ich hoffe, daß auch die beiden anderen Fraktionen zu demselben Ergebnis kommen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wünscht noch jemand das Wort, meine Damen und Herren? Bitte, Hr. Koll. Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Mir ist die Wichtigkeit des StS schon bewußt; wenn ich mir den § 44 unseres Stadtstatutes ansehe, wo die Rechte des StS-Mitgliedes geregelt sind. U. a. ist der StS, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, für die Anstellung oder Nennung von Beamten, deren Versetzungen und Ruhestand sowie die Entlassung zuständig. Ebenso für Kündigungen, die Gewährung von Verwendungszulagen - also für den gesamten Personalbedarf.

Er ist ebenso zuständig für die Gewährung von Subventionen - ein ganz wichtiger Punkt - bis zu einem Betrag von S 100.000,--

im Einzelfall. Weiters ist der StS zuständig für den Erwerb und die Veräußerung beweglicher und unbeweglicher Sachen und diesen gleich gehaltene Rechte sowie die Verpfändung von Liegenschaften, wenn der Kaufpreis bzw. die Pfandsumme S 500.000,-- nicht übersteigen. Für noch einen wichtigen Punkt ist er zuständig - nämlich für den Abschluß und die Auflösung von Verträgen, wenn das bedungene, einmalige Entgelt S 500.000,-- oder das jährliche Entgelt S 250.000,-- nicht übersteigen. Das sind sicherlich sehr wichtige Sachen und ich bin auch der Meinung, daß in der Vergangenheit durch die Mehrheitsverhältnisse im StS die eine oder andere Entscheidung gefallen ist, die uns wirklich nicht gefallen hat und in unseren Augen unrichtig war.

Die Entscheidung, auf Aufstockung des StS zuzustimmen oder nicht zuzustimmen, ist mir persönlich sicherlich sehr schwer gefallen. Aufgrund des vorher Gesagten und der Wichtigkeit des StS wäre man in meinen Augen auch eher dazu geneigt. Das auf der einen Seite. Auf der anderen Seite steht natürlich eine FPÖ gegenüber, die mit einer Parole in den Wahlkampf gezogen ist "Steyr wird anders!". Ein Leitspruch - muß ich zu meinem Bedauern feststellen -, der zumindest bis jetzt eher ein Lippenbekenntnis

gewesen ist. Wenn ich, Roman, an die Bestellung des Hr. Magistratsdirektors denke. Ja, wir waren uns einig, aber es hätte öffentlich in einer Tageszeitung ausgeschrieben gehört. Der Vorgang war sicherlich nicht richtig. Es war jedoch nicht unbekannt, daß bei der StS-Sitzung über die Bestellung des MD abgestimmt wird. Hier verstehe ich einfach die Freiheitliche Haltung nicht. Ja, ich verstehe sie doch. Die Freiheitliche Partei hat eben an die Zukunft gedacht. Sie wollte es sich mit dem neuen MD nicht vertun, hat nicht abgestimmt und den Saal verlassen.

Oder bei der objektiven Wohnungsvergabe - das hat Koll. Schloßgangl schon angeführt -, als unser Antrag, den wir vor einigen Wochen eingebracht haben, einfach abgeschmettert worden ist.

Oder, wenn ich an die ungerechtfertigten Angriffe auf unsere Fraktion in den letzten 3 Freiheitlichen GR-Kurieren denke. Nachher wurde vom einen oder anderen Vertreter gesagt, daß es nicht so gemeint war.

Mit einem solchen Verhalten stehe auch ich persönlich - obwohl mir die Entscheidung wirklich schwer gefallen ist - einer Erweiterung des StS derzeit nicht positiv gegenüber. Wie gesagt, eine Entscheidung, bei der ich mir sehr viele Gedanken gemacht habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Zweite Wortmeldung des Hr. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist wirklich der Fall eingetreten, daß zwei Fraktionen, die sich offensichtlich in der Vorgangsweise, wie der MD bestellt worden ist, einig waren, jetzt eine Diskussion darüber führen, was besser oder richtiger gewesen wäre - Stimmenthaltung, hinausgehen oder dagegen sein. Ich glaube, wir vergessen wirklich alle dabei, daß es eben der Herr Bürgermeister war, der für diese StS-Sitzung keine Informationen gegeben hat. Er hat keine Information gegeben, wer nach der Objektivierungs-Kommission der bestgeeignete Kandidat ist; das war uns bis zum Sitzungsbeginn nicht bekannt. Ich habe einen Tag vorher versucht, Informationen zu bekommen. Es ist mir aber nicht gelungen.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Dann hätten Sie NEIN sagen sollen, Hr. Dr.!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darüber kann man nun wirklich diskutieren. Mit einem NEIN stimme ich gegen die Person.

Darüber möchte ich Sie schon aufklären, Herr Spöck!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sich der Stimme enthalten, ist eine Vorgangsweise, die ein Mißfallen mit der Vorgangsweise kundtut. Bei einem Dagegenstimmen stimme ich inhaltlich gegen den Antrag. Wenn Sie mich schon fragen, muß ich Ihnen sagen, daß ein NEIN-STIMMEN schon eine NEIN-STIMME zur Person ist, zum Antrags-Inhalt. Ich glaube, wir sollten das wirklich nicht ausdiskutieren und dabei vergessen, was vorher passiert ist. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Koll. StR Zagler ist der nächste am Wort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:

In einer so delikaten Angelegenheit ist es natürlich schwer, die "Katze aus dem Sack" zu lassen, denn vielleicht wird bei einem der nächsten Anlässe dann gerade das Argument, das man hier bringt, - um zu bestärken, daß ein 10. StS-Sitz mehr als unangebracht ist - verwendet, um so Mehrheiten zu finden. Was ich bislang von Dr. Pfeil als auch von Roman Eichhübl gehört habe, war

eigentlich nur eines: Machtverhältnisse zu ändern, einen sogenannten Verhinderungsstadtrat zu beschließen, der auch einiges Geld kostet, und in keiner Weise war irgendwo die Rede davon, daß hier vielleicht für eine konstruktive Arbeit und für eine bessere Referatsverteilung ein Handlungsbedarf besteht. Einzig und allein unser Vizebürgermeister Sablik hat auf die fast schon an die physischen Grenzen gehende Belastung der StS-Mitglieder hingewiesen und auch angekündigt bzw. angedeutet, daß man diese Überlegung bedenken muß. Er hat das Beispiel von Wels angezogen, wo eben eine Reihe hauptamtlicher Funktionäre zum Wohle der Stadt tätig sind.

Ein Argument für diesen heutigen Antrag wurde vorgebracht - der Arbeitsstil passe nicht. Dazu muß ich klarerweise auch eines festhalten. Auch bei allen Prozentverlusten, die die Liste, auf der ich am 6. Oktober gestanden habe, verzeichnete, ist trotzdem noch ein sehr beachtlicher Abstand zum Drittplazierten, - wenn man die Nichtwähler-Partei als zweite Kraft in Steyr anspricht - zur FPÖ vorhanden. Und zwar ein einigermaßen dramatischer Unterschied. Es ist eben so - auch in anderen Bereichen -, daß der, der mehr Verantwortung vom Wähler übertragen bekommen hat, auch mehr den Stil vorgeben

muß. Daß dies kein schlechter Stil sein soll, haben wir meiner Meinung nach seit dem 6. Oktober, besser gesagt, seit der Konstituierung am 7. November in den meisten Fällen - was ja auch die Beschlußlage beweist - gemacht und durchgeführt.

Wenn Roman Eichhübl sagt, er geht mit seiner Fraktion die Linie, die der Wähler ihm vorgezeigt hat, und ein Zwischenruf sagt, dies sei eine Schlangenlinie und die Korrektur dahin geht, daß es ein Slalom ist, dann möchte ich eher von einer Asketengruppe sprechen. Askese ist also die Enthaltsamkeit, die bei der FPÖ in einem Höchstmaß überall dort angesiedelt ist, wo man sich dem Wähler nicht gerade ins Gesicht zu sagen traut, so oder so die Stellung zu beziehen; also wird jeder Antrag in irgendwelchen Passagen bekritelt und daraus eine Enthaltung oder gar ein Auszug aus einem Gremium veranstaltet. Ich weiß schon, gerade Eure Partei, lieber Dr. Pfeil und lieber StR Eichhübl, ist in den Medien diesbezüglich sehr gut behandelt und es wird das wahre Gesicht hier noch nicht so deutlich hergezeigt.

Wir haben heute auch schon die Klage von Dr. Pfeil gehört, wie uninformatiert er in vielen Angelegenheiten ist. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß der 10. Stadtrat - wenn schon kein "Verhinderungs-Stadtrat" - ein

weiterer "Uninformierten-Stadtrat" sein soll.

Zum Stil zurückkommend. Auch ich versuche, Arbeitsstil über die Fraktionsgrenzen hinweg zu pflegen und das darzustellen. Sowohl im Finanz- als auch im Personalbereich. Ich habe hier vor einigen Monaten bei der Budget-Sitzung die Vorgangsweise, wie es zum Budget gekommen ist, beschreiben dürfen. Also die Verhandlungen, die wir mit allen Partnern gepflogen haben - mit der ÖVP, mit der GAL, die sich nach schwerem Ringen - aber immerhin dann doch und ich hoffe, nicht zu ihrem Nachteil - für eine gemeinsame Budgetarbeit entschließen konnten. Nur Ihr von der FPÖ - und ich kann nur bekräftigen, was der Fraktionssprecher der ÖVP, StR Schloßgangl, gesagt hat - ward von dieser Verhandlungsrunde so angetan, daß Ihr sozusagen fast zugestimmt hättet, die Hand war schon hingestreckt. Beim nächsten Gesprächstermin war jedoch alles wieder anders. Wenn das der Arbeitsstil sein soll, der Euch vorschwebt, dann kann ich dem nichts abgewinnen.

Noch ein Beispiel für den Arbeitsstil unserer Partei bzw. unserer Einstellung und Gesinnung. Wir haben viele Jahre die Forderung gehabt, mit allen Parteien mittelfristige Finanzplanung zu machen. Letztendlich hat auch der Rechnungshof

kritisiert, daß eine Stadt wie Steyr so etwas noch nicht hat. Ich habe mir erlaubt, an die Fraktions-Obmänner der Fraktionen am 23. März einen Brief zu schreiben, in dem die Einladung war, Vorschläge abzugeben. Das einzige, was ich aus dem Brief der FPÖ, der von Hr. Dr. Pfeil und Hr. Eichhübl unterschrieben war, herausgelesen habe, war eine Nullbudgetierung; drehen wir alles zurück. Projekte gibt es für die nächsten Jahre von 1992 bis 1996 leider keine. Wenn das der Stil ist, den Ihr zu machen pflegt, dann muß ich sagen, daß ich mir das so nicht vorstellen kann. Ein Miteinander bedeutet, auch miteinander Gespräche zu führen, miteinander zu kommunizieren und auf Einladungen, die ergehen, auch entsprechend zu antworten. Nicht nur eine Antwort zu geben, um ein Alibi aufzubauen, das man ohnehin geschrieben hat, ohne in der Sache etwas beizutragen.

Weil es in der heutigen Sitzung auch ein Thema war und ist, möchte ich noch zur Bestellung unseres Magistratsdirektors kommen. Die Ausschreibung erfolgte - das ist jedoch satzungsmäßig bekannt - rechtzeitig und den Vorschriften und den Gesetzen entsprechend im Amtsblatt für Oberösterreich - also im Amtsblatt als Beilage zur Linzer Zeitung. Zusätzlich haben wir das auch im Steyrer Amtsblatt ausgeschrieben. Ich freue mich -

nein, ich kann mich nicht mehr so freuen, weil die Vertreter der Tagespresse nicht mehr anwesend sind; ansonsten könnte ich das noch einmal bestärken und bekräftigen. Die Meinungen der FPÖ und auch der ÖVP dazu, die Ausschreibung sei nicht österreichweit erfolgt - obwohl ich persönlich auch bezweifle, daß wir dadurch mehr Bewerber bekommen hätten, denn der, der an einem so hochkarätigen Posten interessiert ist, erfährt das in den seltensten Fällen aus einer Ausschreibung. Wenn also hier auch das Interesse der Medien vorhanden gewesen wäre, österreichweit auszuschreiben, dann hätten sowohl die OÖN als auch die Kronen Zeitung in ihrem ersten Bericht über diese "Schweinerei" es nur auf eine andere Seite drucken brauchen. Nicht auf die Seite der Steyrer Beilage bzw. der Regional-Beilage, sondern in den redaktionellen Teil, der in OÖ, Salzburg, Wien und NÖ etc. bei den Nachrichten gelesen wird und bei der Kronen Zeitung ebenfalls dort. Das ist jedoch nicht geschehen!

Eines kann ich auch bestätigen: StR Eichhübl hat gesagt, daß Fuchs nicht Stadtrat wird. Das habe ich auch nicht gehört; ich habe gehört, er wird Vizebürgermeister. Die Quelle sage ich aber hier nicht!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung?
Bitte, Hr. StR Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte schon zu dem
Freiheitlichen Antrag noch ein
paar Gedanken einbringen. Vor
allen Dingen möchte ich auch
schildern, wie es mir geht dabei
- für jene, die es interessiert.
Jene, die es nicht interessiert,
müssen ja nicht zuhören.

Die Phantasie, die nach dem
Bekanntwerden des Wahlergeb-
nisses in Steyr groß wurde, daß
man Steyr jetzt so weit ändern
könnte, daß man in der Stadt
doch ein Gespräch erzwingt, war
eine große. Ich mache kein
Geheimnis daraus, daß ich selbst
sehr viele - leider leere - Kilo-
meter gemacht habe, um hier
Einigkeiten zustande zu bringen,
die sich dann doch nicht in die
Tat umsetzen ließen. Die
Phantasie der Steyrerinnen und
Steyrer in ein demokratisches
Klima im Rathaus, war sicherlich
vor der Wahl auch schon gegeben,
sonst hätte es dieses Wahl-
ergebnis nicht gegeben. Auch
klar.

Es war offensichtlich so, daß der
Steyrer mit den einen oder
anderen Äußerungsformen der
Mehrheit nicht ganz einver-
standen war, sonst hätte er die
Mehrheit wieder zu der Mehrheit
ausgestattet, die da war.

Natürlich ist die ÖVP nicht der
strahlende Sieger dieser Wahl
gewesen; wir maßen uns das
nicht an. Natürlich hat die
Freiheitliche Partei einen Erd-
rutsch nach oben mitgemacht,
der atemberaubend war. Das ist
ebenfalls unbestritten. Auch der
GAL ist zu ihrem Ergebnis zu
gratulieren. Ich möchte aber
jetzt nicht wieder alte Reden
aufwärmen, sondern nur sagen,
das war die Stimmung, wie wir
versucht haben, nachzudenken,
wie man im Gespräch mit-
einander, zum Besten für Steyr,
Dinge verändern könnte. Zum
besten für Steyr! Es begab sich,
daß Gespräche in ihrem Inhalt
verkehrt kolportiert wurden und
es begab sich, daß genau einer
der Gesprächspartner nicht müde
wurde, in zahlreichen Gazetten -
mir fällt dafür kein besseres
Wort ein - den anderen Ge-
sprächspartner niederzumachen,
so gut er nur konnte. Othmar
Schloßgangl hat es schon ge-
schildert: "Zieht Ihnen das Hemd
aus und nehmt Ihnen die Hosen
weg!" Eine wahrhaft demo-
kratische Meisterleistung! Ich
persönlich bin ungeheuer "ge-
bauchpinselt" über die Aussage,
daß ich von meiner Fraktion nur
ein Geduldeter in diesem GR bin
und sonst ohnehin nichts mehr zu
sagen habe.

Wenn man faire Sprache will,
glaube ich, sollte man auch faire
Töne anschlagen. Und dann so tun,
wenn man einmal ein deutsches

Wort sagt, wie ich heute in dieser GR-Sitzung - wahrscheinlich war es ohnehin viel zu spät und man hätte es früher machen sollen -, aber dann so zu tun, als ob dadurch gute Sitten verworfen würden, oder durch einen Zwischenruf die Ordnung gefährdet wäre, oder, wenn man einen Vorgang als nicht richtig schildert, man da jemandem an die Ehre geht, und dann noch zu erwarten, daß man begeistert, mit wehender Fahne in das Lager dessen übergehen wird, der sagt, jetzt will ich mehr Einfluß im Stadtsenat haben, damit ich Steyr verändern kann, das nenne ich - nicht ganz zu unrecht - ein wenig realitätsfern und jedenfalls überzogen. Mir ist leid darum, daß das Klima des Miteinander-Verändern-Könnens so ruiniert wurde - nicht durch uns, nicht durch die Grünen; wer bleibt denn über, Herr Dr. Pfeil?

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Vielleicht kann man doch diesen Beitrag damit beenden, daß man den Rat an die Freiheitlichen weitergibt: "Nehm't den Fuchs etwas an die Leine, ich glaube, er beißt allzu wild!"

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung?
Keine weitere Wortmeldung.

Ich möchte nur ganz kurz etwas sagen, weil ich doch auch mehrfach persönlich angesprochen wurde. Ein böses Wort von Ihnen, Herr Koll. Pfeil, möchte ich schon zurückweisen. Sie haben mir nämlich unterstellt, ich hätte breite Zusammenarbeit versprochen - das ist ja richtig - und ich meine, daß ich diese auch praktiziere. Ich bemühe mich sehr darum und es gibt auch eigentlich die Beweise. Dann haben Sie mir aber einen Mißbrauch unterstellt - Mißbrauch im Stadtsenat. Ich muß ehrlich sagen, das ist ein böses Wort, denn das einzige, das Sie mir wirklich vorwerfen können, ist, daß wir ein einziges Mal eine Mehrheitsentscheidung getroffen haben. Mit den Stimmen der Sozialdemokratischen Mitglieder des StS haben wir den MD Dr. Schmidl bestellt. Ich sage Ihnen, Hr. Dr. Pfeil, es ist legitim, Mehrheitsentscheidungen herbeizuführen in einer demokratischen Gesellschaft. Davon lebt das System in Wirklichkeit. Das sollten wir uns klarmachen und es kann nicht von einem Mißbrauch gesprochen werden. Ich weise das wirklich entschieden zurück.

Gerade in der Angelegenheit "Dr. Schmidl" möchte ich sagen, daß zwei Rechtsmeinungen vertreten wurden. Jedenfalls haben meine Rechtsauskünfte, die ich ein-

geholt habe, ergeben, daß nach der Begutachtung - also die Ausschreibung ist sowieso nach den Buchstaben des OÖ. Objektivierungsgesetzes erfolgt, das haben auch die Fraktionen akzeptiert und im StS und auch im Personalbeirat zum Ausdruck gebracht. Sie waren nur der Meinung, es hätte eine größere und breitere Publikation stattfinden sollen. Auch diese Meinung ist legitim. Ich lege jedoch wert darauf, daß wir genau das Gesetz eingehalten haben. Das haben wir getan - ich stelle es nur noch einmal fest.

Zweitens hat sich die Begutachtungskommission damit beschäftigt und eine Empfehlung abgegeben. Es steht in diesem Gesetz nicht, daß der StS das beschließen müßte und es war die Rechtsauskunft, die ich gehabt habe, eine solche, die dahingegangen ist, daß ich nach Empfehlung der Begutachtungskommission die Bestellung des MD vornehmen soll und kann. Ich habe bewußt, um auch hier eine breitere Grundlage für diese so wichtige Entscheidung zu haben, die Angelegenheit in den StS gegeben. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß Dr. Schmidl mein Wunschkandidat ist und es freut mich auch im nachhinein noch, daß eigentlich von keiner Seite die Qualifikation in Frage gestellt wurde und wird. Anscheinend hätten wir ohnehin keinen anderen bestellt, so zeigt

sich doch die Situation. Wir hätten aber noch eine etwas längere Diskussion und einige Hearings durchgeführt mit Leuten, die wir ohnehin ganz genau kennen, wenn wir uns das Feld der Bewerber ansehen. Wahrscheinlich hätte es keine Entscheidung gegeben und ich finde das gar nicht so gut, wenn keine Entscheidungen getroffen werden. Ich bin der Meinung, daß die Vorgangsweise jedenfalls legitim war und man von einem Mißbrauch nicht reden sollte. Man kann anderer Meinung sein und ich akzeptiere das. Ich akzeptiere auch, daß sich andere Fraktionen andere Vorgangsweisen vorstellen. Ich darf Ihnen versichern, meine Damen und Herren, ich mache das auch manchmal.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Fraktion. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, der möge ein Zeichen der Zustimmung geben. 8 Stimmen (FPÖ). Wer gegen diesen Antrag ist, soll bitte ebenfalls ein Zeichen mit der Hand geben. 21 Gegenstimmen (16 SPÖ und 5 ÖVP). Danke sehr. Wer sich der Stimme enthält, soll sich ebenfalls äußern. 2 Stimmenthaltungen (GAL). Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nun ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf bekanntgeben,

daß wir um S 33.872.283,--
Beschlüsse gefaßt haben.
Damit kommen wir zur Aktuellen
Stunde. Wer möchte von der SPÖ-
Fraktion ein Thema ansprechen?
Koll. Spanring bitte.

STR LEOPOLD TATZREITER. GR
HERMANN BACHNER. GR RICHARD
GOLLATSCH UND GR FRANZ
ROHRAUER VERLASSEN UM 19.48
UHR DIE SITZUNG.

Beginn der Aktuellen Stunde: 19.50 Uhr

GEMEINDERAT ING. DIETMAR
SPANRING:

Sehr geehrte Herren Bürger-
meister, meine Damen und Herren
des Stadt- und Gemeinderates.
Ich möchte - um nicht zu sagen
ich muß - die heutige Aktuelle
Stunde zu einer sehr un-
erfreulichen Berichterstattung
benützen. Es handelt sich dabei
um die jüngsten Schreckens-
meldungen aus dem Standort der
Steyr-Daimler-Puch AG, der
Steyr Antriebstechnik.

Am 29. April wurde die Be-
legschaftsvertretung von der
Geschäftsführung der Steyr An-
triebstechnik über die neuesten
Wirtschaftsdaten des Unter-
nehmens informiert. In den
letzten Monaten gab es vor allem
seitens der Hauptkunden der
Antriebstechnik - SLT, SNF und
aus der Türkei - eklatante
Auftragsrückgänge. Die Steyr
Landmaschinentechnik in St.

Valentin hat gegenüber dem
Budget einen Rückgang von etwa
30 %. Die Steyr Nutzfahrzeuge
hat beim Steyrer LKW gegenüber
dem Budget einen Rückgang von
26 % und in der Türkei, wo
Getriebe in Traktoren eingebaut
werden, gibt es ab dem 2.
Halbjahr überhaupt kein Trieb-
werk mehr.

Auftragsrückgänge, welche so-
fort wirksam, aber auch das 2.
Halbjahr 1992 und das erste
Quartal 1993 einschließen. Auf-
tragsrückgänge, welche die Steyr
Antriebstechnik das Geschäfts-
jahr 1992 nicht mit einem durch
noch laufende Entflechtungs-
aktivitäten und Entwicklungs-
arbeiten budgetierten 100 Mil-
lionen-Schilling-Verlust, son-
dern mit einem zumindest
verdoppelten Abgang, abschlie-
ßen läßt.

Diese Geschäftsvorschau ver-
anlaßte nun die Geschäfts-
führung, dem zu erwartenden
Verlust durch Personalabbau zu
begegnen. Der Belegschafts-
vertretung wurde daher am 29.
April mitgeteilt, daß ein Per-
sonalüberhang von 200 Mit-
arbeitern - das sind 150 Lohn-
empfänger und 50 Ge-
haltsempfänger - gegeben sei
und diese Mitarbeiter abgebaut
werden müssen.

Ich möchte dazu sagen, daß dies
traditionelle Betriebsführung
ist. Die Steyrer Bevölkerung hat
sie viele Jahre lang erliden
müssen! Die Annahme, daß durch

die Neustrukturierung der Steyr-Daimler-Puch AG das "Kündigungsgespenst" aus unserer Region verschwunden ist, hat sich als trügerisch erwiesen. Die neuen alten Führungsgarnituren agieren getreu ihrer Vorbilder, Lehrherren und Protektionisten. In der Folge fanden bis zum heutigen Tag drei Gesprächsrunden mit Vorstand, Geschäftsführung, Personalabteilung und Betriebsrat statt. Es gab keine Verhandlungen - ich möchte das hier ganz klar sagen, auch vor der Presse -, sondern Gespräche, die natürlich keine Ergebnisse über etwaige Vorgangsweisen erbrachten. Zu allem Unglück für den Betrieb ist am 11. Mai unser Vorstandsvorsitzender, Generaldirektor Otto Voisard, gestorben. Voisard übernahm 1986 den Vorsitz und leitete die tiefgreifenden Restrukturierungsmaßnahmen in unserem Betrieb ein. Unter seiner Führung gab es 1990 - erstmals nach vielen Jahren - bei Steyr-Daimler-Puch wieder Dividenden. Er war vor allen Dingen - und das ist es, was uns jetzt doppelt trifft - ein Mann, der sich voll zum Standort Steyr bekannte, der den Standort im Vorstand und Aufsichtsrat bis zu seinem tragischen Ableben mit der ganzen Kraft seiner Person vertrat, der die Steyr Antriebstechnik und die Steyr Landmaschinentechnik wollte. Er

hat immer auf die enge Verkettung der beiden Betriebe hingewiesen - eine Verkettung, deren Tragweite auch einmal gesagt werden muß: Zur Zeit kann keiner der beiden Betriebe - die Steyr Landmaschinentechnik in St. Valentin und die Steyr Antriebstechnik - für sich alleine überleben. D. h., einer ist vom anderen abhängig, einer allein kann zur Zeit nicht überleben! Es gibt für beide Werke - Standort Steyr und Standort St. Valentin - nur miteinander eine Zukunft. Wenn in einem Werk etwas passiert, ist das andere auch zum Scheitern verurteilt.

Nun zum weiteren Terminus. Nach dem morgigen Begräbnis von Generaldirektor Otto Voisard, die Belegschaft der Werke wird ihm immer ehrend gedenken, findet ein Gespräch zwischen Geschäftsführung und Vorstand und am Mittwoch, 20. Mai, der Aufsichtsrat der Steyr-Daimler-Puch AG statt. Im Anschluß an diesen Aufsichtsrat, wo an sich noch nicht bekannt ist, welche Aufträge seitens des Aufsichtsrates an die Geschäftsführung, an den Vorstand erteilt werden, werden wieder interne Gespräche - hier betone ich "interne Gespräche" - und, wenn möglich, Verhandlungen aufgenommen. Verhandlungen, deren Ziel und Ergebnis Personalanpassungs-Maßnahmen sicherlich nicht verhindern werden

können. Die jedoch in einem weitgehend sozial vertretbaren Rahmen gefaßt werden. Und weiters Verhandlungen, die abgesicherte und zukunftsorientierte Arbeitsplätze in aktiven Betrieben ergeben müssen. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren des GR, von dieser Stelle aus aufrufen, der Belegschaft der Steyr Antriebstechnik über alle Parteigrenzen hinweg einerseits moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen und andererseits, in Ihren Gremien für die Zur-Verfügung-Stellung Steyrer Produkte und landwirtschaftlicher Geräte mitzuwirken.

Zum Abschluß noch eine Bemerkung zur Nachfolge von Generaldirektor Otto Voisard. Dr. Rudolf Streicher wäre aufgrund seines bekannten Profils, seiner internationalen wirtschaftlichen Erfahrung, seines Durchsetzungsvermögens und seiner Abstammung sicher willkommen - unter anderen vorstellbaren Kandidaten auch ein Kandidat. Nur ist er nicht greifbar, da er am 24. Mai von uns zum Bundespräsidenten gewählt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Seitens der Freiheitlichen Fraktion? StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Ich

kann nur mit Bedauern diesen Bericht vom Koll. Spanring zur Kenntnis nehmen. Wirklich mit tiefstem Bedauern, das kann ich Ihnen versichern - und das auch im Namen der gesamten Freiheitlichen GR-Fraktion. Wir haben ja leider in den vergangenen Jahren des öfteren nicht sehr erfreuliche Meldungen aus dem Bereich der Steyr-Werke hören müssen und so ist es auch heute der Fall.

Als werksaußenstehende Person kann ich nur dem Aufruf des Koll. Spanring folgen, daß wir der Belegschaft selbstverständlich die moralische Unterstützung zukommen lassen und - soweit es in unserer Macht steht, soweit es die Möglichkeit jeder einzelnen Person ist - dafür Sorge zu tragen, daß Steyrer Produkte gekauft werden, um hier zumindest eine geringe Hilfestellung zu leisten.

Mehr kann ich heute gar nicht dazu sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Für die ÖVP hat sich Koll. StR Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Natürlich sind wir von der ÖVP ebenso erschüttert gewesen wie alle anderen, als die schlechten Nachrichten aus dem Geschäftsfeld der Steyr-Daimler-Puch AG - oder dem ehemaligen Feld der Steyr-Daimler-Puch AG

- gekommen sind. Natürlich fürchten wir mit den Mitarbeitern um das weitere Schicksal. Ich bedanke mich bei Dir, Dietmar, daß Du den GR informiert hast über die aktuellen Daten. Als Werksaußenstehender kann auch ich nicht konkret um Werksinternes sprechen. Ich kann nur eines tun, nämlich von hier aus den Appell der ÖVP, deren Obmann ich ja bin - darum habe ich mich auch bei diesem Gegenstand zu Wort gemeldet - ich kann also nur den Appell an das Werk richten, wenn schon Maßnahmen unerläßlich sind, dann muß man an die soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen denken.

Den gleichen Appell richte ich auch an die Betriebsräte. "Bitte schützt die Leute, die am 'schützenswürdigsten' sind! Bitte, schützt diesmal mehr als früher die alleinverdienenden Frauen, die in Gefahr sind, davor, um ihren Broterwerb zu kommen!"

Ich weiß von einer Frau, die 48 Jahre ist, alleine verdienen muß, ein Kind erhält, das sich noch nicht selbst erhalten kann. Sie steht auf der Liste. Genau diese Leute sollten eigentlich den Schutz der Personalvertreter finden. Hier gibt es eine ganze Reihe Beispiele, die nebeneinander arbeiten. Der- oder diejenige, die es sich am leichtesten richten könnte, ist verschont und diejenigen, die am

härtesten getroffen sind, sind betroffen. Ich glaube, davor müssen wir Angst haben in der Region, daß zu dem Unglück, das Arbeitslosigkeit allemal bedeutet, auch noch das soziale Unrecht dazukommen kann.

Wir haben tiefen Respekt vor der Sorge der Menschen und ich persönlich kenne das Gefühl der 15jährigen Kinder, die jetzt nicht wissen, wird der Vater eine Arbeit haben oder nicht. Ich habe es selbst erlebt, weil ich nämlich auch 15 Jahre alt war, als mein Vater arbeitslos wurde und keine Arbeit bekommen hat. Ich kann es mitempfinden, was das bedeutet! Das muß der eine oder andere vielleicht gar nicht verstehen, weil ihm diese Situation Gott sei Dank erspart geblieben ist.

Wenn es schon unabweichbar sein sollte, dann bitte ich wirklich alle, die hier mitwirken können, um größtmögliche soziale Gerechtigkeit. Natürlich - weil Du das tragische Ableben des Generaldirektors Voisard angezogen hast - bringe ich auch hier die Erschütterung der Österreichischen Volkspartei in Steyr über das Ableben zum Ausdruck. Ich glaube, daß Otto Voisard wirklich ein Mensch war, der - am Anfang viel verkannt - doch das Beste für die Region wollte und der einiges "abfedern" mußte, was seine Vorgänger schon in die Wege geleitet haben. Ein Name ist heute von Dir

genannt worden - in einer Einschaltung eines Personenkomitees offenbar. Aber wir sollten auch daran denken, daß die zukünftigen Entscheidungen auch in der Steyr-Daimler-Puch AG unter dem Eindruck der historischen Entscheidungen zum besten gewünscht werden können. Mehr können wir ja nicht tun von diesem Raum aus. Möge der Aufsichtsrat, der dann die Personalentscheidungen trifft, die richtigen Entscheidungen treffen. Und möge sich auch der Aufsichtsrat, der ja das Kapital vertritt, vom Gesichtspunkt der Menschlichkeit leiten lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Möchten die Vertreter der GAL noch Stellung nehmen? Nicht mehr der Fall.

Ich kann auch nur hinzufügen, daß es ein schwerer Rückschlag für die ganze Region ist. Wir alle haben geglaubt, daß wir die Umstrukturierungen zu einem großen Prozentsatz "über dem Berg" haben. Wir haben gewußt, daß wir noch nicht ganz darüber sind, daß z. B. die Sache mit dem Gußwerk noch ausständig ist. Eigentlich trifft es die SAT und die Steyr-Daimler-Puch AG am "falschen Fuß", das hier eine rückläufige Entwicklung der Konjunktur stattgefunden hat und daß dieser Vertrag, dieser Zusammenarbeitsvertrag leider geplatzt ist. Man muß das also so

sehen, daß damit eine Perspektive verloren gegangen ist, nicht nur die Aufträge, sondern auch eine Zukunftsperspektive. Es scheint mir ein Problem zu sein und ich pflichte bei, daß es nur in enger Abstimmung und miteinander geht, denn der Betrieb selbst ist sehr klein geworden. Man muß die Gefahren sehen, die damit verbunden sind, wenn dieses Unternehmen auf rund 1.000 Mitarbeiter schrumpft und die hohen Kosten weiter vorhanden bleiben. Wir können nur den Betriebsräten und der Unternehmensführung wünschen, daß sie gemeinsam die richtigen Möglichkeiten finden, um am besten aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Das Bemühen der Betriebsräte, soziale Härten zu vermeiden, ist mir aus eigener Erfahrung bekannt. Ich bin überzeugt, daß sie es versuchen; es ist nur so, daß der Kreis jener, die für eine Kündigung zur Verfügung stehen, schon sehr klein geworden ist. Alle jene, die in der Vergangenheit sozusagen vor dieser Krisen-Härte beschützt werden konnten oder jedenfalls nicht betroffen waren, sind eben jetzt wieder von einer solchen Entscheidung gefährdet.

Es kommt auch noch dazu, daß der Generaldirektor verstorben ist. Ich glaube, es muß sehr schnell versucht werden, andere Verhältnisse zu schaffen. Wo wir

können, werden wir uns bemühen, Euch zu unterstützen, das Unternehmen zu unterstützen - bei unseren Auftragsvergaben machen wir das ohnehin immer, aber das ist natürlich ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ich glaube, daß für dieses Unternehmen eine neue Zukunftsperspektive gefunden werden muß und dies scheint mir wirklich nur möglich zu sein, wenn es gelingt, hier in irgendeiner Form die Zusammenarbeit mit einem Partner zu finden, weil wirklich nur eine größere Stückzahl das Überleben gewährleisten kann.

Hat die FPÖ-Fraktion auch ein Thema für die heutige Aktuelle Stunde? Bitte, Fr. Kollegin Thurner.

GEMEINDERAT SUSANNE THURNER:
Werte Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Zunächst muß ich sagen, daß ich als junger Mensch wirklich enttäuscht darüber bin, mit welcher Art und Weise hier Politik betrieben wird. Es wird sehr viel sinnvolle Zeit verschwendet und gleiche Themen werden immer wieder durchgekauert. Ich bin überzeugt davon, daß Sie mit dieser Art und Weise die Jugend sicher nicht für die Politik interessieren werden. Nur so viel dazu - das ist meine eigene Meinung.

Nun zur Aktuellen Stunde. Diese werde ich heute nicht dazu benutzen, um ein Problem aufzugreifen, sondern ich möchte Ihnen heute einige Vorschläge machen. Wie Sie sich alle denken können, bin ich aufgrund meines Alters mit sehr viel Jugend in Kontakt. Eigentlich höre ich immer wieder den gleichen Vorwurf: In Steyr tut sich nichts! In Steyr ist nichts los! Steyr kann man vergessen, fahren wir nach Linz, Wien oder sonst wo hin.

Zum einen ist daran sicher die Gastronomie in Steyr schuld, wofür die Stadt Steyr sicherlich nichts kann. Zum anderen betrifft unser Kulturangebot in Steyr, das ich nicht schmälern möchte, immer nur einzelne Gruppen. Wir haben wirklich keine Veranstaltungen - außer das Stadtfest, das einmal im Jahr stattfindet -, die die Allgemeinheit ansprechen. Veranstaltungen, an denen ein großer Personenkreis teilnehmen kann. Aus diesem Grund möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, endlich im Vorwärts-Stadion Veranstaltungen zu machen. Ich muß jetzt aber gerechterweise dazu sagen, daß ich vorher gehört habe, daß ein Open-Air-Konzert im Stadion geplant ist. Stimmt das?

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:
Das ist richtig!

GEMEINDERAT SUSANNE THURNER:
Darüber freue ich mich natürlich sehr und das kann ich nur begrüßen. Ich möchte auch die Mitglieder des Kulturausschusses bitten, sich dahinterzusetzen, daß in dieser Richtung mehr geschieht und daß mehr Veranstaltungen dieser Größenordnung gemacht werden. So viel zum ersten Vorschlag.

Der zweite Vorschlag ist jener - so große Veranstaltungen, wie z. B. ein Open-Air, werden max. nur 3 - 4 Mal im Jahr oder in der warmen Sommerzeit abzuhalten sein. Aus diesem Grund möchte ich einen zweiten Vorschlag machen - jetzt werde ich es richtig formulieren, Hr. StR Schloßgangl: Wir haben doch in Steyr einen wunderschönen Schloßpark. Es ist doch auch hier möglich, im Schloßpark Konzerte zu veranstalten, Kinderveranstaltungen, Freiluft-Theater usw. zu machen, oder vielleicht die ganzen Straßenmusikanten vom Stadtplatz dort hinaufzuverlegen. Dazu ist mir noch eine Idee eingefallen. Die Stadtgärtnerei ist doch dort oben im Schloßpark und die haben auch eine große Halle, in der das ganze alte Werkzeug gelagert ist. Ich weiß nicht, inwieweit das realisierbar ist, ich möchte es nur vorschlagen, denn ich könnte mir ganz gut vorstellen, daß diese alte Halle als Veranstaltungshalle benützt werden könnte, wenn man das Werkzeug

herausräumt und woanders unterbringt.

Zum Schluß kann ich nur die Mitglieder des Kulturausschusses bitten, in dieser Richtung aktiv zu werden und ich bin überzeugt, daß die Steyrer dafür dankbar sein werden. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion dazu eine Wortmeldung? Bitte, Hr. Kollege Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Ich möchte kurz ein paar Worte dazu sagen, weil ich doch indirekt angesprochen wurde.

Ich kann versichern, daß der Kultur-Ausschuß sehr aktiv ist.

GEMEINDERAT SUSANNE THURNER:
Das wollte ich auch nicht bezweifeln.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Andererseits wird dieses Open-Air-Konzert demnächst stattfinden. Mir ist leider der Termin entfallen, aber es wurde von Hr. Peischl bei Vitasek genau bekanntgegeben, daß ein Open-Air-Festival mit Rainhard Fendrich stattfinden wird. Der Gedanke ist es doch schon wert, wiederholt zu werden. Ich sehe hier den Hr. Vizebürgermeister nicken und

nehme an, daß das zu mir gemeint war.

Gelächter

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Pardon, habe ich etwas Falsches gesagt?

Bezüglich der anderen Überlegung in diese Richtung, wegen der Halle, kann ich mir nicht vorstellen, dort Veranstaltungen durchzuführen. Ich kenne die Größe und ich glaube, dort kann man max. ein Hausfrauen-Kränzchen veranstalten - ohne, daß ich jetzt die Hausfrauen abwerten will! Aber ich weiß, daß hier auch Ambitionen in der Zukunft geplant sind, Steyr eine Möglichkeit zu geben, größere Hallen zu bauen. Ich habe hier schon läuten gehört, daß sich - auf Sicht natürlich - in den zukünftigen Jahren etwas tun wird. Dort könnte man dann schon jederzeit - das werden wir auch tun - Konzerte hineinbringen.

GEMEINDERAT SUSANNE THURNER:

Aber der Grundgedanke war ja eigentlich, den Schloßpark zu aktivieren! Eben in dieser Halle dort.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

In dieser Richtung kann ich jetzt nichts sagen, das müßte einer Beratung zugeführt werden.

Ich möchte aber trotzdem zur Aktivität des Kulturausschusses noch etwas sagen, weil ich der Meinung bin, daß sich jetzt eine ganze Menge in Richtung moderner Kultur tut. Z. B. das "Kraftwerk", das doch schon in die nähere Überlegung gekommen ist. Ich denke auch an alternative Kunst, also modernere Kunst in Bildhauerei, in Malerei und Musik natürlich - wie ich bereits gesagt habe.

Das ist selbstverständlich Aufgabe des Kulturausschusses und ich kann mit Nachdruck versichern, daß in dieser Richtung eine ganze Menge geschehen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. FPÖ-Fraktion? ÖVP-Fraktion? Nicht der Fall. GAL? Bitte, Frau Kollegin Scheucher.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ich möchte nur Frau Thurner für ihre Anregungen und Ideen danken. Ich kann das nur bestätigen, daß die Jugendlichen wirklich sagen: Wo soll man in Steyr hingehen? Was soll man in Steyr tun, da gibt's ja nichts!

Dann passiert es, daß sie natürlich am Wochenende in die umliegenden Dörfer oder Ortschaften auswandern und das immer motorisiert. Da ergibt sich das Problem, daß sehr viele Unfälle passieren können. Die Eltern fühlen sich nicht

besonders gut, wenn sie wissen, daß die Jugendlichen mit irgendeinem Fahrzeug am Wochenende in der Nacht unterwegs sind.

D. h., ich kann nur unterstützen, daß man in Steyr anregt, vielfältige Angebote zu machen, daß man den Jugendlichen Gelegenheit gibt, sich wirklich wo zu unterhalten, weggehen zu können und, daß man solche Aktivitäten, wie sie jetzt z. B. im Kraftwerk entstanden sind, nicht von vornherein in Keim erstickt, sondern, daß man denen schon die Möglichkeit gibt, auch einmal zu zeigen, was da wirklich passiert, was Sie unternehmen und was Sie tun. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Hat die ÖVP-Fraktion noch ein Thema? Bitte, Koll. Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENG-
AUER:

Sehr geehrter Herr Bürger-
meister, sehr geehrte Damen und
Herren des GR! Ich möchte nur
noch einen Satz zum vor-
hergehenden sagen. Wir im Kul-
turausschuß bemühen uns sehr
und ich glaube, es tut sich auch
einiges zur Zeit, aber wir werden
vielleicht dem noch mehr
Beachtung schenken.

Ich gehe mit meiner Wort-
meldung zur Aktuellen Stunde

nun zum anderen Pol der Jugend.
Wie wir in den Zeitungen die
Meldungen sehen können: "Ra-
santer Rechts-Ruck der Jugend".
Wir haben in den Schulen
Befragungen durchgeführt über
derartige Auffälligkeiten. Das
Ergebnis selbst habe ich noch
nicht bekommen. Wir alle haben
im Februar den Brief des
Komitees "Mauthausen Aktiv"
bekommen. Dort drinnen heißt es:
"Besorgniserregende Jugendszene
in Steyr - Realisierung einer
mobilen Jugendsozialarbeit in
Steyr dringend notwendig!"
Weiters heißt es in diesem Brief:
"Angesichts der aktuellen Ent-
wicklung erscheint es uns
äußerst dringend, diesem Pro-
blem noch einmal nachzugehen
und dieses Problem nochmals zu
überprüfen."

Ich glaube, wir sollen die
Pressemeldungen und diesen
Brief ernst nehmen. Sicherlich
ist es wichtig, wie uns Fr. StR
Ehrenhuber in der vorletzten GR-
Sitzung mitgeteilt hat, daß man
einen wichtigen ersten Schritt
gesetzt hat und in den städt.
Kindergärten Sonderkindergärt-
nerinnen eingestellt hat, die dem
Problem "vom Fuße" begegnen
sollen, sich um verhaltens-
auffällige Kinder bemühen und
sich derer annehmen sollen. Ein
sicherlich kleiner, wichtiger
Schritt.

Wir haben auch hier schon oft
gesprochen, daß wir wissen, daß
auch Sport hilft, den Menschen

von derartigen Dingen wegzubringen - Breitensport meine ich. Ich glaube aber, daß das Problem größer wird. Ich glaube, wir sollten die Warnungen dieser besorgten Jugendleiter, dieser Gruppe ernst nehmen.

Ich würde Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, und Sie, sehr geehrte Frau Stadtrat, bitten, führen Sie die Gespräche weiter, laden Sie diese besorgten Jugendführer noch einmal ein und überdenken wir dann gemeinsam, wie wir, vielleicht doch mit einer mobilen Jugendsozialarbeit, in Steyr helfen und vorbeugen können! Noch, so meine ich, ist es besser vorzubeugen, als dann, in 2 - 3 Jahren, die Probleme zu haben, die wir in Wien oder teilweise auch schon in Linz sehen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. SPÖ-Fraktion? FPÖ-Fraktion? Keine Wortmeldungen. ÖVP-Fraktion bzw. GAL? Auch keine Stellungnahmen.

Ich möchte dazu sagen, daß wir die Gespräche sicher gerne fortsetzen. Wir haben uns ja nicht in einer abschlägigen Weise festgelegt, sondern es war unsere Meinung, doch auch ein wenig zu schauen, wie die Erfahrungen mit solchen Projekten anderswo gemacht werden. Mittlerweile gibt es einige Erfahrungswerte. Wir sollten nicht unbedingt das Rad neu

erfinden wollen, aber ich glaube, wir werden die Gespräche fortsetzen, Frau Kollegin.

Wird noch eine neue Runde gewünscht? Nicht der Fall. Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer GR-Sitzung. Ich bedanke mich für Ihre Anwesenheit. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 20.19 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor OMR Dr.
Gerhard Alphasamer e. h.

Belinda Kastlunger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Walter Strobl e. h.

Hans Dieter Götz e. h.

IN 1912

THE PROCEEDINGS OF THE

THE PROCEEDINGS OF THE

THE PROCEEDINGS OF THE

THE PROCEEDINGS OF THE

THE PROCEEDINGS OF THE

THE PROCEEDINGS OF THE

THE PROCEEDINGS OF THE